

J. publ. g. 857 $\frac{2}{=}$ 8^o

Untersuchungen

zur

Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte

herausgegeben

von

Dr. Otto Gierke,

Professor der Rechte an der Universität Berlin.

~~~~~  
**XXIII.**

Verfassungs-Geschichte Wesels  
im Mittelalter

von

**F. Reinhold**

Dr. phil.

—◆◆—  
Breslau.

Verlag von Wilhelm Koebner.

1888.



# Untersuchungen

zur

## Deutschen Staats- u. Rechtsgeschichte.

---

In zwanglosen Heften  
herausgegeben von  
Professor Dr. **Otto Gierke** in Berlin.

---

Die „Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte“ sind dazu bestimmt, wissenschaftliche Forschungen aus der Geschichte der deutschen Rechtsentwicklung im weitesten Sinne zu sammeln. Sie werden der Geschichte des öffentlichen Rechts und der des Privatrechts die gleiche Aufmerksamkeit zuwenden. Die politische, wirtschaftliche und kulturgeschichtliche Seite der Rechtsinstitute wird in den aufzunehmenden Arbeiten gleichfalls behandelt werden können. Eine Beschränkung der Sammlung auf einen bestimmten Zeitraum findet nicht Statt: wissenschaftliche Untersuchungen über die neueste deutsche Rechtsentwicklung werden so wenig ausgeschlossen sein, wie Forschungen über die Urgeschichte unsres Rechts. Einzige Bedingung der Aufnahme wird der wissenschaftliche Charakter der Arbeit sein. Tüchtige Erstlingsarbeiten werden ebenso wie die Arbeiten bewährter Forscher sich zur Aufnahme eignen.

Jedes einzelne Heft der Sammlung wird dem Zwecke des Unternehmens gemäss auch für sich verkäuflich sein.

Die Herausgabe der Sammlung hat Herr Geh. Justizrath Professor Dr. *Otto Gierke* in *Berlin* übernommen, der sich bereit erklärt hat, die eingehenden Beiträge mit Rücksicht auf ihre Geeignetheit für die Aufnahme zu prüfen.

*Breslau.*

**Wilhelm Koebner.**



Untersuchungen

# Deutscher Staats- und Rechtsgeschichte

herausgegeben

Dr. Otto Glöckner

Professor der Rechts- und Staatsgeschichte in Berlin

XIII

Verfassungs-Geschichte Wessels

im Mittelalter

Dr. Reinhold

Dr. phil.

Breslau

Verlag von Wilhelm Koebner

1888



Untersuchungen  
zur  
Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte

herausgegeben  
von  
**Dr. Otto Gierke,**  
Professor der Rechte an der Universität Berlin.

~~~~~  
XXIII.

Verfassungs-Geschichte Wesels
im Mittelalter

von
F. Reinhold
Dr. phil.

—◆◆—
Breslau.
Verlag von Wilhelm Koebner.
1888.

Verfassungs-Geschichte Wesels

im Mittelalter

von

F. Reinhold

Dr. phil.



Breslau.

Verlag von Wilhelm Koebner.

1888.

Vorlesungs-Geschichte Weisses

im Mittelalter

H. Heinebold

1888

Breslau

Verlag von Wilhelm Koebner

1888

Herrn Dr. Erich Liesegang

in

Dankbarkeit und Freundschaft

gewidmet.

Herrn Dr. Erich Liebsung

Dankbettel und Freundschaft

Leipzig

Vorwort.

An dieser Stelle sei es mir gestattet, allen denen Dank zu sagen, welche sich um das Zustandekommen der vorliegenden Arbeit Verdienste erworben haben. Wie bei meinen sonstigen Studien, so hat mich auch bei meinem Erstlingswerke Herr Dr. E. Liesegang mit seinem Rate überall, wo ich dessen bedurfte, auf das bereitwilligste und liebenswürdigste unterstützt. Ihm darf ich mit der Widmung des Buches ein geringes Zeichen meiner Dankbarkeit geben. Auch Herrn Prof. Schmoller fühle ich mich sehr verpflichtet für die freundliche Teilnahme, mit welcher er die Entstehung meiner Schrift verfolgte, und für die reiche Belehrung, die er mir in seinem Seminar und in privater Besprechung zu teil werden liess. Sehr erwünschte Aufklärung über Fragen der dörflichen Verfassung fand ich in den agrarhistorischen Besprechungen des Herrn Geheimrats Prof. Meitzen. Schliesslich haben auch die Beamten des Düsseldorfer Staatsarchivs, namentlich Herr Geh. Archivrat Dr. Harless und Herr Dr. Forst, durch die Zuvorkommenheit, mit der sie alle meine Wünsche zu erfüllen suchten, mir die Arbeit wesentlich erleichtert. Auch ihnen sei dafür herzlich gedankt!

Berlin, Februar 1888.

Der Verfasser.

Inhalt.

Einleitung:

Das Quellenmaterial	Seite 1
-------------------------------	---------

Teil I:

Die Zeit bis zur Schlichtung der inneren Zwistigkeiten in den Jahren 1308 und 1311	5
---	---

Kapitel 1:

Die Anfänge Wesels und die Erhebung zur Stadt.

1. Dorf und Gericht Wesel	5
2. Die Rechte des Grafen von Cleve in Wesel	12
3. Das Privileg von 1241	21

Kapitel 2:

Die Entstehung des Rates.

1. Das Schöffencolleg nach 1241	26
2. Die Privilegien nach 1241	27
3. Die Finanzverwaltung um 1280	29
4. Die Entstehung des Rates	31

Kapitel 3:

Die Kämpfe zwischen Obrigkeit und Gemeinde	32
--	----

Teil II:

Verfassung und Verwaltung im 14. und 15. Jahrhundert.	40
---	----

Kapitel 4:

Das Verhältnis zum Stadtherrn	41
---	----

Kapitel 5:

Die Gemeinde.

1. Die Einwohnerschaft	45
a) Die Einwohner nach ihrem Beruf	45
b) Die Volkszahl	51
2. Das Bürgerrecht	54
a) Unterschiede in der Stellung der Einwohner zur Gemeinde .	54
b) Pflichten der Einwohner gegen die Stadt	58
3. Die Teilnahme der Gemeinde am Stadtre Regiment	60

Kapitel 6:

Der Rat.

1. Organisation des Rates und Stellung der Ratsmitglieder	67
2. Die Thätigkeit des Rates	70
a) Von der Satzungsgewalt des Rates	71
b) Von der Einwirkung des Rates auf die Rechtsprechung	82
c) Von der Verwaltungsthätigkeit des Rates	94
α) Die Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten	94
β) Die Verwaltung der städtischen Polizei	96
γ) Die Verwaltung des Kirchen - Unterrichts- und Stiftungs- wesens	98
δ) Die Finanzverwaltung	100

Einleitung.

Die zahlreichen Arbeiten auf städtehistorischem Gebiete, welche in der neuesten Zeit erschienen sind, befassen sich fast sämtlich mit der Geschichte der Frei- und Reichsstädte. Ganz natürlich; denn diese haben am entschiedensten in die Geschicke Deutschlands eingegriffen, sie haben auch städtische Wirtschaft und städtisches Recht am frühesten ausgebildet und auf die höchste Entwicklungsstufe geführt. Grade deshalb aber scheint es sich der Mühe zu verlohnen, nun auch einmal die Verfassungsgeschichte einer Landstadt eingehender darzustellen. Dadurch, dass zu den sonst im politischen Leben einer Stadt wirksamen Factoren ein neuer, der Stadtherr, hinzukommt, verliert zwar die Entwicklung aus einer Dorfgemeinde zu einer sich selbst regierenden Stadt viel von ihrer Energie und Folgerichtigkeit, zugleich ist es aber auch von Interesse zu sehen, wie sich trotzdem in Recht und Verwaltung die specifisch städtischen Formen ausbilden. Gesteigert werden muss dieses Interesse da, wo ein reiches Quellenmaterial die Möglichkeit gewährt, die Thätigkeit der städtischen Behörden im Detail darzustellen und den Einfluss des Landesherrn in seinen letzten Wirkungen blozulegen.

Die Quellen für eine Verfassungsgeschichte der Stadt Wesel lassen sich scheiden in Privilegien, Briefe, Aufzeichnungen der obersten städtischen Behörde und Privaturkunden. Von Privilegien sind vom 13. bis 15. Jahrhundert eine Anzahl Originale, ausserdem viele Copieen in den von der Stadt früh angelegten Privilegienbüchern erhalten.¹⁾ Den Hauptteil der Briefe machen die vom

¹⁾ Wo nichts anders bemerkt wird, befinden sich die Originale der citierten Urkunden im Staatsarchiv zu Düsseldorf. Glücklicherweise haben sich auch nicht wenige Copieen von Urkunden erhalten, deren Originale verloren sind. Die oft gehörte Klage, dass die ältere Verfassungsgeschichte Wesels uns immer eine terra incognita bleiben müsse, weil durch den grossen Brand des Jahres 1354 die Urkunden, die zur Aufhellung derselben dienen könnten, vernichtet

Dortmunder Rat erteilten Belehrungen aus, welche namentlich für das Privatrecht und die Gerichtsverfassung in Betracht kommen. Hauptsächlich in die Streitigkeiten der Stadt mit dem Herrn von Cleve führt uns eine Sammlung von Rechtsgutachten Kölner Juristen aus dem 15. Jahrhundert ein, aus denen ersichtlich ist, was für Anschauungen in Wesel in Bezug auf das Verhältnis zum Landesherrn und die eigenen Rechte ihm gegenüber herrschten. Die schriftliche Verwaltung des Magistrats beginnt sehr früh: I. J. 1308 setzen die beiden Bürgerbücher¹⁾ und am Anfang des 15. Jahrhunderts der Liber Plebiscitorum²⁾ ein, welche von den drei Bestimmungen, die Homeyer den Stadtbüchern zuweist, zwei erfüllten: Die Zusammenstellung des der Stadt eigentümlichen Rechtes und Aufzeichnungen über die städtische Verwaltung. Den ersteren Zweck hatte namentlich die Copierung der der Stadt verliehenen Privilegien, da diese vorzüglich das städtische Recht bestimmten, ferner die Ueberlieferung der Stadtordnungen, welche in das Rechtsleben eingriffen, aber auch die Fixierung des in der Stadt geltenden Gewohnheitsrechts.³⁾ Eine wichtige Quelle für das Weseler Recht, die Dortmunder Urteile, findet sich dagegen hier nicht.

Ein Niederschlag der städtischen Verwaltung sind zunächst die Listen der „in opidanos recepti“, von 1308 an in beiden Bürgerbüchern, dann Beschlüsse des Rats und der Gemeinde, eine Aufnahme des Besitzes der Kirche und frommer Stiftungen, eine Uebersicht über die Renten der Stadt, Urfehden, Copieen von Urkunden über die Verpachtung städtischer Gebäude und die Anstellung von Beamten und Dienern; kurz, alle Verwaltungsgeschäfte, die zu notieren notwendig schien, sind hier verzeichnet. Von den beiden Bürgerbüchern löst das jüngere das ältere um 1350 ab und enthält vorwiegend Aufzeichnungen aus der zweiten Hälfte des

worden seien, kann gegenüber dem umfangreichen uns aus dem 13. und der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts erhaltenen Material nicht Stand halten. Die Privilegien sind zwar nicht sämtlich (S. z. B. S. 21, Anm. 1), aber jedenfalls der Mehrzahl nach im Original oder in Abschrift auf uns gekommen; und davon, dass gerade durch jene Feuersbrunst die Urkundenbestände irgend welche Einbusse erlitten hätten, fehlt jede Spur.

¹⁾ Das ältere abgekürzt: „A. B.“, das jüngere: „B.“.

²⁾ Abgekürzt: „L. Pl.“

³⁾ Namentlich L. Pl. S. 93: „Van hergewede ind gerade ind van wasstinsigen ind eigenen luden“ und L. Pl. S. 97: „Kleringe ind uitdracht sommiger rechten ind gewoenten der Stat van Wesell“ (über mit Zins belastete Häuser und Grundstücke).

14. Jahrhunderts, führt aber die Bürgerlisten 300 Jahre weiter und bringt auch sonst noch manches, namentlich Copieen von Privilegien, aus dem 15. und 16. Jahrhundert. Die meisten Verordnungen des Rats finden sich jedoch vom Anfange des 15. Jahrhunderts an nicht mehr in ihm, sondern in dem Liber Plebiscitorum. Dieser endlich wird zu Ende des Jahrhunderts ersetzt durch die Ratsprotokolle,¹⁾ welche, zuerst mit ihm parallel laufend, mit einigen Unterbrechungen von 1466 an die Verhandlungen und Beschlüsse einer jeden Rats-sitzung registrieren.

Neben diesen allgemeineren und specielleren Nachrichten über die Verwaltung sind in mehrfacher Hinsicht von Wichtigkeit die Stadtrechnungen.²⁾ Von 1342 an fast ununterbrochen³⁾ geführt, gewähren sie uns nicht nur einen tiefen Einblick in die Finanz-geschichte der Stadt: dadurch, dass sie jeden Posten in den Ausgaben genau begründen, gestatten sie auch einen Rückschluss auf die Thätigkeit des Rats überhaupt⁴⁾ und ersetzen so einigermaßen für die frühere Zeit die Ratsprotokolle; indem sie endlich die Steuer- und Accisepflichtigen namentlich auführen, verschaffen sie uns Aufschluss über die Bevölkerung und ihre Klassen.

Ausserdem sind mehrere Bände und Convolute mit Material von geringerer Bedeutung gefüllt: mit Gerichtsordnungen, auch städtischen Statuten und Verwaltungsakten⁵⁾, aber alles zerstreut und wenig, dessen Kenntnis uns nicht auch durch die oben besprochenen Archivalien vermittelt wird.

Von Privaturkunden haben sich eine Anzahl Schöffensbriefe im Original oder in den Lagerbüchern der Klöster erhalten, ausserdem namentlich Urfehdebrieft. Die meisten älteren Privaturkunden sind von der Johannitercommende; sonst aber reichen nur wenige in eine frühere Zeit, als das Ende des 14. Jahrhunderts, zurück.⁶⁾

¹⁾ Abgekürzt: „R“.

²⁾ Abgekürzt: „St“.

³⁾ Aus dem 14. und 15. Jahrhundert fehlt nur der grössere Teil der Rechnungen von 1392, alles von 1444 und von 1473.

⁴⁾ Namentlich auch in den Rubriken „de propinatis“, „de nuntiis“ und „de equitando“ auf die auswärtige Politik.

⁵⁾ Das Wichtigste in Caps. A. 81^a; 253, Nr. 3; 342, Nr. 11; 341 Nr. 12 (alles aus dem 15. Jahrhundert).

⁶⁾ Sofern nichts anders bemerkt wird, befinden sich die citierten Archivalien im Weseler Ratsarchiv (abgekürzt: „W. R. A.“), welches seit einigen Jahren im Düsseldorfer Staatsarchiv deponiert ist.

Gedruckt ist von diesem archivalischen Material noch nicht sehr viel. Ausser den Urkunden in Lacomblet's Urkundenbuch¹⁾ und Archiv, in Wigand's Archiv, in Dithmar's codex diplomaticus zu Teschenmacher's Annalen, in Binterim's und Mooren's alter und neuer Erzdiöcese Köln, findet sich manches zerstreut in der Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins²⁾ und namentlich in der bekannten Frensdorff'schen Publication der Dortmunder Statuten.

Die ältesten Werke, welche die Geschichte Wesels bearbeiten, sind von H. Ewich³⁾ und von J. N. Sell.⁴⁾ Beide kommen jedoch für unsern Zweck nicht mehr in Betracht, zumal das, was sie erzählen, viel übersichtlicher jetzt auch in Gantesweilers Chronik von Wesel enthalten ist.⁵⁾ Aber auch dieses Buch bietet für politische und Verfassungsgeschichte im Mittelalter nichts Zuverlässiges, ist aber als Beschreibung der Stadt und ihrer öffentlichen Gebäude von Nutzen. Von neueren Arbeiten ist Wolters, „das Stadtrecht von Wesel“,⁶⁾ nur als Quellenpublication zu erwähnen. Einen guten Anfang in der Erforschung der verfassungsrechtlichen Zustände stellen dagegen die Arbeiten von Heidemann dar: „die villa Wiselensis und die curtis Wiselensis und ihr Verhältniss zu den Grafen von Cleve bis 1241“⁷⁾; „die Beguinenhäuser Wesels“⁸⁾; „Statuten des Wullenampts zu Wesel aus dem Jahre 1426“.⁹⁾ Ein gründliches Werk, unser Thema aber nur streifend, ist auch Kleine's Geschichte des Weseler Gymnasiums von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart.¹⁰⁾ Von grösster Bedeutung für die Erkenntnis des Weseler Rechts sind die Bemerkungen, mit welchen Frensdorff die von ihm edierten Dortmund-Weseler Urteile erläutert.¹¹⁾

¹⁾ Abgekürzt: „Lac., U. B.“

²⁾ Abgekürzt: „Ztschr.“

³⁾ *Vesalia sive civitatis Vesalensis descriptio, adornata per Hermannum Ewichium, Vesaliae a. 1668.*

⁴⁾ Joh. Nicolai Sellii *Vesalia obsequens a. 1667.*

⁵⁾ Geschrieben 1795, herausgegeben 1881. Sehr zu bedauern ist, dass die Beilagen hierzu, welche die Beweisstücke enthalten sollten, verloren sind. Wie mir von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, ist bei der Drucklegung so willkürlich und kritiklos verfahren, dass in dem Buche nichts weniger als der ursprüngliche Text der Chronik vorliegt.

⁶⁾ Ztschr. IV, S. 34 ff.

⁷⁾ Ztschr. V, S. 188 ff.

⁸⁾ Ztschr. IV, S. 176 ff.

⁹⁾ Ztschr. IX, S. 77 ff.

¹⁰⁾ In der Festschrift zur Einweihung des neuen Gymnasialgebäudes am 18. October 1882. Wesel 1882.

¹¹⁾ Dortmunder Statuten und Urteile. Beilage XV.

Teil I.

Die Zeit bis zur Schlichtung der inneren Zwistigkeiten in den Jahren 1308 und 1311.

Kapitel I.

Die Anfänge Wesels und seine Erhebung zur Stadt.

1.

Dorf und Gericht Wesel.

Zum ersten Male wird Wesel erwähnt in einer von Karl Martell herrührenden Urkunde¹⁾, in welcher die Schenkung der Kirche in der Villa Felison im Gau Kinnehem an die Abtei Epternach verbrieft wird. Zu Ende derselben findet sich am Rande die Notiz: „De ecclesia Wesele in eodem pago sita eadem firmamus.“ Wenn diese Eintragung auch begreiflicherweise auf Gleichzeitigkeit mit der Urkunde keinen Anspruch erheben kann, so muss sie doch im früheren Mittelalter gemacht sein. Denn i. J. 1065²⁾ giebt Heinrich IV. die Kirche in der villa Wesele und alles, was in dieser villa zur Abtei Epternach gehört, auf Bitten Friedrichs von Luxemburg, Herzogs von Nieder-Lothringen, welcher sie vom Kaiser zu Lehen trug, der genannten Abtei wieder (reddimus). Die Schenkung scheint jedoch nicht in Kraft getreten zu sein; vielmehr kam die Besetzung später allem Anschein nach an die Herzöge von Brabant, um infolge der Vermählung Dietrichs, des ältesten Sohnes des Grafen Dietrich VI. von Cleve, an das Clevische Grafenhaus zu fallen.³⁾

Neben der villa Wiselensis war für die Entwicklung des Orts von Bedeutung die curtis Wesele. Dieser Hof wird uns zuerst be-

¹⁾ Aus dem liber aureus Epternacensis. Ueber Kirche und Kloster zu Wesel s. die citierte Abhandlung von Heidemann, Ztschr. V S. 188 ff.

²⁾ Urk. gedruckt bei Beyer, Mittelrhein. U. B. I, S. 415.

³⁾ Von Heidemann a. a. O. mehr als wahrscheinlich gemacht.

kannt unter den Gütern, welche die Grafen von Cappenberg i. J. 1122 dem heiligen Norbert, dem Stifter des Prämonstratenserordens, schenkten.¹⁾ Auf ihm wurde dann i. J. 1123²⁾ ein neues Kloster dieses Ordens gegründet. In der Vogtei über dies später Oberndorf genannte Kloster erwarben die Grafen von Cleve zwischen 1163 und 1233 — genauer lässt sich der Zeitpunkt hierfür nicht bestimmen — eins ihrer ersten Rechte in Wesel.³⁾ Im Anschluss an das Kloster scheint der Ort bald eine gewisse, wenn auch nur geringe, commercielle Bedeutung erlangt zu haben: In der Urkunde von 1142, welche uns über die Anfänge des Handels in diesen Gegenden Nachricht giebt, erscheint auch Wesel am Rheinverkehr beteiligt.⁴⁾ Ferner verlieh Friedrich II. i. J. 1217 den beiden Stiftern Cappenberg und Wesel Zollfreiheit auf dem Rhein.⁵⁾

Doch zeigen die beiden Urkunden nur geringe Anfänge des Handels, vorzugsweise drehte sich das Leben der Dorfbewohner noch um bäuerliche Interessen. Noch i. J. 1233 muss der Graf von Cleve ihren Versuchen entgegentreten, dem Klosterhofe seine alten Gerechtsame im Weseler Walde zu beschneiden.⁶⁾

Um die Formen, in denen sich das communale Leben jener Zeit bewegte, kennen zu lernen, sind wir fast ganz auf Analogieen und auf Rückschlüsse aus den späteren Zuständen angewiesen. Von der Zugehörigkeit zu einer alten Mark hat sich die einzige Spur im „Hemail“ erhalten. In einem Privileg v. J. 1329⁷⁾ ge-

¹⁾ Erhard, Reg. hist. Westf. I, S. 449; die Schenkung bestätigt von Bischof Theoderich von Münster, Binterim und Mooren III, Nr. 29.

²⁾ Binterim und Mooren III, Nr. 30, S. 100.

³⁾ S. Heidemann a. a. O.

⁴⁾ Sloet, Geldrisches U. B., I Nr. 277, S. 270. (Erzbischof Arnold von Köln bestätigt die Gewohnheit, dass die Kaufleute von Rees in Wesel, Xanten, Emmerich, Elten, Döticheim und Smithusen, und ebenso die Kaufleute aus diesen Orten in Rees, frei, ohne Zoll zu entrichten, kaufen und verkaufen dürfen). Diese Urkunde wird zwar von manchen für unecht gehalten, doch s. darüber Heidemann a. a. O. Dass wenigstens Xanten schon damals keinen durchaus ländlichen Charakter mehr hatte, geht aus der ungefähr gleichzeitigen Urkunde bei Lac., U. B. I, Nr. 290, hervor, worin Erzbischof Friedrich die der Siegburger Celle auf dem Fürstenberge bei Xanten geschenkten Güter beschreibt; unter diesen bestehen die Zinse überall in Naturalien oder in Naturalien und Geld, nur in Geld dagegen bei einer area domus zu Xanten.

⁵⁾ Binterim und Mooren III, Nr. 62.

⁶⁾ Binterim und Mooren III, Nr. 89; s. S. 20.

⁷⁾ Lac. U. B. III, Nr. 241 und Frensdorff, Dortm. Stat. S. 265 nach einer Copie gedruckt. Das Original ist verloren.

währt Graf Dietrich IX. von Cleve seinen lieben Weselern, dass aus allen Häusern in den Gerichten, die ihre Beratung in Wesel zu nehmen pflegten, an einem bestimmten Tage im Jahr ein Mann dorthin kommen solle „iudiciali examini quod hemail vulgo nominatur coram nostro iudice et scabinis Weselensibus interessendo.“ Das Hemail wird durch diese Verordnung nicht erst geschaffen, sondern nur bestätigt.¹⁾ Es wird also wohl erlaubt sein, hieraus auf die frühere Zeit zurückzuschliessen.

Für den Charakter des Hemails ergibt sich aus dem Namen selbst nichts, denn der hat wohl jedes Gericht bezeichnen können.²⁾ Die Eigentümlichkeit dieses Gerichts erhellt aber aus den Vergehen, deretwegen es um Belehrung angegangen wird. Während die meisten derselben, wie Diebstahl, Raub und Mord, es als ein öffentliches Gericht erscheinen lassen, macht es eine andere Bestimmung wahrscheinlich, dass es früher zugleich die Competenzen eines Märkerdings besessen: Die am Gericht Teilnehmenden sollen schwören, die Wahrheit zu sagen „de communitate occupata vel publica via arta et aliena terra occupata“. Wir sehen also, dass auch hier Gerichtsverband und Wirtschaftsverband zusammenfallen.³⁾ Daraus ferner, dass die diesem Hemail unterstehenden Gerichte ebenfalls öffentliche, nicht nur communale waren,⁴⁾ charakterisiert sich sein Gebiet als eine alte Hundertschaft, die sich in eine Anzahl kleinerer Gerichtssprengel aufgelöst haben dürfte.⁵⁾ Als diese Gliederung bei

¹⁾ V. Haeften (Gesch. der Niederrhein.-Westf. Territorien, Ztschr. II. S. 35) ist der Ansicht, dass die Grafen von Cleve durch Einrichtung des Hemails ihre Herrschaft auf dem rechten Rheinufer zu consolidieren gesucht hätten; doch ist in dem „hic dubias sententias requirere solentium“ ausdrücklich von einer Gewohnheit die Rede, und der Graf konnte kein „iudiciale examen, quod hemail vulgo nominatur“ schaffen. Dadurch ist aber nicht ausgeschlossen, dass später, als man die alte Bedeutung des Hemails nicht mehr kannte und es nur noch als Consultationsgericht betrachtete, die Grafen von Cleve ihm neue Orte unterwarfen. So ist in dem Verzeichnis der zum Hemail gehörigen „niederer“ Gerichte im Bürgerbuch „Ruhrort“ von einer späteren Hand zugeschrieben. S. Frensdorff, a. a. O. S. 262; B. F. 114*.

²⁾ Nach Grimm, Rechtsaltertümer, S. 863, bedeutet er „gehegtes Gericht“.

³⁾ S. darüber Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter I, S. 255 ff.

⁴⁾ Man konnte in diesen „niederer“ Gerichten einen andern friedlos legen (S. W. R. A., Caps. A., 81*, F. 137*).

⁵⁾ Eine andere Möglichkeit, für deren Begründung mein Material nicht ausreicht, wäre die, dass jene niederen Gerichte autonome Gemeinden sind, Vielleicht lassen sich beide Ansichten combinieren.

unserer Hundertschaft erfolgte,¹⁾ blieb dem jetzt zu einem Zentgericht herabgesunkenen Centenengericht von seiner alten Stellung nichts, als gewisse prozessualische Prärogativen²⁾ und eben dieser Consultationszwang.

Als Spur jenes alten Zustandes erhielt sich aber eine Gemeinsamkeit der Nutzungsrechte, welche die Weseler Markgenossen mit denen umliegender Dörfer am Weseler Walde hatten.³⁾

Ausser der Teilnahme an der Markgenossenschaft bewegte sich aber das Leben der Bewohner von Wesel schon längst vor der Erhebung zur Stadt im Verbande der Ortsgemeinde.

Einen Blick in diese Zustände zu thun, ist natürlich unmöglich, doch ergiebt sich aus allgemeineren Erwägungen folgendes:

- 1) Neben dem alten localen Burgericht, dessen Spuren demnächst nachzuweisen sind, hat sich das Schöffencolleg bereits als oberste Verwaltungsbehörde constituirt.⁴⁾ Wie sich dasselbe seinem Personalbestande u. s. w. nach zu dem erwähnten Gerichte verhält, ist unbekannt.
- 2) Neben dem Vorstande des alten Burgerichts besteht schon ein Beamter, dessen Provenienz nur so zu erklären ist, dass er als Schöffenmeister neben einem judex emporgekommen ist.⁵⁾ Von grösster Bedeutung für seinen Amtscharakter sind die Functionen, die ihm das Privileg von 1241 zuschreibt, die er nach dem Wortlaut doch wohl schon vorher versehen hat:⁶⁾ „Jurgia, defectum mensurandi et pistrandi magister civium judicabit.“

¹⁾ Ueber die Zeit, wo die Zersplitterung der Mark eingetreten, lässt sich nur soviel sagen, dass i. J. 1163 der Markverband nicht mehr bestand. Denn in diesem Jahre wird ein Streit über die Waldgerechtsame des Klosters Oberndorf, der doch vor das Markgericht gehört hätte, vom Grafen von Cleve entschieden. (S. u. S. 17.)

²⁾ Die vom Weseler Gericht verhängte Friedlosigkeit hatte zur unmittelbaren Folge die Friedlosigkeit auch in den niederen Gerichten, nicht aber umgekehrt (S. W. R. A. Caps. 81^a, F. 137^a ff.); s. Lamprecht, a. a. O. I, S. 731.

³⁾ S. Weseler Waldweistum (nach der Mitte des 15. Jahrh.) bei Lac. Archiv III, 2, S. 262 ff. (aus dem L. Pl. S. 31 f.), s. auch Lamprecht a. a. O. I, S. 273.

⁴⁾ S. gleich unten.

⁵⁾ Auch später ist er immer der erste Schöffe. S. u. S. 27.

⁶⁾ Sonst würde ein Zusatz, wie „quem instituimus“ kaum fehlen. Es folgt ausserdem daraus, dass, wie gleich nachzuweisen, das Schöffencolleg bereits die Verwaltung des Dorfes in Händen hatte.

Ohne nun endgültig entscheiden zu wollen, ob das Weseler Schöffencolleg localer Natur, oder ob wir das alte Hundertschaftsgerichtspersonal in ihm sehen müssen, geht aus dem erwähnten Umstand denn doch so viel hervor, dass zur Zeit der Stadtrechtsverleihung i. J. 1241 der Ort bereits eine längere Periode kommunaler und kommerzieller Entwicklung durchgemacht hatte: Die Schöffen müssen bereits die neuen kommunalen Verwaltungsgeschäfte besorgt haben, während ihr Meister, der *magister civium*, ein Gericht verwaltete, das doch wohl erst bei etwas fortgeschrittenen kommerziellen Zuständen ins Leben getreten war.¹⁾ Dass das Schöffencolleg die Aufgaben der Ortsverwaltung bereits in den Kreis seiner Thätigkeit gezogen, ergibt sich ausserdem aus folgender Erwägung:

Das Stadterhebungsprivileg vom Jahre 1241²⁾ ist formell ziemlich genau nach den Privilegien für geldrische Städte gearbeitet, vorab nach dem für Zütphen, welches in das Jahr 1190 datiert ist.³⁾ Ein Passus, welcher sich in den geldrischen Privilegien durchgehends, nicht aber in der Weseler Urkunde findet: „ . . . *instituens in ea duodecim scabinos, quorum consilio eadem civitas regatur*“ bedeutet nun nicht notwendig, dass der Graf das Schöffencolleg erst einsetzt, sondern nur, dass er es mit der Leitung der städtischen Geschäfte betraut; denn von einer dieser Städte, Arnheim, wissen wir, dass bereits vor der Erhebung zur Stadt i. J. 1233 ein Schöffengericht in ihr bestand.⁴⁾ Aus dem Fehlen dieser Bestimmung im Privileg von 1241 geht also hervor, dass damals das Schöffencolleg nicht als administrative Behörde eingesetzt wurde, weil dessen gewiss ebenso, wie in den Urkunden, welche dem Aussteller des Weseler Privilegs zum Muster dienten, Erwähnung geschehen wäre. Da aber in den folgenden Jahrzehnten das Regiment der Stadt thatsächlich in den Händen der Schöffen ist, so folgt, dass diese schon vor 1241 die Verwaltungsbehörde bildeten.

- 3) Das schwierigste Rätsel, welches der lösen muss, der sich die älteren Weseler Zustände klar machen will, ist die Erklärung zweier scheinbar so gleichartiger Beamtungen, wie es der *magister civium* und die *burmagistri* sind. Der

¹⁾ Ein Markt bestand jedenfalls schon vor 1241. S. u. S. 19 u. S. 28.

²⁾ Lac., U. B. II, Nr. 258.

³⁾ Sloet, Geldrisches Urkundenbuch I, Nr. 376.

⁴⁾ Sloet, II, Nr. 564 (a. 1233) „*iudicio, . . . cuius emolumentum meus iudex capiat, sicut ante.*“

Umstand, dass diese erst 1269¹⁾ genannt werden, darf nicht zu der Meinung verleiten, dass sie erst städtischen Bedürfnissen ihren Ursprung verdanken, vielmehr muss sich die Entwicklung in folgender Richtung abgespielt haben: In der villa Wesel hat eine Gemeinde bestanden, deren Vorstand hier wie anderswo²⁾ zwei Burmeister waren. Unter ihrem Vorsitz kamen die Dorfbewohner zur Beratung über Gemeinde-, vor allem natürlich über Allmende- und Anbauangelegenheiten zusammen. Später riss dann das Schöffencolleg die Befugnisse an sich, welche bei zunehmendem commerciellem und communalem Leben aufkamen. Auf eine Entwicklung dieser Art muss geschlossen werden vor allem aus der Coexistenz von *magister civium* und *burmagistri*, deren Geschäftskreis so ist, dass, wenn die spätere oberste Ortsbehörde mit dem alten Bürgerrecht zusammengehangen hätte, zwei so verschiedene Ämter überflüssig gewesen sein würden. Ebenso wäre es widersinnig zu denken, dass, nachdem bereits der Schöffmeister sich seine Machtsphäre geschaffen, nun neben ihm die Burmeister mit ihrem altertümlichen, der ländlichen Phase der Entwicklung entsprechenden Charakter getreten seien. Nach diesen allgemeinen Reflexionen³⁾ werfen wir einen Blick auf die trümmerhafte Überlieferung über die *burmagistri*.

So oft die Burmeister uns in der Folge als Polizei- und Finanzbeamte begegnen, so spärlich sind die Zeugnisse, welche uns über ihren ursprünglichen Charakter Aufschluss geben. Dadurch, dass das Amt der *burmagistri* oder *magistri burgensium* im 14. Jahrhundert seinen Schwerpunkt in der Finanzverwaltung hat, könnte man sich zunächst zu der Annahme versucht fühlen, dass diese von Anfang an die Aufgabe jener Beamten war, dass also die Schöffen unter sich zwei Männer wählten und mit der Führung des städtischen Haushalts betrauten; und in der That ist es sehr wahrscheinlich, dass auch schon im 13. Jahrhundert die Burmeister zugleich Rentmeister der Stadt waren, wie sie in späteren Urkunden genannt werden. Nur ist zu bezweifeln, dass die Beamtung grade

¹⁾ S. u. S. 27.

²⁾ S. v. Maurer, Geschichte der Dorfverfassung, S. 23.

³⁾ Diese Deduction ist nicht allein auf die Weseler Verhältnisse basiert: Wie Herr Dr. E. Liesegang mir mitzuteilen die Freundlichkeit hatte, ist die Entwicklung in anderen niederrheinischen Bauernschaften eine ganz ähnliche.

zu diesem Zweck geschaffen wurde; dem scheint doch der Name „burmagistri“ zu widersprechen, der entschieden auf eine ursprünglich agrarische Bedeutung des Amtes hinweist. Zum Glück lassen uns hierüber die Quellen nicht ganz ohne Nachricht. In den Kämmereirechnungen erscheint zuweilen,¹⁾ keineswegs regelmässig, eine Ausgabe unter dem Titel: „burmagistri servantes dat burgerichte consumpserunt . . .“²⁾ oder: „burmagistri consumpserunt propter iudicium eorum vocatum dat burgerichte“³⁾, welcher unter den Einnahmen der sich noch seltener findende Posten gegenübersteht: „de vadiis ante burgherichte“.⁴⁾ Über das Burgericht nun erfahren wir aus den Stadtrechnungen weiter nichts, als dass es mindestens viermal jährlich gehalten wurde; denn so oft kommt es i. J. 1360 vor. Eine wichtigere Nachricht darüber geben die Ratsprotokolle, wenn auch aus viel späterer Zeit. Die betreffende Stelle lautet: „So vorgenamen wart van den schutten, alz wat men schut aver den mollenwech, dat men die have to Laickhusen int schutt brengen sull, ind den onsen dan geen recht dar an geschuyt ind sie ors schaden sich dan so nyet bekommen en können: dar umb to spreken myt den Richter, wanneer so geschut wort, dat dat buerrecht dan apen sii ind malk recht geschie“.⁵⁾

Wie aus einem kurz darauf sich ebenfalls in den Ratsprotokollen findenden Desiderium an den Herzog hervorgeht,⁶⁾ begehren die Weseler, über den Mühlenweg hinaus das die Frucht verderbende Vieh als Pfand einfangen und einsperren⁷⁾ zu dürfen. Der letzte Satz des obigen Ratsbeschlusses zeigt uns, dass über den durch das Vieh angerichteten Feldschaden im Burgericht Recht gesprochen wurde; dieses charakterisiert sich hierdurch als ein Gericht für die agrarischen Verhältnisse, wie es bei dem noch später nicht unbe-

¹⁾ Zuerst i. J. 1357; das iudicium burmagistorum genannt zuerst i. J. 1349.

²⁾ i. J. 1360.

³⁾ i. J. 1366.

⁴⁾ Zuerst i. J. 1379. Dass das Burgericht in den Stadtrechnungen nicht, wie zu erwarten wäre, jedes Jahr vorkommt, hat wohl darin seinen Grund, dass die Einnahmen und Ausgaben gegen einander aufgerechnet wurden, d. h. dass die Burmeister zur Bestreitung ihrer Kosten die erhobenen Straf gelder verwandten, welche das eine Mal dazu ausreichten, das andere Mal nicht, selten einen Überschuss ergaben.

⁵⁾ R. a. 1486, F. 40a.

⁶⁾ Ebenda, F. 41b.: „J. to schutten bynnen der lantwer in oire vriiheit oick aver den mollenwech.“

⁷⁾ Dies die Bedeutung von „schutten.“

deutenden ¹⁾ Landbesitz von Weselern ausserhalb ihrer Stadt erforderlich war. Das Burgericht wird nun *judicium burmagistrorum* genannt, und ich stehe nicht an, in dieser Rechtsprechung über agrarische Sachen die ursprüngliche Aufgabe der merkwürdigen Beamten zu sehen. Die Abgrenzung ihrer Befugnisse neben denen des späteren Bürgermeisters ergibt sich aus dem Vorhergehenden: Sie hatten die Aufgabe, welche in jeder Bauernschaft dem oder den Dorfvorstehern oblag, über Fragen des Anbaus, der Allmendenbenutzung, über Feldschaden im Burgericht zu entscheiden. Der *magister civium* dagegen als Schöffenmeister war der Beamte für die ausserhalb des bloss bäuerlichen Lebens liegenden Interessen der Gemeinde. Er hatte also seit Entstehung des Marktes die Aufsicht über diesen („*defectum mensurandi et pistrandi*“) und war vor allem, seitdem das neue Bedürfnis einer Ortsverwaltung sich geltend gemacht hatte und vom Schöffencolleg erfüllt wurde, der erste Verwaltungsbeamte des Dorfes.

2.

Die Rechte des Grafen von Cleve in Wesel.

In der Erörterung über den *magister civium* wurde angenommen, dass diesem im Privileg von 1241 seine Gerichtsbarkeit nur bestätigt wird; an sich wäre es ja aber nicht unmöglich, dass er hiermit die Competenzen eines früheren hofrechtlichen Beamten erst erhielt, und seine Einsetzung also die Verwandlung der hofrechtlichen Verwaltung in eine communale darstellte. Es wäre zwar speziell am Niederrhein ohne alle Analogie, dass sofort bei der Erhebung eines Dorfes zur Stadt ein Bürgermeister ernannt würde, da vielmehr diese Beamten, falls sie nicht, wie nach unserer Vermutung in Wesel, mit einem alten dörflichen Beamten identisch sind, regelmässig erst nach der Entstehung des Rates als Ratsmeister erscheinen.²⁾ Doch kann ein zwingender Beweis für unsere Ansicht nicht erbracht werden, ohne auf die Frage, ob die Gewalt des Grafen von Cleve über Wesel hofrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Ursprungs ist, näher einzugehen.

Die Untersuchung hat wieder auszugehen von dem Privileg von 1241. In diesem finden sich zunächst einige Sätze, welche auf

¹⁾ Das beweisen u. a. die häufigen Beschwerden der Bürger wegen der Schatzung ihrer ländlichen Besitzungen.

²⁾ Das erste Vorkommen der Bürgermeister in den geldrischen Städten s. bei Nettesheim, *Gesch. von Geldern*, S. 54 Anm. 21.

den Leser den Eindruck machen müssen, dass vor 1241 die Bevölkerung von Wesel sich in den Banden des Hofrechts befunden hätte. Es sind dies folgende Bestimmungen:

- 1) „. . . quod nos . . . civitati Wiselensi . . . omnem libertatem cum integritate rerum suarum . . . contulimus.“
- 2) Quicumque civis in ea obierit, vir uxoris et uxor viri hereditatem libere percipiat. Si ambo decedant, liberi eorum heredes permaneant. Si vero liberos non habuerint, proximus in linea affinitatis hereditati succedat“.
- 3) „Si quis civium moriatur, census qui vocatur utlose a suis heredibus non requiretur.“

In alle diesem könnte man zunächst einen Beweis dafür erblicken, dass die Bewohner Wesels vor 1241 nicht frei gewesen, und dass daher an den Grundherrn ein Teil des Erbes gefallen wäre. Aus folgender Ueberlegung geht indessen hervor, dass dieser Grund für eine hofrechtliche Verfassung vor 1241 wenigstens nicht zwingend ist. Wie erwähnt, schliesst sich unser Privileg in seiner Fassung an die Stadtrechtsverleihung für Zütphen an. In dieser findet sich der zuerst angeführte Satz in wörtlicher Uebereinstimmung ebenfalls am Eingang der Urkunde. Den beiden folgenden Sätzen entspricht die Bestimmung: „Civitas etiam nullam hereditatem domus et armorum dabit“. Dass nun der Schreiber des Weseler Privilegs Stellen des Zütphener abschrieb, auch wenn sie für Wesel keinen Sinn hatten, werden wir natürlich nicht annehmen dürfen, zumal die Bestimmung über das freie Erben ja nicht ihrem Wortlaute nach übernommen, sondern in den beiden letzten Sätzen näher ausgeführt wurde; wohl aber kann er sich von seiner Vorlage soweit haben beeinflussen lassen, dass er Bestimmungen, welche in dieser einen Bezug auf die gesamte Einwohnerschaft haben, auch dann in ihrer allgemeinen Fassung in seine Urkunde hinübernahm, wenn sie in Wesel nur für einen Teil der Bürger in Betracht kamen, d. h. er konnte nach dem Muster des Zütphener Privilegs von der Verleihung der Freiheit und des freien Erbrechts an die Bürgerschaft oder an die Bürger sprechen, auch wenn sie, da die meisten Bürger schon vorher im Genuss dieser Rechte waren, nur wenigen zu gute kam; der Gefahr einer falschen und für die Grafen nachteiligen Deutung der Urkunde setzte er sich ja dadurch nicht aus. Wie wir aber sehen werden, gab es wirklich einen Teil der Einwohner, auf den sich diese Befreiungen beziehen konnten. Wenn also, wie das Folgende zeigen wird, andere gewichtige Gründe gegen den hofrechtlichen Ursprung der gräflichen Gewalt über Wesel sprechen, so geht daraus hervor, dass jene Abschaffung hofrecht-

licher Lasten sich eben nur auf einen Teil der Bevölkerung beziehen kann.

Da uns jede Nachricht vom Erwerb der Gerichtsbarkeit oder der Grundherrschaft in Wesel Seitens der Grafen von Cleve fehlt, so sind wir darauf angewiesen, aus dem Umfang der ihnen später in Wesel zustehenden Rechte auf deren Ursprung zurückzuschliessen. Hierfür besitzen wir eine Quelle, wie wir sie lauterer und reichlicher fließend uns gar nicht wünschen können: Das *registrum reddituum comitum Clivensium* aus dem Anfang des 14. Jahrhunderts.¹⁾ Bei den hier aufgezählten Gerechtsamen des Grafen in Wesel lässt sich ein dreifacher Ursprung unterscheiden: Sie rühren her von dem Besitz der Kirche, der Vogtei über das Kloster und der Hegung des Gerichts.

Seitdem am Ende des 13. Jahrhunderts das Patronat über die Kirche dem Prämonstratenserkloster geschenkt war,²⁾ beschränkten sich die Rechte, welche dem Grafen als dem Nachfolger der Abtei Epternach zustanden, im Wesentlichen³⁾ auf das Eigentum am Hofe, den Zehnten und den Bezug der Curmede von den St. Willibrordsleuten. Der Hof war mit den dazu gehörigen Aeckern und Wiesen zur Zeit der Anlegung des Heberegisters verpachtet. Ein geringer Teil des gräflichen Grundbesitzes wurde von Hörigen bebaut. Die St. Willibrordsleute sind die Wachszinspflichtigen der Kirche, die *cerocensuales*, wie sie im Privileg von 1241 genannt werden; sie müssen an den Grafen die Curmede, eine Erbschaftssteuer, entrichten. Der Zehnte ist ein Getreidezehnte und ein „smaler tyend“,⁴⁾ welcher für Schweine, Bienenstöcke, Gänse, Hühner und Flachs gezahlt wurde. Durch den Besitz des Hofes standen dem Grafen auch hervorragende Nutzungsrechte an der Weseler Mark zu, über die zwar weniger unser Register, als ein Weseler Waldweis-

¹⁾ Im Auszuge mitgeteilt von Mooren und Nettesheim in den *Annalen des hist. Vereins für den Niederrhein*, Heft 28 u. 29, S. 11 ff.; und Heft 31, S. 112 ff. Für die dort angegebene Entstehungszeit ergibt sich ein weiterer Beweis aus der Vergleichung der sich hier findenden Namen von Weseler Bürgern mit den anderweitig bekannten.

²⁾ Lac., U. B. IV, Nr. 668 (a. 1261); und Binterim und Mooren III, Nr. 188 (a. 1277).

³⁾ Ausserdem hatte er die Küster zu bestellen.

⁴⁾ Diese *decima minuta* ist nicht zu verwechseln mit dem *census minutus*, welcher an Private gezahlt wird, z. B. St. a. 1343 ff. an Ledechganc und später an seine Witwe.

tum¹⁾ Aufschluss giebt, welche aber in diesem Zusammenhang zu behandeln sind.

Weideberechtigt waren im Weseler Walde alle Güter der Kirchspiele Wesel, Hamminkel und Drevenick.²⁾ Die Vollberechtigten sind die Erbgenossen, minderberechtigt sind die Markgenossen und die Köther. Über diese drei Klassen giebt uns eine Stelle in der Aufzeichnung über die Rechte des Nonnenklosters Nachricht: „Oick ist to weten, dat nyemant van rechte erfgenote ys noch hieten sal, he en heb dan erfachtich guet ligghen als hōve offte huven bynnen den palen ende voren der Marke; ende de ghene de de hōve ende huven besytten, teen (?) ende bouwen, hieten ende siin marckgenoten; de anderen alle synt koteren.“ Die Beschlussfassung über Markangelegenheiten steht nur den Erbgenossen zu; sie geschieht im Holzding auf der Matena (einem Platze in Wesel). Es gab mehrere Höfe, denen besondere Rechte im Weseler Walde eigneten; das Weistum nennt deren neun, darunter „die hoff to Wesel“ und „die Closter hoff“. Während aber der Vorzug der anderen Höfe wohl nur in der grösseren Zahl von Schweinen bestand, die sie im Walde weiden lassen durften, hatten die Eigentümer des Hofes zu Wesel, d. h. der Graf, und des Klosterhofes, d. h. der Prior, auch besondere Befugnisse in der Verwaltung der Mark. Ersterer hatte namentlich den Holzrichter und den Waldförster, nachdem sie von den Erbgenossen gewählt waren, zu bestätigen, letzterer den Boten des Holzrichters einzusetzen. Der Holzrichter hielt das Holzding ab und pfändete mit seinem Boten die dort verhängten Strafen aus; diese erhielten der Graf, das Kloster und die Erbgenossen zu gleichen Teilen.

Aus alledem ist ersichtlich, dass dem Grafen das Obereigentum an der Mark nicht zustand³⁾. Die Erbgenossen hatten zwar dem Eigentümer des Hofes wohl gegen die Verpflichtung, sie zu schützen, gewisse hervorragende Rechte im Walde überlassen, aber Rechte, die nicht einmal viel bedeutender waren als die, welche anderen Höfen, vorab dem Klosterhof, zustanden, und die noch entfernt

¹⁾ Lac., Archiv III, 2, S. 262 ff. Speziell über das Recht des Nonnenklosters am Walde handelt eine Aufzeichnung in einer Handschrift vom Ende des 15. Jahrh., welche Urkunden des Klosters enthält. (St. A. zu D.)

²⁾ Daher ist diese Mark schon eine Teilmark und kann mit der alten Hundertschaftsmark nicht identisch sein; zu dieser gehörten ja nach unserer Vermutung alle die Dörfer, welche im Bezirk des Hemails lagen.

³⁾ Namentlich spricht dagegen die Verteilung der Brüchen und die Wahl des Holzrichters durch die Erbgenossen.

nicht bis zum Obereigentum an der Mark gewachsen waren.¹⁾ Ebensowenig hatte der Besitz des Hofes dem Grafen zum Obereigentum am Dorfe verholten. Dass er aber auch nicht in früherer Zeit Grundherr der villa Wiselensis gewesen war und auf seine grundherrlichen Rechte bei der Erhebung Wesels zur Stadt verzichtet hatte, geht daraus hervor, dass er alle die Rechte, welche mit dem Besitz des Hofes zusammenhingen, zur Zeit des Registrums noch besass. Er hatte noch seine Hörigen und bezog von den Zinspflichtigen noch die Curmede. Wäre das Privileg von 1241 so aufzufassen, dass dadurch die Weseler, die bisher alle in Abhängigkeit von der Kirche, resp. dem Hofe gestanden, von den Fesseln des Hofrechts hätten gelöst werden sollen, so wäre nicht abzusehen, wie trotzdem einige von den Hörigen und Zinspflichtigen in ihrem alten Stande geblieben sein könnten.

Als Vogt des Klosters bezog der Graf von den Vogtgütern eine jährliche Abgabe in Geld und Getreide; ausserdem aber waren ihm die Vogtei- und die Eigenleute zu einer Mai- und einer Herbstbede²⁾ verpflichtet. Diese Vogteileute sind es nun auch, welchen im Privileg die persönliche Freiheit und freies Erben zugesichert wird. Auch sie können aber, weil sie nur in ganz geringer Anzahl vorhanden sind, nicht einen Hauptbestandteil der Einwohnerschaft des Dorfes Wesel ausgemacht haben.

Hiernach ist es klar, dass der Graf weder als Klostervogt noch als Eigentümer des Hofes und Herr der Kirche das Recht haben konnte, das Dorf Wesel zur Stadt zu erheben. Das Recht, durch dessen Besitz er als Herr von Wesel erscheint, ist vielmehr die Gerichtsbarkeit. Wie im Privileg der Richter sein Richter heisst, so beginnt auch das Verzeichnis seines Besitzes in Wesel: „In den irsten hevet hi aldar hogerichte end neder.“ Freilich wird im Jahre 1370³⁾ der Graf von Cleve von der Herzogin von Brabant, von deren Vorgängern ja der Hof Wesel an Cleve gekommen ist, belehnt mit der „stat van Wesele mit hoere toebehoirten, ghelic si van ons in leen ruert,“ woraus man schliessen könnte, dass doch dem Hofe das Eigentum an Grund und Boden der Stadt zuge-

¹⁾ S. darüber Lamprecht, a. a. O. I, S. 478.

²⁾ Die Mai- und Herbstbede gehört also hier nicht zu den auf Grund der Gerichtshoheit eingeführten Abgaben, da sie sonst von allen Weselern, die ja sämtlich unter der Jurisdiction des Grafen standen, hätte erhoben werden müssen. S. v. Below, Entstehung der landständischen Verfassung in Jülich und Berg. Ztschr. XXI (1885) S. 198 f.

³⁾ Lac., U. B. III, Nr. 701.

standen hätte. Doch wird in jener Urkunde v. J. 1065¹⁾ nur die „ecclesia in villa Wisele et quicquid in eadem villa ad supradictam abbatiam pertinet“, nicht die ganze villa der Abtei Epternach zurückgegeben, und haben wir es hier daher wohl mit einer Ungenauigkeit des Ausdrucks zu thun; aber auch sonst wäre es ja nicht ausgeschlossen, dass auch die Gerichtshoheit ursprünglich im Besitz der brabantischen Herzöge gewesen ist, in welchem Falle der Graf von Cleve die Streitigkeiten des Jahres 1163 nur als Waldgraf geschlichtet hätte.²⁾ Um die Entstehung der clevischen Rechte an Wesel festzustellen, würde es also viel wichtiger sein, dass man die Frage zu beantworten suchte, wann und wie die Grafen die Gerichtsbarkeit erworben haben, als zu erforschen, wie sie in den Besitz des Hofes gekommen sind. Doch fehlt es hierfür an allen Anhaltspunkten; nur scheint die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den Erbgenossen und dem Kloster über dessen Rechte am Walde, die dem Grafen Dietrich i. J. 1163 gelang,³⁾ darauf hinzudeuten, dass dieser schon damals Gerichtsherr war.

Jedenfalls ein Ausfluss der Gerichtshoheit ist nun auch der Zins, den die Grafen von 365 Hofstätten beziehen. Er besteht nur in einem Huhn von der Hofstätte, während er in Cleve und Calcar, nach dem Heberegister ausser Wesel den einzigen Städten, in denen der Zins nicht von Hufen, sondern von Hofstätten gezahlt wird, zwei Hühner und sechs Denare beträgt. Dass von Freigut ein Zins gezahlt wurde, kam auch sonst vor;⁴⁾ dieser Zins speziell kann deshalb nicht hofrechtlichen Ursprungs sein, weil dann auch eine hofrechtliche Abgabe beim Besitzwechsel gezahlt werden müsste.⁵⁾ Deren Erwähnung würde aber um so weniger im Privileg versäumt sein, als sie sich in jenem Zütphener Privileg findet.⁶⁾ Allerdings ist ein Satz auch in unserer Urkunde schon in diesem

¹⁾ S. S. 5, Anm. 2.

²⁾ S. gleich unten.

³⁾ Binterim und Mooren, III Nr. 43. Wenn er nicht als Waldgraf in der Sache fungierte.

⁴⁾ S. Waitz, Verfassungsgesch. V, S. 355, v. Below, a. a. O. S. 199, Anm. 93 u. S. 221, Anm. 175; Arnold, Gesch. des Eigentums S. 13.

⁵⁾ Dass eine Handänderungsabgabe an den Eigentümer auch in Wesel gebräuchlich war, beweisen die Urkunden, in denen die Stadt Häuser oder Türme verpachtet, und in denen sie sich stets eine besondere Abgabe „nomine conquisitionis“ ausbedingt.

⁶⁾ Areas meas, quas ad usus ipsorum habent infra civitatem, si media pars vacare contigerit, XXX denarios persolvat, si tota, quinque solidos.“

Sinne aufgefasst worden.¹⁾ Er lautet: „Quicumque desiderat sibi comparare domum vel aream, assumat duos vel plures scabinos civitatis in testimonium et det tot solidos leves, quot denarios solvit in censu.“ Aber zunächst spricht der Zusammenhang gegen die Auffassung dieser Solidi als einer hofrechtlichen Handänderungsabgabe. Wenn bestimmt wird, man solle Schöffen zu Zeugen nehmen und Solidi zahlen, dann ist doch das Nächstliegende, dass man die Solidi eben für das Zeugnis bezahlt.

Auch wäre hier nie an jene hofrechtliche Abgabe gedacht worden, wenn man gewusst hätte, dass der Graf von den Hofstätten nur einen Naturalzins bezog, der an dieser Stelle erwähnte Geldzins also gar nicht an ihn entrichtet wurde. Denn die Höhe dieser Handänderungsabgabe wurde regelmässig nach der Höhe des Zinses, den man dem Eigentümer zu zahlen verpflichtet war, bestimmt. Grade diese Stelle des Privilegs zeigt uns also deutlich, wie kaum etwas anderes, dass der Grund und Boden von Wesel hauptsächlich nicht im Eigentum des Grafen, sondern eingessener Familien war. Wer nach Wesel zuzog, musste von einem der Erbgenossen eine Hofstätte in Erbleihe nehmen. Wir haben also in Wesel dieselben Besitzverhältnisse, wie in vielen anderen Städten, in denen ebenfalls die Mitglieder der ältesten Einwohnerklasse an die später Zuziehenden Grundstücke zu Wicbälderecht verleihen.²⁾

Ob die Grafen schon vor 1241 den Wildbann bei Wesel beanspruchten, ist unsicher; in unserm Register finden sich Wildbannshäfer und Wildbannshühner, welche die Höfe und Kathstellen um Wesel an sie entrichten müssen. Wie schon die Herausgeber bemerkt haben, ist hierin vermutlich eine Abgabe zu sehen, „welche der Graf von einem ursprünglichen Mark- oder Gemeindegrunde, der später in Culturzustand versetzt wurde, erhob, und auf dem der Rentberechtigte vorher das Jagdrecht gehabt hatte.“ Jedenfalls wurde aber auch der Wildbann auf Grund der Gerichtshoheit beansprucht.

Auch von den Regalien, in deren Besitz der Graf sich befindet, werden wir, dem Vorhergehenden entsprechend, annehmen müssen, dass sie ein Ausfluss der Gerichtshoheit sind.

Es sind dies die Zölle, die Münze, das Mühlenrecht und das Fermentum, d. h. das Monopol der Gruyt, eines zur Bierbrauerei verwendeten Stoffes.

¹⁾ Gengler, Stadtrechtsaltertümer, S. 379.

²⁾ S. Pauli, Abhandlungen aus dem lübischen Recht.

Die Weseler Münze begegnet uns zuerst in unserm Hebe-
register, doch kommen ihre Fabrikate schon von 1241 an vor. Der
Zölle, welche der Graf erhob, waren nach dem Register nur noch
zwei: Der Marktzoll und der „carrentoll ende upslach van den
wyne“. Die aber, welche die Einkünfte aufnahmen, fragten auch
nach dem Kornzoll und dem Weggeld, erhielten jedoch die Ant-
wort, dass man darüber Briefe habe; dieser Zoll war nämlich im
Jahre 1275 von Dietrich Luf¹⁾ der Stadt übertragen. Also ist an-
zunehmen, dass er auch schon vor 1241 im Besitz des Grafen ge-
wesen ist. Ebenso der Marktzoll: Im Privileg von 1241 wird denen,
die ihn nicht entrichten, eine Strafe angedroht. Es war ein Jahr-
marktzoll; ein Wochenmarkt bestand noch nicht.²⁾ Jedenfalls
wurde auch der Weinzoll nicht erst nach 1241 eingeführt; wir
können also auch ihn zu dem Besitz der Grafen im Dorfe Wesel
zählen. Nicht anders steht es mit dem Fermentum, dessen früheste
Spur in das Jahr 1272 fällt, wo es von Dietrich Luf an die Stadt
gegen Erbzins verliehen wird. Schliesslich beanspruchte der Graf
in Wesel auch die Mühlengerechtsame; zwar besass er selbst keine
Mühle in der Stadt; als aber der Rat eine errichten wollte, konnte
er es nicht, ohne dass der Graf den Wind dazu gab.³⁾

Grade der zuletzt besprochene Besitz, das Gruytmonopol, das
Weggeld und das Mühlenrecht, könnte die Meinung erwecken, dass
er erworben wäre nicht auf Grund der Gerichtshoheit, sondern
allein auf Grund des Obereigentums an der Allmende. Ausser dem
oben Angeführten steht dem nun namentlich noch eins entgegen:
Wenn der Grundherr sein Recht an der Allmende in dieser Weise
nutzbar machen konnte, so ist nicht abzusehen, warum er nicht
auch hier, wie doch in so vielen Fällen, Mass und Gewicht unter
seine Aufsicht zog. Wir kommen hier wieder auf den Satz zurück,
von dem diese ganze Erörterung ihren Ausgang genommen hat:
„Jurgia, defectum mensurandi et pistrandi magister civium judi-
cabit.“ Wenn hierdurch dem magister civium nicht etwas zuerst
übertragen, sondern nur bestätigt wird, dann kann Mass und Ge-
wicht nicht vorher in herrschaftlicher Verwaltung gewesen sein.
Wie aber eine herrschaftliche Verwaltung in Allmendeangelegen-
heiten schon nach den obigen Ausführungen nicht stattgefunden
haben kann, so finden wir jetzt ein neues Moment dagegen darin,

¹⁾ S. u. S. 28, Anm. 1.

²⁾ S. u. S. 28.

³⁾ Durch Privileg v. J. 1329, Lac. U. B., III, Nr. 241. Frensdorff a. a. O.
S. 265.

dass jede Spur eines hofrechtlichen Beamten fehlt. Der einzige Beamte des Grafen, welcher im Privileg von 1241 vorkommt, ist der *judex*¹⁾ der keine andern Befugnisse als richterliche hat, und dessen Name wohl schon einen hofrechtlichen Charakter ausschliesst. In Zütphen z. B. ist der Beamte des Grafen von Geldern entschieden ein hofrechtlicher und heisst *villicus*, in Emmerich dagegen stand dem Grafen nur die Gerichtshoheit zu, und sein Vertreter wird daher hier *judex* genannt. Auch in Cleve ist nach dem Stadterhebungsprivileg von 1242²⁾ der *villicus* der gräfliche Beamte. Hätte es ferner vor 1241 einen hofrechtlichen Beamten in Wesel gegeben, so würde wohl ebenso, wie im Zütphener Privileg von der Aufbewahrung herrenlosen Erbes dieser und nicht der *judex-sculthetus* ausgeschlossen werden. Ein sicheres Zeugnis giebt uns aber die schon erwähnte Urkunde von 1233³⁾. Brüder und Konvent des Prämonstratenserklosters beklagten sich bei dem Grafen Dietrich von Cleve, ihrem Vogt, dass ihnen die Bürger des Dorfes Wesel Unrecht zufügten, indem sie schon seit mehreren Jahren am Walburgisfeste in ihrem Forste Holz schlügen. Durch die Vermittlung des Grafen verzichteten die Weseler auf alles Recht an jenem Walde und erbaten dafür Lösung vom Banne. Hätte zu dieser Zeit irgend ein hofrechtlicher Beamter an der Spitze der dörflichen Verwaltung gestanden, so würde er sicher entweder im Text der Urkunde oder wenigstens unter den Zeugen genannt worden sein, da ein solches Abkommen doch nicht ohne seine Mitwirkung getroffen werden konnte. Er fehlt aber nicht nur unter den aufgeführten Zeugen, sondern am Schlusse der Urkunde werden sogar die „*nomina civium qui interfuerunt*“ genannt und dadurch bewiesen, dass das Dorf allein von Eingesessenen vertreten wurde.

Zu alle dem kommt, dass sich auch später kein Obereigentum an der Allmende nachweisen lässt. Im Gegenteil sehen wir die Gemeinde mit einigen gleich zu besprechenden Ausnahmen regelmässig frei über die Allmende verfügen; der Verkauf von Hofstätten ausserhalb der Thore bildet eine nicht unwichtige Einnahmequelle für die Stadt. Auch die Viehweide wurde von der Mitte des 14. Jahrhunderts an im fiscalischen Interesse nutzbar gemacht, ohne dass ein Consens des Grafen erwähnt würde. Erst nachdem die Stadt schon in mehreren Jahren Geld für die Benutzung der

¹⁾ einmal *sculthetus* genannt.

²⁾ Lac. U. B. II, Nr. 265.

³⁾ S. 6, Anm. 6.

Viehweide bezogen hatte, i. J. 1377, findet sich die erste Bestätigung dieser Gewohnheit.¹⁾ Natürlich war auch diese nicht von nöten, weil die Allmende im Obereigentum des Grafen gestanden hätte, sondern man holte seinen Consens, wenn auch spät, ein, weil er durch den Besitz des Hofes allerdings an der Art, wie die Allmende verwertet wurde, interessiert war. Dass nur dies Mitbenutzungsrecht an der Viehweide es war, welches die Zustimmung des Grafen zu ihrer finanziellen Ausnutzung Seitens der Stadt wünschenswert machte, dafür haben wir noch ein weiteres Zeugnis: Als i. J. 1480 die Stadt sich in arger Geldnot befand, und deshalb einige Schläge der Viehweide verkauft werden sollten, geschah es mit Erlaubnis nicht nur des Herrn, sondern auch der trefflichsten Erbgossen,²⁾ und ebenso werden wir bei den früheren Verfügungen über die Allmende deren vorherige Zustimmung anzunehmen haben.

Das Eigentum der Stadt an der Allmende, das hierdurch für das 14. Jahrhundert erwiesen ist, kann aber seinen Grund nicht in dem Stadterhebungsprivileg haben; denn dann würde hier der Verzicht des Grafen auf die Allmende gewiss ebensowohl erwähnt worden sein, wie er im entsprechenden Clever Privileg von 1242 als Preis für das Versprechen der Städter, bei dem Ritterschlag der Söhne und der Heirat der Töchter eine Unterstützung zu leisten, ausgesprochen wird.³⁾

3.

Das Privileg von 1241.

Ueber die verfassungsrechtlichen Zustände also, wie sie vor der Stadtrechtsverleihung in Wesel herrschten, lassen uns unsere Quellen wenigstens im Grossen und Ganzen nicht im Dunkeln. Wir sehen im Wesentlichen eine Landgemeinde, die mit einem Gerichtsbezirk zusammenfällt, an deren Spitze das Schöffencolleg steht,

¹⁾ St. a. 1377 F. 136^a: „J. domicello nostro pro curialitate et veweida et pro expensis literarum sigillando et aliis expensis propter hoc factis 799 clipei, fac. 1065 mr. 4 sol.“ Die erste uns darüber erhaltene Urkunde ist aus dem Jahre 1395. Dass diese sich nicht auf einen neu in die Nutzniessung der Stadt übergehenden Teil der Viehweide bezieht, geht aus der annähernden Gleichheit der Erträge in diesem und den folgenden Jahren hervor. I. J. 1378 aber kam bedeutend mehr ein, als vorher.

²⁾ St. a. 1480.

³⁾ „Cum vero filios nostros militari vel filias maritari contigerit, supplemento condecanti ad id nobis consecuturos liberaliter devoverunt, quapropter aquas et pascua libere concedimus eisdem.“

deren frühere Vorsteher aber gewisse Befugnisse in der Agrarverwaltung bewahrt haben. In wie fern verursachte nun die Erhebung zur Stadt i. J. 1241¹⁾ eine Aenderung?

Im Allgemeinen lässt sich die Bedeutung des Privilegs dahin charakterisieren, dass der Ort aus dem Gerichts- und Verwaltungsorganismus des platten Landes gelöst, und für seine Stellung zum Grafen, für Handel und Verkehr, für das Gerichtswesen solche Bestimmungen getroffen wurden, welche den Interessen einer städtischen, handeltreibenden Bevölkerung entsprachen.

Als die Grund- und Gerichtsherren aus einzelnen ihrer ländlichen Gemeinden z. Th. mit überraschender Schnelligkeit Verkehrsplätze sich entwickeln sahen, konnten sie zunächst die neuen complicierten Verhältnisse schwer überschauen, fühlten sich demzufolge unfähig, deren Regelung in die eigene Hand zu nehmen, zumal ihre übrigen Besitzungen diese Entwicklung nicht mitmachten, und also für sie die alte Verwaltung noch durchaus angemessen war. Sie sahen wohl, wie schädlich bei der Sensibilität des Verkehrs, seinem Bedürfnis nach Sicherheit und Stetigkeit es sein würde, wenn sie gegenüber den Stadtbewohnern ihre Rechte in demselben Masse aufrecht erhielten und geltend machten, als den ländlichen Gemeinden gegenüber; mit anderen Worten: Die Bildung eines besonderen städtischen Verwaltungsbezirkes, welche in den grösseren, namentlich den bischöflichen Städten schon früher erfolgt war, musste allmählich auch in den kleineren Landstädten bewirkt werden. Die Dynasten mussten deshalb einen Teil ihrer Rechte zu Gunsten der Bürgerschaft oder einer aus ihr hervorgegangenen Behörde aufgeben und zugleich, soviel an ihnen lag, die Bürger von den Einflüssen fremder Gewalten befreien. Von diesem Standpunkte aus findet auch das Privileg von 1241 seine Erklärung.

Als einer der wichtigsten Bestandteile des neu constituirten *jus civile* wird gleich am Anfang der Urkunde das Versprechen gegeben, dass keine Steuer ohne der Städter guten Willen erhoben werden soll. Indess verzichtete der Stadtherr mit solcher Befreiung nicht auf jede Abgabe, sondern versprach nur, von aller Regelmässigkeit und allem Zwang dabei abzusehen, damit er im Falle der Not die geschonte städtische Steuerkraft um so besser in Anspruch nehmen konnte.²⁾ Gegen die Gefahr, dass von nun an seine Hörigen durch Uebersiedelung in die Stadt sich allen herrschaftlichen An-

¹⁾ Lac., U. B. II, 258.

²⁾ „Ita ut nullas in ea faciamus exactiones vel accreditum honerosum preter ipsorum bonam voluntatem“. S. Zeumer, Städtesteuern, S. 18.

sprüchen entzogen, sicherte sich der Graf dadurch, dass er ihre Aufnahme in die Bürgerschaft verbot.

Mit jener Entbindung von der *exactio* hängt die Befreiung von jedem Kriegsdienst, welcher die Bürger länger als einen Tag ausserhalb der Stadt halten würde, aufs engste zusammen. Auch hierdurch wurde, wie besonders hervorgehoben wird,¹⁾ von einer bedeutenderen militärischen Unterstützung nicht für immer abgesehen, sondern ihre Bewilligung nur in das Belieben der Stadt gestellt.

Beides, die Befreiung von der *exactio* und die Beschränkung der Kriegsdienstpflcht, sind Exemptionen von Abgaben und Diensten, die der Graf in seinem übrigen Territorium kraft der Gerichtshoheit beanspruchte. Dass dagegen die Sätze des Privilegs, welche den Bürgern Freiheit von hofrechtlichen Abgaben zusichern, nur einem geringen Teil der Einwohner zu gute kommen konnten und daher von mehr untergeordneter Bedeutung sind, ist schon oben nachgewiesen.

Die Behörde, welcher zu Wesel, wie wir gesehen, die Leitung der Gemeinde-Angelegenheiten oblag, war das Schöffencolleg. Als ein neues Recht wird ihm die Aufbewahrung herrenlosen Erbes übertragen; ausserdem wird seine hervorragende Stellung in der Gemeinde dadurch noch befestigt, dass die Schöffen als Urkundspersonen bei der Uebertragung von Liegenschaften anerkannt oder erst eingesetzt werden, und dadurch, dass ihr Gericht das oberste genannt wird, vor dem allein andere Beweismittel, als die blosse Längnung der Anklage durch den Eineid zulässig seien.²⁾ Wahrscheinlich zur Entschädigung für ihre mit der Erhebung zur Stadt umfassender und schwieriger werdende Thätigkeit wird den Schöffen ein Teil der Gerichtsgelder angewiesen, während der grösste Teil dem Grafen und dem Richter vorbehalten bleibt; eine kleine Quote fällt auch an die Stadt, ebenso wie ein Drittel des herrenlosen Erbes Fremder „*ad augendam rem publicam*“.

¹⁾ „*Cives Wiselenses ad expeditionem nostram non cogentur, nisi ut nocte ad civitatem Wiselensem possint redire, nisi sponte voluerint.*“

²⁾ „*Nemo infra iudicia a iudicio civitatis derivantia aliquem civem obligare vel proclamare presumat vel amplius gravet, quam ad expurgationem ipsius cum sua sola manu.*“ Das Privileg von 1252 und ihm folgend das Privilegium majus von 1277 (s. u. S. 28) haben den Zusatz: „*super aliqua causa, quam per scabinos probare non potuerit.*“ Was mit diesem „*alia iudicia a iudicio ciuitatis derivantia*“ gemeint ist, lässt sich nicht mit Sicherheit feststellen. Am nächsten liegt es wohl, an ein Gericht auf dem Klosterhofe zu denken.

Um die Stadt auch von anderen störenden Einflüssen möglichst zu befreien, wurde den Bürgern die ausschliessliche Gerichtsstandschaft innerhalb ihrer Mauern verliehen.

Des Weiteren enthält das Privileg Bestimmungen, welche die Entwicklung des Handels bezwecken. Vor allem ist da zu erwähnen die Befreiung vom Zoll an allen clevischen Zollstätten; doch ward es verboten, fremder Leute Gut als sein eigenes am Zoll vorbeizuführen; und um gegen derartige Zolldefraudationen auch das Interesse der Stadt zu engagieren, wurde die Strafe, welche darauf stand, ihr überwiesen.

Dahin gehört ferner das eben erwähnte Recht *de non evocando*, da hierdurch bewirkt wurde, dass die Bürger nur nach den Grundsätzen, welche in ihrem städtischen Gericht galten, zu Recht stehen mussten. Denn wie sich in anderen Städten Prozess- und Strafrecht mit Rücksicht auf die Interessen der Handel und Industrie treibenden Bürger ausbildete, so wurden auch im Weseler Gericht schon durch unser Privileg solche Aenderungen getroffen, welche es den Bürgern erst ermöglichten, ruhig und sicher ihrem Erwerbe zu leben. Vor allem wurde das Beweismittel des gerichtlichen Zweikampfes abgeschafft; das war um so wichtiger, als bei der grösseren Complicirtheit der rechtlichen und wirtschaftlichen Institutionen die Prozesse an Zahl jedenfalls zunahmen. Ferner wurde durch die schon bei anderer Gelegenheit¹⁾ citierte Bestimmung: „*Quicumque desiderat sibi comparare domum vel aream, assumat duos vel plures scabinos in testimonium*“ eine spezifisch städtische Form des Güterverkehrs auch in Wesel eingeführt.

In der Entwicklung des deutschen Strafrechts nehmen die Städte eine hervorragende Stellung ein.²⁾ Unter allen Arten des besonderen Friedens, welche sich zum Schutze der öffentlichen Sicherheit ausbildeten, indem sie die an besonderen Personen, zu besonderen Zeiten und an besonderen Orten verübten Verbrechen unter eine höhere Strafe stellten, als das Landrecht, wurde der Stadtfrieden eine der wichtigsten. Wie schon das Wormser Dienstrecht Bischof Burkhard³⁾ den Begriff, wenn auch noch nicht den Namen des Stadtfriedens kennt, und er später zum Wesen des Stadtrechts gehört, so wird auch in unserm Privileg, wenn auch das Wort nicht darin vorkommt, ein Stadtfrieden errichtet. Denn die Strafen, welche

¹⁾ S. 18.

²⁾ Vgl. Hälschner, *Gesch. des brandenb.-preussischen Strafrechts*, S. 33 N. 8; und Frensdorff, *Stadt- und Gerichtsverfassung von Lübeck*, S. 167.

³⁾ S. darüber Arnold, *Freistädte I*, S. 263.

von nun an im Weseler Gericht auf Friedensbruch stehen sollten, unterscheiden sich von denen des Landrechts wesentlich durch ihre Strenge. Vor allem wurden die Geldstrafen auf Körperverletzungen teilweise durch Leibesstrafen ersetzt. Auf Totschlag steht Hinrichtung, auf Verwundung Verlust der Hand, während noch z. B. in Cleve durch die ein Jahr später erfolgende Stadtrechtsverleihung auf dasselbe Vergehen die Strafe von 100 Solidi gesetzt wurde. Die Geldstrafen scheinen, wo sie blieben, z. Th. erhöht worden zu sein. Unsere Urkunde setzt die Strafe von 27 Solidi ganz allgemein auf Körperverletzung, die noch nicht unter den Begriff der Verwundung fällt, das Clever Privileg dagegen, welches überhaupt viel geringere Rechte verleiht,¹⁾ auf dasselbe Vergehen nur, wenn es an einem Sonn- oder Festtage oder an einem der beiden letzten Wochentage begangen ist, während es sonst nur mit drei Solidi gebüßt werden soll.

Auf einer früheren Stufe der Rechtsanschauung steht dagegen in unserm Privileg die Bestimmung, dass der Fremde wegen unrechter Klage gegen einen Bürger jedem mündigen Bürger sechs Denare zahlen soll. Ihr lag die alte Vorstellungsweise zu Grunde, „nach welcher die Einheit des Ganzen mit der zusammengefassten Vielheit der Einzelnen . . . identisch war.“²⁾

Am Schlusse der Urkunde werden die Schöffen für den Fall, dass sie, zu einem Urteil aufgefordert, keine Antwort wissen, an den Rat von Dortmund zur Consultation gewiesen, eine Bestimmung, die späterhin dadurch, dass die Dortmunder das freiere Recht ihrer Stadt wiesen, für die Entwicklung der städtischen Freiheit förderlich wurde.³⁾

¹⁾ Die Clever bleiben z. B. zu einer sechswöchentlichen Heeresfolge verpflichtet. In Cleve gehörte der Grund und Boden dem Grafen; daher haben wir hier nach dem Stadterhebungsprivileg neben dem judex auch einen villicus; daher auch kann der Graf den Städtern durch dieselbe Urkunde freie Fischerei und Weide gewähren, daher endlich beträgt die von den einzelnen Hofstätten gezahlte Abgabe mehr, als in Wesel. S. 17.

²⁾ Gierke, das deutsche Genossenschaftsrecht II, S. 354 u. 366.

³⁾ S. Teil II. Hier ist gleich zu erwähnen, dass Wolters Ansicht (Ztschr. IV, S. 41), das Abhängigkeitsverhältnis zu Dortmund bestehe i. J. 1464 in der alten Weise nicht mehr, irrtümlich ist. In den Stadtrechnungen finden sich jedenfalls bis zum Ende des 15. Jahrhunderts die Kosten für das Urteilstholen zu Dortmund verzeichnet.

Kapitel II.

Die Entstehung des Rates.

1.

Das Schöffencolleg nach 1241.

Das Privileg von 1241 enthielt, wie wir sahen, in der That alles, was einen Ort zur Stadt machte: Die Aufstellung neuer Rechtsnormen, die Ausscheidung aus dem Verwaltungsorganismus des Territoriums und die damit zusammenfallende Übertragung gewisser Regierungsrechte auf die Bürgerschaft oder ihre Vertretung. Wenn letzterer Vorgang sich in anderen Städten mit der Entstehung des Rats deckt,¹⁾ so genügte in Wesel, auch nachdem der Bürgerschaft ihre wichtigsten Freiheiten verliehen waren, noch zunächst das Schöffencolleg den neuen mit der Stadtrechtsverleihung an die oberste städtische Behörde herantretenden Aufgaben. Demgemäss sehen wir es auch in der einzigen Urkunde, welche über die städtische Verwaltung der nächsten Zeit Aufschluss gewährt, einem Briefe, in dem der Graf von Cleve gegen die Bürgerschaft für die Bezahlung von 17 vasa vini der Stadt seine Scheune in Wesel mit allem Getreide darin verpfändet,²⁾ als Vertreter der Stadt erscheinen, ja, nicht einmal der Consens der Bürgerschaft wird erwähnt. Die aristokratische Verfassung Wesels in dieser Zeit kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Schöffen ihr Amt lebenslänglich bekleiden und sich durch Cooptation ergänzen, wie dies aus dem sog. Privilegium maius vom Jahre 1277 hervorgeht.³⁾ Die Wählbarkeit zum Schöffen erscheint nicht als an bestimmte Bedingungen geknüpft; thatsächlich jedoch wird das Colleg sich ausschliesslich aus dem Patriziat der Stadt, wenn ich so sagen darf, rekrutiert haben, namentlich aus den Familien, welche den Grund und Boden der Stadt in den Händen hatten. Denn die wenigen uns überlieferten Schöffenzverzeichnisse enthalten ausser mehreren, die durch Schenkungen, namentlich an das i. J. 1291 gestiftete Hospital ihren Reichtum an Grundbesitz bekunden,⁴⁾ den Namen mancher in der späteren Zeit durch ihr Vermögen bekannten Familie. In wie weit auch der Handel

¹⁾ S. z. B. Frensdorff, Stadt- und Gerichtsverfassung Lübecks, S. 25.

²⁾ i. J. 1270.

³⁾ „Quando scabini de Wesele aliquem scabinum vel aliquos elegerint, nos vel nostri officiales confirmabimus eundem vel eosdem sine contradictione.“

⁴⁾ S. Teil II; Henr. de Lonen ist der Stifter des Hospitals; es erhält Schenkungen von Henr. Sanctrel, Wilh. de Brabant, Joh. de Foro (verzeichnet im A. B. F. 27a ff.)

schon jetzt das Ansehen und die Rechte der obersten Klasse gab, lässt sich nicht bestimmen.

An der Spitze der Schöffen erscheint, abgesehen von einer gerichtlichen Urkunde, regelmässig der *magister civium*. Das Privileg von 1241 weist ihm damit, dass es von ihm sagt: „*Jurgia, defectum mensurandi et pistrandi magister civium judicabit*“, nicht etwa eine von seinen Amtsgenossen unabhängige Stellung an: Die Busse des litigator fällt nicht an ihn, sondern an die Stadt. Er ist selbst Schöffe¹⁾ und wird vom Collegium jährlich neu gewählt; denn in einem Privileg von 1308²⁾ wird die jährliche Neuwahl als gewohnheitsmässig vorausgesetzt, als etwas Neues dagegen die Teilnahme der Gemeinde an seiner Wahl angeordnet.

Die Burmeister oder *magistri burgensium* begegnen uns zum ersten Male als Zeugen unter den Schöffen in einer Urkunde vom Jahre 1269.³⁾ Dann treffen wir sie in Urkunden von 1291, 1307 und später. Was über die Wahl und die Amtsdauer des Bürgermeisters gesagt ist, gilt aus demselben Grunde von ihnen: Auch sie sind Schöffen und haben ihr Amt nicht zu eigenem Recht, sondern werden jährlich neu gewählt. Über ihren Anteil an der städtischen Verwaltung haben wir aus dem 13. Jahrhundert keine Zeugnisse; doch wird man wohl annehmen dürfen, dass er schon damals derselbe gewesen ist, wie in späterer Zeit, wo sie namentlich die Finanzen und die Polizei zu besorgen haben und als die Executivbeamten des Rats im Innern bezeichnet werden können.

2.

Die Privilegien nach 1241.

Die der Erhebung zur Stadt folgenden Privilegien haben, soweit sie nicht nur Bestätigungen enthalten, den Zweck, die verliehene Freiheit zu befestigen und namentlich der Stadt, nachdem man ihr eine gewisse Selbstregierung überlassen, auch die finanziellen Mittel dafür zu verschaffen und ihre Bürger durch Hebung des

¹⁾ I. J. 1269 (Prior und Priorissin des Prämonstratenserklosters übertragen dem Andreas de Lonen ein Haus zu Erbleihe) ist Henr. Evels *magister civium* und i. J. 1261 (Lac., U. B. IV, Nr. 668) Schöffe. Der Bürgermeister macht zweimal mit den übrigen Schöffen und den beiden Burmeistern die in Wesel übliche Zwölfzahl des Collegiums voll.

²⁾ Lac. U. B. III, Nr. 72.

³⁾ S. Anm. 1. Hier allerdings werden sie *magistri civium*, der Bürgermeister dagegen *magister burgensium* genannt, was aber dem späteren Sprachgebrauch entgegengesetzt ist.

Handels leistungsfähiger zu machen. Die städtische Freiheit gegen Eingriffe Seitens des Stadtherrn sicher zu stellen, bezweckt das i. J. 1255 von Dietrich Luf¹⁾ gegebene Versprechen, die Stadt durch Aufführung keines Gebäudes innerhalb ihrer Befestigung zu belasten und in Betreff der Schöffenwahl die alte Gewohnheit, d. h. die vom Herrn unabhängige Cooptation, bestehen zu lassen. Zur Förderung des bürgerlichen Wohlstandes verlieh ihnen derselbe drei Jahre später „*libertatem fori hebdomodalis*“, des Inhalts, dass die kaufmännischen Besucher des Weseler Marktes nicht belästigt werden, sondern frei gehen und zurückkehren sollten, es sei denn, dass einer wegen offenbaren Totschlags oder Raubes geächtet oder verurteilt wäre oder beim Diebstahl ertappt würde. Hierdurch wurde der Wochenmarkt erst eröffnet; denn hätte es schon vorher einen solchen gegeben, so wäre einmal wahrscheinlich den Marktbesuchern das freie Geleit ebenso, wie in Zütphen, schon durch die Stadtrechtsverleihung gewährleistet worden, und zweitens hätte dann 1241 der Aussteller der Urkunde vom Jahrmarktszoll nicht wohl sprechen können als von einem „*theloneum quod infra civitatem diebus fori a forensibus requiritur*“, sondern das forum zur Unterscheidung vom Wochenmarkt eben als den Jahrmarkt bezeichnen müssen.

Dem städtischen Budget zu gute kam die Verpachtung des Fermentum i. J. 1272, sowie die Erlaubnis, eine Accise, d. h. eine Abgabe vom Kauf und Verkauf gewisser Gegenstände, zu erheben (i. J. 1277). Nach den Ausdrücken, deren sich der Graf bei der Gewährung der Accise bedient,²⁾ scheint es, dass dieselbe schon vorher erhoben wurde, und er nur nachträglich seine Einwilligung dazu gab. Dagegen ging der Stadt das eine von den Rechten, welche ihr i. J. 1275 auf zwei Jahre verliehen wurden, die „*jurisdictio cottidiana*“, alle nicht peinliche Rechtsprechung,³⁾ wie die späteren Verhältnisse beweisen, wieder verloren, in ihrem Besitz blieb aber der landesherrliche Kornzoll und das Weggeld.⁴⁾

Alle von 1241 bis 1277 verliehenen Rechte und Freiheiten wurden zusammengefasst und bestätigt in dem sog. Privilegium

¹⁾ Über die Söhne Dietrich VI. s. Lac. U. B. II, Einleitung, die Grafen von Cleve.

²⁾ „ . . quod hoc est de nostra bona voluntate, . . . quod scabini et cives Wiselenses . . ponant exactionem, que Azysa dicitur.“

³⁾ „*excepta jurisdictione nostra de capite et collo*“ wird zur Erklärung hinzugefügt.

⁴⁾ S. o. S. 19.

majus v. J. 1277.¹⁾ Aus diesem Grunde fand dasselbe hervorragende Beachtung und wurde statt aller vorhergehenden in die städtischen Copiare aufgenommen. Die einzige neue Bestimmung darin bezieht sich auf den Zoll. Das i. J. 1241 gewährte Zollprivileg hatte zu Unzuträglichkeiten geführt, indem Weseler Bürger durch die im Verhältnis zu dem grossen Gewinn geringe Strafe von 20 Solidi sich nicht davon hatten abhalten lassen, Fremde unter ihrem eigenen Namen am Zoll vorbeizuführen, und in dem die Beamten des Grafen leicht ohne genügenden Grund Bürger als Defraudanten festhielten und so in ihrem Erwerb beeinträchtigten. Um beiden Übelständen abzuhelfen, sollte von nun an über die Klage wegen Verheimlichung fremden Gutes an der Zollstätte vor dem Weseler Gericht nach den dort üblichen Grundsätzen entschieden werden, der für schuldig Befundene aber mit seinem Leben und Vermögen in die Hand des Grafen fallen.

3.

Die Finanzverwaltung um 1280.

Eine Übersicht über die Finanzverwaltung der Stadt um 1280 wird ergeben, dass sie seit 1241 schon bedeutend complicierter geworden war. In dem Privileg dieses Jahres zunächst werden keine anderen Einnahmen erwähnt, als ein nicht sehr bedeutender Teil der Gerichtsgelder und ein Drittel des herrenlosen Erbes Fremder. Es ist aber anzunehmen, dass auch in Wesel damals schon ein Schoss erhoben wurde, zumal von dieser Abgabe, obwohl von ihrer Einführung nirgends etwas verlautet, späterhin als von einer schon bestehenden gesprochen wird.²⁾ Da die an den Herrn zu zahlenden Summen nach altem Gebrauch auf diese Weise aufgebracht wurden, so lag es ja am nächsten, auch die Bedürfnisse der Stadt durch die herkömmliche Steuer zu decken.

Um die Einnahmequellen, welche der Stadt neu erschlossen wurden, kennen zu lernen, müssen wir wieder Rückschlüsse aus der späteren Zeit machen. Ausser den Stadtrechnungen können uns hierzu namentlich dienen eine Aufzeichnung der unbedeutenderen

¹⁾ Die Abweichungen vom Privileg von 1241 s. Lac., U. B. II, Nr. 258.

²⁾ Zuerst in der Urk. bei Lac. U. B. II, Nr. 917, a. 1291, worin der Magistrat die Personen, Häuser und Hofstätten des Pönitenzordens zu Wesel „ab omni exactione, contributione seu servitio civili“ eximiert, dann in der schon erwähnten Urk. bei Lac., U. B. III, Nr. 72, a. 1308, „Si tamen in genus exactionis quod vulgo Scayt dicitur, concordaverint.“

städtischen Einkünfte und Notizen über die Verpachtung einiger Einnahmen aus dem Jahre 1329¹⁾ Darnach werden wir schon in das 13. Jahrhundert, ja schon in die Zeit vor 1241 zurücklegen müssen zunächst die finanzielle Verwertung der *Libra* und der *Mensurae*. Mass und Gewicht waren im Dorfe Wesel, wie wir sahen, jedenfalls der Controlle der Communalbehörde unterworfen; die Gemeinde zog hieraus Nutzen, indem alle Masse und Gewichte mit den in ihrem Besitze befindlichen übereinstimmen und mit einem Zeichen der Übereinstimmung versehen werden mussten, und indem einzelne Waaren nur mit den Massen der Stadt gemessen und auf der öffentlichen Wage gewogen werden durften.

Eine neue Abgabe hatte der Handel zu leisten, seit i. J. 1258 in Wesel ein Wochenmarkt eröffnet war: Die Verkäufer mussten für den „*locus carrucarum*“ und die „*scampna piscium*“ ein Standgeld entrichten.

Die weiteren Einkünfte der Stadt erhellen unmittelbar aus den vorher besprochenen Privilegien: Es sind das Gruytmonopol (seit 1272), das Weggeld und der Kornzoll (seit 1275) und die Accise (seit 1277); die Pachtsumme, die nach dem Privileg von 1272 anfänglich für das Fermentum gezahlt werden musste, begegnet uns schon in dem oben behandelten clevischen Heberegister aus dem Anfang des 14. Jahrhunderts nicht mehr. Kornzoll und Weggeld wurden zusammengefasst unter dem Namen *pedagium*; das Weggeld wurde vom lebenden Vieh erhoben. Am schlechtesten sind wir über die Accise unterrichtet, da die späteren Nachrichten sich sämtlich auf eine neue Accise beziehen, welche der Stadt i. J. 1324 bewilligt wurde und in einer Verkaufssteuer bestand. Doch ist anzunehmen, dass diese in ihrer Art sich nicht von der alten Accise unterschied.

Dazu kommen dann noch die Einkünfte aus Zinsen von Hofstätten, Thoren und Türmen; die waren aber im 13. Jahrhundert noch um so unbedeutender, als die Stadt erst anfang, sich zu befestigen und sich auf die Allmende auszudehnen.

In den Kosten der Befestigung besteht auch die wichtigste neue Ausgabe; sie zu bestreiten, wurde namentlich die Accise erhoben.

¹⁾ A. B. F. 20a.

4.

Entstehung des Rates.

Es ist leicht erklärlich, wie namentlich durch den Erwerb des Gruytmonopols und die Erhebung der Accise der städtische Haushalt, der bis jetzt noch verhältnismässig einfach war, viel schwieriger und verwickelter werden musste, wie dadurch die Besorgung der städtischen Geschäfte den Schöffen, die ja, abgesehen von ihrem privaten Beruf, durch ihre Teilnahme am Gericht sowie durch ihre Eigenschaft als Beurkundungspersonen genug in Anspruch genommen wurden, allmählich über den Kopf wachsen konnte. Während nun in anderen Städten die Erweiterung des städtischen Haushaltes, namentlich grade die Erhebung des Ungelds, der Gemeinde oder einer Klasse derselben Gelegenheit gab, sich einen Anteil am städtischen Regiment zu verschaffen¹⁾, ist der Verlauf der Dinge in Wesel ganz anders: Die Schöffen wählen selbst Bürger aus, welche sie in der Verwaltung unterstützen sollen.²⁾ Andererseits unterscheidet sich diese Entwicklung von der Entstehung des Geschworenencollegs in den ländlichen Gemeinden³⁾ dadurch, dass dies die erste und einzige collegialische Behörde war, welche sich zur Besorgung der communalen Angelegenheiten bildete, in Wesel dagegen der Rat bei seiner Entstehung schon eine Genossenschaft vorfand, welcher er nur einen Teil der öffentlichen Geschäfte abnahm. Dass die Consuln zum ersten Male 1291⁴⁾ vorkommen, obwohl das Fermentum schon i. J. 1272 von der Stadt übernommen wird, und die Accise uns zuerst i. J. 1272 begegnet, darf uns nicht Wunder nehmen; denn die einzige uns erhaltene Urkunde zwischen 1277 und 1291, in der Schöffen und Bürger von Wesel aufgeführt werden,⁵⁾ bezeugt eine Auflassung, die vor Schöffen erfolgt ist, lässt also ihrem Inhalte nach die Nennung von Consuln, falls es eben schon solche gab, nicht erwarten. Freilich mag auch das Vorbild anderer Städte (i. J. 1280 werden im benachbarten Rees zum ersten Male Consuln erwähnt⁶⁾), und am Ende des 13. Jahr-

¹⁾ S. z. B. Liesegang, die Sondergemeinden Kölns S. 64 f.

²⁾ Ähnlich ist die Entstehung des Rates in den geldrischen Städten gewesen, s. Nettesheim, Gesch. von Geldern, S. 53 f.

³⁾ S. Lamprecht a. a. O. I, S. 321 f.

⁴⁾ Urk. bei Lac., U. B. II, Nr. 917.

⁵⁾ Urk. der Johannitercommende von 1290.

⁶⁾ Nach einem Copiar, in das Einsicht zu nehmen mir Gelegenheit gegeben wurde.

hundreds erscheinen sie in vielen niederrheinischen Städten) nicht ohne Einfluss gewesen sein — jedenfalls hat es wenigstens bewirkt, dass die neuen Beamten grade den Namen Consuln erhielten —; aber ohne dass die Schöffen ein Bedürfnis nach Verminderung ihrer Arbeitslast empfunden hätten, wäre die Behörde doch schwerlich entstanden.

Dass die Schöffen, und nicht eine andere Corporation oder die Gemeinde, die Consuln einsetzten, ergibt sich wieder aus dem schon öfter erwähnten Privileg v. J. 1308: In den Zwistigkeiten, welche über die Verwaltung des städtischen Vermögens ausgebrochen sind, stehen auf der einen Seite Bürgermeister, Burmeister, Schöffen und Consuln, auf der andern die Gemeinde; und zur Versöhnung der streitenden Teile wird bestimmt, dass von nun an zur Wahl der Consuln den Schöffen vier oder fünf von der Gemeinde Gewählte beigegeben werden sollen; dass die Schöffen bei der Wahl mitwirken, wird als selbstverständlich vorausgesetzt, während der etwas verwickelte Modus, wie die Gemeinde ihr Wahlrecht ausüben soll, deutlich erkennen lässt, dass ihre Beteiligung an der Wahl erst jetzt eingeführt wird. Dieselbe Urkunde zeigt, dass die Amtsdauer der Consuln ebenso, wie die der Bürgermeister und Burmeister, ein Jahr war. Ihre Zahl dagegen lässt sich für diese Zeit noch nicht bestimmen; i. J. 1291 werden sieben genannt, woraus indessen nichts zu folgern ist, zumal es später zwölf sind.

Für Wesel hat also die Entstehung des Rates offenbar nicht die Bedeutung, wie da, wo er die erste Behörde ist, welche die spezifisch städtischen Interessen zu vertreten hat; eine Stadt war ja Wesel auch, als es noch allein unter dem Schöffencolleg stand. Für uns fiel daher mit der Frage nach dem Ursprung der Stadtverfassung zusammen nicht die Frage nach der Entstehung des Rates, sondern die Frage, aus welcher Behörde das Collegium, welches zuerst an der Spitze der Stadt erscheint, hervorgegangen ist, und welche neuen Functionen und Competenzen es erhalten hat.

Kapitel III.

Die Kämpfe zwischen Obrigkeit und Gemeinde.

Um sich über die Stellung von Schöffen und Rat zur Gemeinde in dieser Zeit Aufschluss zu verschaffen, ist es am zweckmässigsten, von den Urkunden auszugehen, welche dafür von Wichtigkeit sind.

Die erste ist eine aus dem Jahre 1304¹⁾, in der Otto, der älteste

¹⁾ W. R. A.

Sohn und nachherige Erbe des Grafen Dietrich VIII. von Cleve, den Bürgern mehrere Vergehen aufzählt, die sie sich gegen seinen Vater hätten zu schulden kommen lassen, und ihnen gegen eine Zahlung von 100 Mark dessen Verzeihung dafür verschafft. Eine von den durch die Räte des Grafen schriftlich formulierten Anklagen war die, dass sie die herkömmliche Zahl der Schöffen kleiner werden liessen, ein Missbrauch, dessen Abstellung ihnen befohlen wird.

Das Privileg von 1308¹⁾ sucht die Zwistigkeiten, die zwischen Bürgermeister, Burmeister, Schöffen und Consuln einerseits und der Gemeinde andererseits über die Führung des städtischen Haushaltes ausgebrochen sind, dadurch zu schlichten, dass es der Gemeinde einen Anteil an der Wahl der Consuln einräumt, und zwar soll sie jedesmal 18 oder 20 Personen beauftragen, sich auf 4 oder 5 Bürger zu vereinigen, welche mit den Schöffen zusammen die genannten Beamten zu wählen haben. Wenn der auf diese Art gekorene Rat zusammen mit den Schöffen über irgend eine Art der Steuer schlüssig werde, so solle dem nun aber auch niemand widersprechen dürfen. Jedoch sei jeder Beschluss, durch den das Budget irgendwie belastet werde, an die Zustimmung der Gemeinde gebunden. Zur Schatzung könnten alle herangezogen werden, ausser den Besitzern von Lehn-gütern, wogegen die Stadt ihrerseits diese nicht zu verteidigen verpflichtet sei. Um neue Streitigkeiten zu vermeiden, werden schliesslich alle Gilden, Bruderschaften, Verschwörungen und Vereinigungen verboten.

Im Jahre 1311²⁾ musste Graf Dietrich IX. aufs Neue einen Streit zwischen Schöffen und Gemeinde über die Wählbarkeit zum Consulat schlichten. Er that das, indem er von den drei Forderungen der Gemeinde, dass solche, die keine Abgaben an die Stadt zahlten, die Fehmschöffen und der Verwalter des städtischen Fermentum die Ratsfähigkeit verlieren sollten, die erste anerkannte, damit die Besitzer der Lehngüter (denn nur diese können nach dem Privileg von 1308 gemeint sein) sich nicht einer Würde rühmten, deren Last sie nicht auf sich nehmen wollten. Bezüglich der Fehmschöffen bestimmte er, es solle damit wie in Dortmund gehalten werden,³⁾ der Fermentarius dagegen sei wählbar in den Rat, sofern er sich nur seinem Amte kaufmännisch gewachsen gezeigt habe.

¹⁾ Lac., U. B. III, Nr. 72.

²⁾ Lac., U. B. III, Nr. 104.

³⁾ In Dortmund schloss die Eigenschaft des Fehmschöffen die Ratsfähigkeit nicht aus. S. Frensdorff, Dortm. Stat. S. CXLIX.

Diese Urkunden erlauben einen Rückschluss sowohl auf die Zusammensetzung des städtischen Magistrates, als auf die Klagen der Gemeinde gegen ihre oberste Behörde. Zunächst wird man den „defectus scabinorum“, den der Graf i. J. 1304 abgestellt sehen will, ebenso, wie es Arnold für Köln gethan hat,¹⁾ auf Rechnung des Wunsches schreiben, das Schöffentum auf möglichst wenige Familien zu beschränken, eines Wunsches, der sich uns auch durch Vergleichung der uns bekannten Schöffennamen ergibt. Die Namen von Schöffen sind uns in folgenden Urkunden erhalten:

- a) in der oben erwähnten v. J. 1261,²⁾
- b) in der gleichfalls schon angeführten v. J. 1269,
- c) in einer Urkunde der Johannitercommende v. J. 1290,
- d) in der Urkunde v. J. 1291,³⁾
- e) in einer Urkunde der Johannitercommende v. J. 1295,
- f) dito v. J. 1300,
- g) dito v. J. 1305,
- h) dito v. J. 1307,
- i) in einer Ratsurkunde über die Vererbpachtung des Viehthores v. J. 1307.⁴⁾

In der folgenden Übersicht über die Veränderungen, welche im Schöffencolleg bis 1307 eintraten, sind unter jedem der Jahre, aus denen die aufgezählten Urkunden herrühren, nur die Schöffen angeführt, deren Familiennamen in keiner früheren Urkunde vorkommen; die Zahlen hinter den Namen geben die Jahre an, in denen dieselbe Familie wieder in den Schöffenlisten erscheint. Kommen in einer Liste zwei Vertreter derselben Familie vor, so ist die Jahreszahl unterstrichen:

	1261
Conr. de Draxhem	1269
Hinr. de Lonen	1269, 1295, 1307
Appoll. (Sanctrel)	1291, 1295, <u>1307</u>
Anthוניus	
Conr. Viltere	1269
Hinr. Oppedic	1291
Herim. clericus	1269
Hinr. de Bocholte	1269

¹⁾ Freistädte I, S. 405.

²⁾ S. S. 27, Anm. 1.

³⁾ Lac., U. B. II, Nr. 917.

⁴⁾ B. F. 103 a.

Hinr. Evelt	1269
Gerh. Budel	1269
Lamb. ad scamna	1291
	1269
Godesc. Rumestikel	1307
Hinr. Mannel	
Joh. in Foro	1290, 1291
	1290
Joh. Snellert	1291
Herm. fil. Witen	1291
	1291
Gossw. monetarius	1300, 1305, 1307
Wilh. de Brabant	1295, 1307
Herm. Vitulus	
Gobel. Pistor	
	1300
Rutger de Arena	1305, 1307
	1307
Henr. de Berke	
Henr. de Xanctis	
Henr. Ledechgank	
Joh. de Birth	

Dieselbe Familienpolitik zeigt sich darin, dass auch die Consuln aus den aristokratischen Kreisen der Stadt genommen werden. Hierauf führen einmal die Namen der i. J. 1291 erwähnten Consuln, welche teilweise wenigstens mit Schöffennamen übereinstimmen,¹⁾ dann jene Beschwerde der Gemeinde, dass die Lehnsträger auch zu Consuln gewählt würden.

Mit diesem Rate nun meinte die darin nicht vertretene Bürgerschaft nicht zufrieden sein zu können. Sie fühlte sich durch Steuern und Accise bedrückt, konnte deren Notwendigkeit nicht einsehen und warf deshalb dem Magistrat unordentliche oder gar unredliche Finanzverwaltung vor. Der gemeine Bürger empfand es als ungerecht, dass Collegien, bei deren Wahl er selbst nicht mitzureden hatte, über sein Vermögen frei disponierten. Auch schien es ihm unbillig, dass Männer, welche des Schutzes der Stadt doch auch genossen — die Lehnsträger — zu den notwendigen städtischen Ausgaben nicht beisteuern wollten.

¹⁾ In der Urkunde d sind von den Familiennamen der sieben aufgeführten Consuln fünf als Namen von Schöffen kenntlich.

Wie der Graf diese Wünsche befriedigte, haben wir gesehen: Er räumte der Gemeinde einen gewissen Einfluss auf die Wahl der Consuln ein, damit sie sich fürder über zu hart drückende Steuern nicht mehr mit Recht beklagen konnte, und machte vor allem die Gültigkeit aller neue Ausgaben mit sich bringenden Beschlüsse von ihrer Zustimmung abhängig. Dagegen löste er die Lehnsträger insofern aus dem Bürgerschaftsverbande, als er ihre Freiheit von der direkten Steuer¹⁾ anerkannte und die Stadt dafür von ihrer Verantwortung entband.

Aber auch mit diesen Zugeständnissen fühlte die Gemeinde sich noch nicht befriedigt: In der That wird wohl ihre Teilnahme an der Ratswahl illusorisch gewesen sein; denn die vier oder fünf durch sie gewählten Wahlmänner konnten zu leicht von den zwölf Schöffen majorisiert werden. Wollte die Gemeinde also einer ordentlichen und redlichen Finanzverwaltung sicher sein, so musste sie auf Gesetze dringen, durch welche die aus irgend einem Grunde Ungeeigneten vom Consulat ausgeschlossen wurden. Ungeeignet zum Consulat mussten ihr aber namentlich die Lehnsträger erscheinen. Es liegt doch auf der Hand, eine wie grosse Unzuträglichkeit dadurch entstehen musste, dass Leute im Rate sassen, also auf die Anordnung und Umlage von Steuern Einfluss hatten, welche von einer wichtigen Art der Steuern — den direkten — befreit waren. Die Vermutung ist wenigstens sehr naheliegend, dass die Besitzer der Lehngüter das Ihrige thaten, um durch Anordnung der direkten, grade dem gemeinen Mann so fühlbaren Steuer die ganze Steuerlast von sich auf die Schultern ihrer Mitbürger zu wälzen. Unzweckmässig däuchte es den Bürgern auch, dass der Verwalter der städtischen Gruyt Ratsmann war. Denn bei der Wichtigkeit dieser Einnahmequelle für die städtischen Finanzen schien ihnen eine scharfe Controlle des Fermentarius durch den Rat geboten, welche durch die Rücksicht darauf, dass der zu Controllierende selber Sitz und Stimme im Rate habe, beeinträchtigt zu werden drohte. Endlich erhob die Gemeinde den Anspruch, dass die „scabini Imperiales, qui vulgo Vehmschepen nominantur“, nicht Consuln werden durften — ob auch hier zum Teil deshalb,

¹⁾ Es lag der Exemption jedenfalls die Vorstellung zu Grunde, dass die direkte Steuer für den Grafen erhoben, die eigenen Bedürfnisse der Stadt aber mit der Accise gedeckt würden; denn von pecuniären Leistungen an die Herrschaft behaupteten die Vasallen frei zu sein. Es findet sich übrigens niemand, von dem sich nachweisen liesse, dass er ein Gut vom Grafen zu Lehen getragen hätte.

weil diese fremde, der Stadt gefährliche Interessen in die Verwaltung hineinbrachten, wie man aus der Analogie anderer Städte schliessen könnte,¹⁾ oder aus irgend einem anderen Grunde, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, da wir in unseren Quellen sehr wenig von Weseler Fehmschöffen hören. Nur das können wir vermuten, dass auch diese Forderung der Gemeinde gegen die oberen Klassen gerichtet war, da wohl nur aus diesen die Schöffen zu den benachbarten Fehmgerichten (in Wesel selbst gab es keins) genommen wurden. Diese Vermutung wird durch die beiden Urkunden, in denen Fehmschöffen aus Wesel vorkommen, bestätigt.²⁾

Wie wir sahen, bewilligte der Graf die erste Forderung der Gemeinde, auf Ausschliessung der Vasallen aus dem Rate — ein Verlangen, welches ganz in Consequenz der drei Jahre vorher geschehenen Anerkennung ihrer Abgabefreiheit lag —, während er dem Fermentarius und den Fehmschöffen — da letztere ja in Dortmund wählbar waren — die Ratsfähigkeit zuerkannte.

So hatte die Einmischung des Herrn für Wesel die Frucht getragen, dass es, ungleich den meisten deutschen Städten, vor heftigerem und gewaltsamem innerem Streite bewahrt wurde; und auch für später hatte die Vermittlung des Grafen den gewünschten Erfolg. Wenn es auch in der folgenden Zeit manchmal wieder zu Misshelligkeiten zwischen Rat und Gemeinde kam, und selbst die Verfassung noch dreimal geändert werden musste, so lebte man doch meist in Frieden miteinander, da die unteren Klassen sich mit ihrem mässigen Anteil am Stadtre Regiment begnügten.

Ein Passus aus dem Privileg von 1308 ist in unserer bisherigen Erörterung übergangen worden — die Stelle, an welcher der Graf alle Gilden u. s. w. verbietet, „per quas nova inter dictas partes dissensio oriri poterit in futurum.“ Die hohe Strafe, welche auf Übertretung dieses Verbotes gesetzt wird — 100 Pfund leichter Denare — zeigt, einen wie bedeutenden Einfluss auf die zwischen Magistrat und Gemeinde stattgefundenen Kämpfe der Graf dem Institut der Gilden zuschrieb. Doch ist bei dem Mangel aller

¹⁾ In Bremen durfte kein Bürger Fehmschöffe sein „zur Aufrechterhaltung der eigenen Gerichtsbarkeit“ (Donandt, Gesch. des Bremischen Stadtrechts I, S. 139).

²⁾ Urk. der Johannitercommende v. J. 1265 (Freiding zu Pevewic), unter den Schöffen Gerardus de Lon miles; und Urk. v. J. 1451 (Freiding zu Recklinghausen), unter den Schöffen der Bürgermeister und viele Ratsmitglieder aus Wesel.

anderen Nachrichten nichts Genaueres darüber zu ersehen, nicht einmal, ob es eine Grossbürgergilde war, welche im Verein mit den Schöffen sich die alleinige Besetzung der Ratsstühle bis jetzt zu wahren gewusst hatte — das würde dem Entwicklungsgang in anderen Städten am meisten entsprechen¹⁾ — oder aber, ob die Gemeinde in ihren Innungen dem Stadtregiment Opposition machte — damit würde übereinstimmen, dass in Wesel erst auffallend spät, vom Wollenamt abgesehen, erst seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts uns Innungen der Handwerker begegnen, eine Erscheinung, die also vielleicht durch die i. J. 1308 befohlene Auflösung aller Vereinigungen ihre Erklärung fände.

Gegen beides sprechen aber gewichtige Gründe; gegen eine gilda mercatorum speziell der Umstand, dass als oberste Stadtbehörde immer das Schöffencolleg erscheint, welches auch den Rat vollkommen beherrschte. Wahrscheinlicher ist es daher, dass sich während der Streitigkeiten Geschlechter und Gemeinde zusammenthaten und zum Kampfe gegeneinander durch Eidschwur verbanden. Auch hierfür würde es ja an Analogieen in der Städtegeschichte nicht fehlen.²⁾ Jedenfalls aber sind diese Spuren zu undeutlich, als dass sie zu einer tieferen Erkenntnis der sozialen und politischen Zustände führen könnten.

Mit der Entstehung des Rates und den darauf folgenden inneren Unruhen schliesst die erste Epoche der Weseler Verfassungsgeschichte ab. Sie war eine Periode schnellsten Fortschritts. Bis in die erste Hälfte des 13. Jahrhunderts hinein noch ein Ort, der zwar schon mercantile Interessen hatte, seinem Rechte nach aber sich durch nichts von anderen ländlichen Gemeinden unterschied, wurde Wesel durch die Recht und Verwaltung umbildenden Sätze des Privilegs von 1241 mit einem Schlage in die Reihe der Stadtgemeinden gestellt. Durch schnell aufeinander folgende Privilegien wurde es in dieser Stellung befestigt, und wurden zugleich der obersten Behörde durch Überweisung wichtiger Einnahmequellen die Mittel verschafft, die immer wachsenden öffentlichen Bedürfnisse

¹⁾ S. z. B. Wolfstieg, Verfassungsgesch. von Goslar, S. 57. Auf das frühere Bestehen einer ursprünglich alle Handeltreibenden umfassenden Gilde wäre dann vielleicht jene Bestimmung im Privileg von 1241 zu beziehen, dass ein Fremder, dessen Klage gegen einen Bürger für unrecht befunden wird, jedem mündig gewordenen Bürger sechs Denare zahlen muss. S. S. 25.

²⁾ Z. B. die Junkergesellschaften in Lübeck am Ende des 14. Jahrhunderts und die Eidgenossenschaft der Speierer Zünfte zum Widerstande gegen die Geschlechter i. J. 1327.

zu befriedigen. Doch die Überhäufung mit Geschäften, welche dadurch entstand, zwang das Schöffencolleg, das schon vor der Erhebung zur Stadt die Verwaltung der Gemeinde führte, an das aber noch nie so bedeutende und mannigfaltige Aufgaben herangetreten waren, sich nach einer Hülfe umzusehen, die es fand durch die Schaffung des Rates.

Teil II.

Verfassung und Verwaltung im 14. und 15. Jahrhundert.

Im Gegensatz zu der schnellen Folge der Ereignisse in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts treten wir jetzt in eine Zeit der langsamen und ruhigen Entwicklung, in eine Zeit, wo an den Grundlagen der Verfassung wenig mehr geändert wird, wo zwar auf Grund eines fast ungestörten inneren Friedens die Stadt an Reichtum und Macht rasch zunimmt, und auch Verwaltung und Recht, den veränderten Verhältnissen entsprechend, eine früher ungeahnte Ausbildung erfahren, aber nicht, wie in der älteren Zeit, durch künstliche Aufpfropfung neuer Zweige, sondern durch ein langsames, organisches Wachstum aus sich heraus. Es empfiehlt sich daher, von der chronologischen Darstellung der Ereignisse, wie sie bisher durch die skizzierte sprungweise Entwicklung geboten war, abzugehen und die öffentlichen Zustände und deren Umbildungen in der folgenden Zeit nach den hauptsächlichsten dabei in Betracht kommenden Momenten getrennt vorzuführen.

Wie wir sahen, waren es drei Mächte, mit denen eine Verwaltungsgeschichte der Stadt zu rechnen hat: Der Graf von Cleve, die Gemeinde und der Magistrat. Es wird also für jede dieser Parteien zu untersuchen sein, welche Rechte ihr in der folgenden Periode zukamen, und welche Pflichten ihr oblagen; zugleich erscheint es dabei geboten, eine Sonderung der Gemeinde in ihre Bestandteile zu versuchen und die ganze administrative Thätigkeit des Rates darzustellen.

Kapitel 4.

Das Verhältniß zum Stadtherrn.

Mit der Wahrnehmung seiner gesamten Rechte in Wesel hatte der Graf¹⁾ seinen officiatus, auf deutsch Drost oder Amtmann, im Lande von Dinslaken betraut. Glaubte sich die Stadt daher durch den Grafen gekränkt, oder hatten andere sie in ihren Rechten beeinträchtigt, so wandte man sich zunächst an diesen, dass er die Klagen vor seinen Herrn bringe oder dessen Beistand erbitte. Seinen guten Willen der Stadt zu erhalten, musste den Bürgern besonders am Herzen liegen: Daher die vielen in den Kämmererechnungen verzeichneten Ausgaben für ihm geschenkten Wein und ihm geleistete Mahlzeiten. Gegen seinen bösen Willen dagegen suchte sich die Stadt zu schützen durch das Privileg,²⁾ welches sie i. J. 1347 vom Grafen Johann erwirkte, dass der Amtmann bei seinem Amtsantritt schwören solle, sie in ihren Freiheiten zu erhalten.

Die Befugnisse privat- und öffentlich-rechtlicher Natur, welche der Graf in Wesel hatte, sind in Bezug auf ihre Entstehung im ersten Kapitel besprochen worden. Hier sind nur die Veränderungen nachzuholen, die sie erlitten, und der Umfang zu fixieren, in dem sie ausgeübt wurden.

Minder wichtig sind zunächst die Rechte, welche aus dem Besitz des Hofes und aus der Klostervogtei folgten. Diese blieben bis zum Ende des 15. Jahrhunderts durchaus in ihrem alten Bestande, nur dass der Graf i. J. 1329³⁾ die ausserhalb der Stadtmauer angelegten Gärten vom Zehnten befreite und im 15. Jahrhundert Teile seines Besitzes für kurze Zeit an die Stadt verkaufte.

Das bedeutendste Recht des Grafen aber und zugleich das, durch dessen Besitz vor allem er als Stadtherr erscheint, ist die Hegung des Gerichts. Ihm als dem Gerichtsherrn gebührt der Hauptanteil an den vom Gericht verhängten Strafen. Infolge der Gerichtshoheit ist auch die Wahrung des Rechts in der Stadt seine Aufgabe. Weil er den Gerichtsban hat, kann er ihn leihen und setzt also den Richter ein. Indem er zugleich die beiden Gerichtsboten

¹⁾ Häufig begegnet uns nicht der Graf, sondern sein Sohn als Herr von Wesel; da aber hierdurch der Rechtsbestand nicht alteriert wurde, so ist in der Folge davon abgesehen.

²⁾ Lac., U. B. III, Nr. 442. Original verloren.

³⁾ Lac., U. B. III, Nr. 241; und Frensdorff, Dortm. Stat. S. 265.

ernennt, bethätigt er oder sein Richter für ihn das Anefangsrecht. Als Gerichtsherr erlässt er Verordnungen, welche in das Gerichtswesen eingreifen. Inwieweit diese Gesetzgebung der städtischen nebenherlaufend sie oftmals ergänzte, wird weiter unten zu erörtern sein. Denn auch die Stadt war am Gerichte beteiligt, wie schon dadurch ausgedrückt wird, dass der Richter, obwohl vom Grafen gesetzt, auch ihr schwören muss, gerecht zu richten. Seit 1481 ernannt sie den zweiten Gerichtsboten, und an den Gerichtsgeldern hat sie einen, wenn auch nicht sehr erheblichen, Anteil. Bei Besprechung der gerichtlichen Thätigkeit des Rates wird untersucht werden, inwiefern die Stadt den Einfluss auf die Rechtsprechung, der sich hierin zeigte, zu erweitern wusste.

Aber noch andere wichtige öffentliche Rechte stehen dem Grafen infolge der Gerichtshoheit in Wesel zu: Er ist den Bürgern „dominus noster,“ „onse genedige her“, die Stadt ihm „onse liebe stad von Wesele“. Ihm kommen demzufolge alle Rechte in Wesel zu, welche den Reichsstädten gegenüber der König geltend machen kann; ihm hat die Stadt die Pflichten zu erfüllen, welche aus ihrer Zugehörigkeit zu einem Staatswesen resultieren.¹⁾ Weil er die Quelle alles öffentlichen Rechts ist, das jemand in der Stadt ausüben kann, sind prinzipiell wenigstens auch dem Magistrat die Bürger nur deshalb zum Gehorsam verpflichtet, weil er es befiehlt, und dürfen Statuten nur mit seiner Zustimmung gemacht werden.²⁾ Wie allerdings der Magistrat auch ohne seine Billigung das Recht umbildete, Beschlüsse fasste und durchführte und das als sein gutes Recht betrachtete, werden wir noch sehen. — Dem Grafen steht ferner die Aufsicht darüber zu, dass alles in der Stadt zum Besten geschieht: Streitigkeiten zwischen Gemeinde und Magistrat schlichtet er und nimmt auch wohl Bürger, die wegen einer ihnen vom Rate zudiktierten Strafe an ihn appellieren, in seinen Schutz,³⁾ immer unter heftigem Widerstande der städtischen Obrigkeit.

Die Verpflichtung zum Heerdienst war durch das Privileg von 1241 auf die Zeit eines Tages reduziert, und wir haben keine Ur-

¹⁾ Schon Heidemann (Ztschr. V, S. 188 ff.) hat darauf hingewiesen, dass der von Wesel erhobene Anspruch, eine kaiserliche Stadt zu sein (von Nymwegen und Dortmund i. J. 1314 anerkannt, um der Stadt Zollfreiheit in Utrecht zu erwirken) sich nur darauf gründen kann, dass der Hof Wesel ursprünglich königliches Eigentum war. Von Reichsunmittelbarkeit ist natürlich nicht die Rede.

²⁾ Bestimmung des Privilegs von 1308 (Lac., U. B. III, Nr. 72).

³⁾ z. B. R. a. 1472, F. 90a.

sache anzunehmen, dass, solange die Bestimmung galt, diese Zeit häufig überschritten wurde. Als aber infolge des Aussterbens des clevischen Grafenhauses die Grafen von der Mark Herren der Stadt wurden, bestand Graf Engelbert bei einer Bestätigung der städtischen Privilegien i. J. 1369 auf der Ausnahme, dass die Weseler „ons ghevolghenisse duen zulen als ons onse stad van den Hamme sculdich is to done.“ Jedenfalls schloss diese Ausnahme eine Verminderung der städtischen Freiheit in sich, und demgemäss sehen wir die Stadt den Grafen und Herzögen später oft mehrere Wochen lang Kriegsdienste thun. Berühmt ist der Beistand geworden, den die Weseler Bürger ihrem Herrn i. J. 1397 in der Schlacht am Cleverhamm gegen den Herzog von Berg geleistet haben, ja ihrem noch eben rechtzeitigen Eintreffen wird durch die Sage und die ihr folgenden Darstellungen¹⁾ die Entscheidung zu Gunsten des hart bedrängten Grafen beigemessen — inwiefern mit Recht, lässt sich aus unsern Quellen schwerlich noch ermitteln.²⁾ Wenn es auch feststeht, dass ein städtisches Contingent mitgekämpft hat, ist doch die Überlieferung, dasselbe sei 3000 Mann stark gewesen, zweifels- ohne eine irrtümliche: Die waffenfähige Mannschaft war noch im folgenden Jahrhundert bedeutend schwächer³⁾, und in den Kämmerei-rechnungen findet sich nur der Lohn für etwa 70 Gesellen in diesem Jahre.

Grösser wurde die Unterstützung im 15. Jahrhundert. Gar manchmal jagt die ganze oder die halbe Stadt aus; vor allem aber leistet sie ihrem Herrn mit Söldnern⁴⁾ Hülfe und verausgabt dafür häufig, wie zur Zeit der Soester Fehde und des burgundisch-geldrischen Krieges namhafte Summen.

Die direkten Abgaben, welche der Graf von der Stadt bezog, waren recht bedeutend. Wie bereits gesagt, durfte er gegen der Städter Willen keine Zahlung erpressen, aber gerade hier sehen wir recht deutlich, wie erst durch Vergleichung mit der Wirklich-

¹⁾ z. B. von Schaumburg in den Annalen des hist. Ver. f. d. Niederrhein, 9. u. 10. Heft, 1861, S. 80 ff.

²⁾ S. Lac., Archiv IV, a. 1863, S. 108 ff.

³⁾ S. S. 53.

⁴⁾ Dass es Söldner sind, welche den Herzog bei Belagerungen unterstützen, wird bewiesen einmal durch ihr mehrwöchentliches Ausbleiben und sodann auch durch die Auszüge, welche die Städter selbst während der Abwesenheit dieser Truppen machen. Aus der Menge der dem Herzog zur Hülfe Geschickten (es sind z. B. i. J. 1480 ca. 430) ist daher ein Schluss auf die Bevölkerungsziffer unzulässig.

keit sich für die Wertschätzung der in den Urkunden ausgesprochenen Prinzipien ein Massstab erzielen lässt. Zwar lassen sich die pecuniären Leistungen der Stadt nicht durchweg nachweisen, da sie, wie noch zu zeigen, keineswegs immer unter den übrigen Ausgaben aufgezeichnet, sondern gar oft durch besondere Umlage aufgebracht wurden, über welche in den Kämmereirechnungen nichts zu finden ist; aber der allgemeine Eindruck, welchen man aus den in den Rechnungen verzeichneten Ausgaben für Botengänge, für Reisen des Bürgermeisters und der Schöffen zum Drost oder nach Cleve davonträgt, ist doch der, dass die Stadtherren keine falsche Berechnung machten, wenn sie, um im Falle der Not um so höhere Anforderungen stellen zu können, die Blüte der Stadt förderten und auf eine regelmässige Besteuerung verzichteten.

Die Abgaben, welche der Graf von Weseler Bürgern unmittelbar bezog, sind oben¹⁾ beschrieben; für alles andere tritt zwischen ihn und den Einzelnen die Stadt. Denn die Schatzfreiheit galt seit einem Privileg v. J. 1311²⁾ auch für die auswärtigen Besitzungen Weseler. Freilich wurde grade dies Recht das ganze 14. und 15. Jahrhundert hindurch und noch darüber hinaus³⁾ am häufigsten zum Anlass des Streites zwischen der Stadt und ihrem Herrn. In der That musste dieser die Ausdehnung städtischer Freiheit auf das Land mit scheelen Augen ansehen. Aber auch die Stadt wusste sich energisch zu wehren, wenn sie in ihrem verbrieften Rechte gekürzt werden sollte. Hin und her gingen die Boten, meistens machte sich der Bürgermeister selbst mit einigen von Schöffen und Rat auf, um beim Grafen vorstellig zu werden. Das Ende ist dann gewöhnlich, dass der Graf das städtische Recht anerkennt und es nicht wieder zu verletzen verspricht, aber ohne den geschätzten Bürgern Schadenersatz zu leisten. Es stand mit diesem Rechte eben ähnlich, wie mit der Schatzfreiheit der Stadt selbst: In der Theorie wird es nicht angezweifelt, in der Praxis muss man sich oft eine Schmälerung gefallen lassen.

Zu diesen Abgaben kommen dann noch freiwillige Geschenke bei besonderen Gelegenheiten, der Huldigung, der Rückkehr von einer Reise, der Heirat, und bei jedem Aufenthalt in der Stadt Weinspendungen für den Grafen und für sein Gefolge.

Die anderen Rechte der Grafen in Wesel lassen sich als die Regalien zusammenfassen: Die Münze, der Weinzoll und der Zoll an den drei Jahrmärkten. Hinzu kam nur der Holzzoll, dessen Ur-

¹⁾ S. S. 12 ff.

²⁾ Lac., U. B. III, Nr. 103.

³⁾ S. z. B. Bouterweck, drei Huldigungstage der Stadt Wesel, Ztschr. II.

sprung dunkel ist, und der Zoll von dem i. J. 1467 auf Betrieb der Stadt eröffneten Pferdemarkt. Auch diese Gerechtsame boten Anlass zu Streitigkeiten, wenn die Stadt sich beklagte, die neue Münze sei zu leicht, oder die Erhöhung des Weinzolls sei nicht zu ertragen.

Es ist klar, dass so mannigfache und bedeutende Rechte, ausgeübt von einem mächtigen Dynasten, der städtischen Selbstverwaltung leicht gefährlich werden konnten. Sehr wichtig war daher das Versprechen, welches Graf Johann i. J. 1347 ¹⁾ leistete, nie Wohnung innerhalb der Stadtmauern zu nehmen.²⁾ Dadurch wurde der Schutz, welchen den Bürgern ihre Befestigungen gewährten, dem Herrn gegenüber erst wirksam.

Doch war ein Zwiespalt zwischen dem Grafen und der Stadt immerhin etwas Seltenes und wurde gewöhnlich schnell beigelegt. In der Regel stand vielmehr der Graf seinen Bürgern mit Rat und That zur Seite. Ihm musste ja selbst viel an ihrem Wohle gelegen sein, darum, weil eine reiche Stadt auch für ihn mehr abwerfen konnte. Daher erwirkte er für Wesel und seine anderen Städte nach dem Siege über den Herzog von Berg i. J. 1397 die Freiheit von allen bergischen Zöllen³⁾; daher auch die vielen Zollprivilegien für die eigenen Zollstätten, die allerdings im Laufe der Zeit durch Anlegung neuer Zölle, namentlich des Büdericher zu Ende des 13. Jahrhunderts, beschränkt wurden. Aber die Zollprivilegien, obwohl in ihrer Entstehung ein Zeichen landesherrlicher Fürsorge für die Stadt, gaben nicht selten Anlass zum Hader, entweder, indem der Graf sich durch Vorbeiführung fremden Gutes von den Bürgern betrogen glaubte, oder indem die Stadt die Berechtigung des Grafen zur Zollerhebung von ihren Bürgern an irgend einer Zollstätte bestritt.

Kapitel 5.

Die Gemeinde.

1.

Die Einwohnerschaft.

a. Die Einwohner nach ihrem Beruf.

Um dem Gerippe der Verfassung Fleisch und Blut zu geben, erscheint es angebracht, zuerst die Einteilung der Gemeinde nach

¹⁾ Lac., U. B. III, Nr. 442.

²⁾ Trotzdem erbaute Herzog Adolf i. J. 1417 in Wesel den Königshof; s. Gert van der Schuren, Ausg. von Scholten, S. 137 und Gantesweiler, S. 89.

³⁾ Lac., U. B. III, Nr. 1046.

dem Beruf zu betrachten. Treffliches Material für die Erkenntnis der socialen Gliederung liegt in den Stadtrechnungen vor, welche für die Mehrzahl der Jahre bei den Einnahmen aus den verschiedenen Accisen die Accisezahler namentlich anführen, in den Listen derjenigen, welche von der Stadt Zollzeichen erhielten, die Zahl und die Namen aller am Rheinhandel beteiligten Weseler Kaufleute überliefern, bei Anrechnung des den Honoratioren und Beamten der Stadt zu Weihnachten gespendeten Weines die Schöffen und Consuln aufzählen und dabei für einige Jahre in den Steuerlisten die Vermögensverteilung in der Stadt erkennen lassen.

Der Entstehung der Stadtgemeinde aus der Bauerschaft entsprechend, werden wir für die ersten Zeiten der Stadt auch ohne speciellen Beweis anzunehmen haben, dass das Patriziat, d. h. die Klasse, aus der sich das Schöffencolleg und später der Rat rekrutierte, aus den Familien bestand, welchen altererbter Grundbesitz Ansehen verlieh. In wie weit schon damals auch Handel zu einer hervorragenden Stellung in der Stadt verhelfen konnte, musste aus Mangel an Quellenmaterial unerörtert bleiben. Besser sind wir für die spätere Zeit gestellt: Hier sehen wir einerseits, dass nur eine ganz geringe Anzahl¹⁾ der Erbgenossen, welche sowohl durch Reichtum, als auch durch ihre Thätigkeit in der Verwaltung an der Spitze der Gemeinde erscheinen, sich vom Handel fern hielt, dass aber andererseits auch viele Familien zu einer bedeutenden sozialen und politischen Stellung gelangten, welche, ursprünglich wenigstens, keinen Grundbesitz hatten, welche, zum Teil erst eingewandert, nur dem Handel ihren Reichtum verdankten.²⁾ So setzte sich denn das städtische Patriziat zusammen aus Grundbesitzern, Kaufleuten und solchen, die beides waren.

Wenn man untersuchen will, mit welchen Waaren die Kaufleute handelten, so darf man sich durch die Reihen derer, welche Hopfen- oder Weinaccise zahlten, nicht täuschen lassen; denn wie wir noch sehen werden, waren beide Accisen ganz vorwiegend Consumsteuern. Die, welche sie entrichten, sind also nur Detailverkäufer. Dem entspricht es, dass die Weinaccise zum Teil, die Bieraccise fast ganz von solchen erhoben wird, welche dadurch, dass sie kein Geld für Zollzeichen zahlen, sich als nicht zur Kaufmann-

¹⁾ Namentlich die Familien: van Wilaken, Ledechganc, de Ferro, Botterman, Steck, van Eger, uppen Diick, Dunen. Die Grundbesitzer in der Stadt sind überliefert in einer Liste der Erbgenossen aus d. J. 1412 (St. F. 325^a f.).

²⁾ Namentlich die Familien: Lubberti, van Orsoy, de Cappella, Hartwich, de Monement, Beyard.

schaft gehörig charakterisieren. Es sind eben die Wein- und Bierwirte. Wenn von den ersteren die meisten grosses Ansehen in der Stadt genossen, so lag das häufig daran, dass sie neben dem Weinschank noch einem anderen Erwerbe, meist dem Handel, oblagen. Da der Grosshandel nun mit keiner nur einzelne Waaren treffenden Abgabe belastet war, so fehlt es an jedem Anhaltspunkt, um die Handelsartikel festzustellen. Doch werden wir annehmen müssen, dass auch die Weseler Kaufleute namentlich Getreide, Wein, Salz und Fische vertrieben.¹⁾

Was das Handelsgebiet betrifft, so ist dessen Begrenzung, abgesehen von einigen Spuren, welche auf einen Verkehr von Weselern mit den flandrischen und den Ostseestädten schliessen lassen,²⁾ nur auf der Rheinstrasse möglich. Es ist jüngst die hervorragende Bedeutung Kölns für die Vermittlung des unterländischen Verkehrs nach dem Mittelrhein betont worden³⁾, und auch Wesel stand mit der rheinischen Metropole in lebendigem Verkehr. Ein grosser Teil der städtischen Schulden war in Köln contrahiert, und die Weseler hatten dort zur Wahrnehmung ihrer Interessen einen ständigen Procurator. Dass aber die Kaufleute nicht weiter als bis Köln den Rhein hinauffuhren, ist doch ausgeschlossen. Dagegen sprechen sowohl die Kämmereirechnungen, welche manche Beziehungen zu den mittel- und oberrheinischen Städten ergeben,⁴⁾ als auch namentlich eine Stelle in den Ratsprotokollen,⁵⁾ welche einen direkten Verkehr mit dem Oberlande bezeugt.

Über die Bedeutung des Weseler Handels würden wir durch die Posten in den Kämmereirechnungen, welche die aus dem Verkauf der Zollzeichen gelösten Gelder enthalten, ausgezeichnet unterrichtet sein, wenn wir immer die Taxe der Zollzeichen, die nach dem Wert der Waaren berechnet wurde, kennten. Leider ist diese aber nur einmal, aus dem Jahre 1422, überliefert,⁶⁾ und da wir nicht wissen, wann sie wieder geändert wurde, können wir diese Nachricht nur zur Bestimmung der Summen benutzen, für welche

¹⁾ S. Lamprecht, a. a. O., II, S. 324 ff.

²⁾ R. a. 1466 F. 13a (die Älterleute von Brügge schreiben wegen der Laken); a. 1470, F. 59a (Ein aus Löwen Gebürtiger wird in die Bürgerschaft aufgenommen); a. 1484, F. 4b und 5b (Das Gut einiger Bürger ist auf dem Markte in Antwerpen besetzt); a. 1470, F. 41a. (Brief aus Lübeck.)

³⁾ Lamprecht, a. a. O. II, S. 340.

⁴⁾ z. B. mit Mainz; St. a. 1346, F. 71a. s. auch S. 96, Anm. 1.

⁵⁾ R. a. 1472, F. 89a.

⁶⁾ L. Pl. S. 52.

die Weseler Kaufleute i. J. 1423 ihre auf dem Rhein transportierten Waaren einkauften. Wird schon hierdurch der Wert solcher Angaben um so geringer, als bei der grossen Unsicherheit aller Verhältnisse der Handel heftigen Schwankungen unterliegen musste, so wird die Bedeutung unserer Berechnung dadurch noch vermindert, dass sie zu genauen Resultaten nicht einmal für das eine Jahr gelangen kann. Während nämlich die Kaufleute, welche an Wesel vorbei den Rhein hinauffuhren, von jeder Mark des Einkaufspreises ihrer Waaren nur einen halben Denar zahlten, hatten die, welche von oberhalb Wesel nach den Rheinmündungen oder von Wesel aus den Rhein hinauf- oder hinunterfuhren, die doppelte Taxe zu entrichten. Nähmen wir daher an, dass von Weselern ebensoviel Waaren an Wesel vorbei den Rhein hinauf als hinunter gebracht wurden, und dass auch die Ausfuhr aus Wesel nicht grösser und nicht kleiner war, so würden auf 3 Mark Einkaufspreis $2\frac{1}{2}$ Denare für Zollzeichen bezahlt worden sein; man hätte also unter jener Voraussetzung 200 (die Zahl der i. J. 1423 für Zollzeichen eingenommenen Mark) mit $144 \times \frac{6}{5}$ zu multiplicieren und erhielte dann als Einkaufspreis sämtlicher von Weseler Kaufleuten auf dem Rhein transportierten und nicht nach Wesel gebrachten Waaren 34560 Mark. Diese Summe macht, auf den Rheinischen Gulden $\frac{21\frac{1}{2}}{12}$ Weseler Mark¹⁾ oder 30,3 Gramm Silber oder 2,78 Gramm Gold²⁾ gerechnet 1172,3 Pfund feines Silber oder 107,59 Pfund feines Gold. Nähme man aber den Wert der mit der geringeren Taxe besteuerten Waaren für so klein an, dass man ihn gänzlich vernachlässigen könnte, so erhielte man 976,9 Pfund feines Silber oder 89,66 Pfund feines Gold, und wenn man umgekehrt den höher belasteten Handel nicht rechnen wollte, 1953,8 Pfund feines Silber oder 179,32 Pfund feines Gold. Die letzteren Zahlen sind die äussersten Fehlergrenzen.

Hierbei ist der gesamte Landhandel nicht berücksichtigt; an dem werden hauptsächlich die Tuchhändler beteiligt gewesen sein. Aus den Statuten des Weseler Wollenamts v. J. 1452³⁾ geht hervor, dass die Mitglieder des Amtes ihr Tuch selbst ausführten. Da von den vielen überlieferten Namen der Wollenweber äusserst selten jemand in der Berechnung des aus dem Verkauf der Zollzeichen gelösten Geldes vorkommt, so ist der Schluss zwingend, dass die Tuche per Axe transportiert wurden. Das Ansehen der Tuch-

¹⁾ Nach Ausweis der Stadtrechnungen.

²⁾ S. Lamprecht, a. a. O. II, S. 470.

³⁾ Veröffentlicht von Heidemann (Ztschr. IX, S. 77 ff.) mit der falschen Datierung 1426. S. namentlich § 39 f.

händler in der Gemeinde war ebenso wie das der Bierwirte nicht gross; nur selten erscheint jemand als Mitglied des Rates, und in den Steuerlisten werden die grössten Beträge nicht von ihnen gezahlt. Spätestens seit 1329, in welchem Jahre der Graf eine Urkunde darüber ausstellte,¹⁾ waren sie zu einem Wollenamt verbunden, dem zwar das Gocher Wollenamt zum Vorbild dienen sollte, welches aber eine viel geringere politische Bedeutung hatte als dieses.

Zwar sind die Einnahmen „van wullenlaken to bezeghelen“ immer in den Stadtrechnungen verzeichnet;²⁾ zur Bestimmung der Anzahl der ausgeführten Stücke Tuch können wir ihre Kenntnis aber nur für das Jahr 1453 benutzen, da die einzige Angabe darüber, wieviel von jedem Stück Tuch an die Stadt gezahlt wurde, aus dem Jahre 1452 — eben aus jenen Statuten — stammt. Danach wurden i. J. 1453 gegen 1032 Stück Tuch ausgeführt.³⁾ Über die gewöhnliche Grösse eines Stückes sind wir durch eine Bestimmung der Statuten unterrichtet, wonach Stücke von 27 Ellen als ganze, von 12—27 Ellen als halbe Laken gelten sollten.

Wenn auch Handel und Grundbesitz die einzigen Grundlagen des Patriziats blieben, so hat sich doch soviel ergeben, dass dieses nicht wie anderswo eine festgeschlossene Clique bildete, sondern, dass jedem, der zu Wohlhabenheit und Ansehen gelangte, der Zutritt zu den städtischen Ämtern offen stand. Hiermit hängt zusammen, dass die Vermögensverteilung in der Stadt eine recht günstige war, wie dies namentlich aus den Steuerlisten hervorgeht. I. J. 1373 zahlten an Steuern 3 Mark und darüber 58, 1—3 Mark 66, 6 Solidi — 1 Mark 125, 1—6 Solidi 278, unter 1 Solidus nur 34⁴⁾. Einen weiteren Aufschluss über die Vermögensverteilung giebt uns ein aus den vierziger Jahren des 15. Jahrhunderts herrührendes Verzeichnis derer, die im Dienste der Stadt Pferde halten mussten.⁵⁾ Vorher findet sich die Bestimmung, dass, wer ausser Wohnhaus, Hausrat, Kleinodien, Gerätschaft, Silberwerk und Schulden 600 Rheinische Gulden Vermögen besitze, $\frac{1}{3}$ Pferd, wer 400, $\frac{1}{4}$, wer 300, $\frac{1}{6}$, wer 200, $\frac{1}{8}$, wer 150, $\frac{1}{12}$ Pferd halten

¹⁾ Lac., U. B. III, Nr. 241. Frensd. Dortm. St. S. 265.

²⁾ S. u. S. 119.

³⁾ Zur Vergleichung erwähne ich, dass nach Bergraths ziemlich exakter Berechnung (Anm. des hist. Ver. f. d. Niederrh. Heft 5, S. 122) in Goch i. J. 1428 5140 Stück Tuch gefertigt wurden.

⁴⁾ S. u. S. 118. Die Differenz mit der auf S. 52 angegebenen Zahl ist dadurch zu erklären, dass nicht hinter jedem Namen der auf ihn fallende Betrag angegeben ist.

⁵⁾ W. R. A., Caps. 253, Nr. 3.

solle. Darnach hatten ein Vermögen von 600 Gulden 46, von denen 13 sogar zu $\frac{1}{2}$ Pferd verpflichtet waren, ein solches von 400 35, ein solches von 300 33, eines von 200 50 und eines von 150 Gulden 47 Weseler.¹⁾

Gegenüber dem Handel war das Handwerk, abgesehen von der Tuchmacherei, in Wesel von jeher von geringerer Bedeutung. Es befriedigte fast nur die täglichen Bedürfnisse: Kostbare Gegenstände aus Gold oder Silber, welche die Stadt ihrem Herrn oder dessen Gemahlin schenkte, liess man regelmässig in Köln anfertigen. Demgemäss hören wir auch von Vereinigungen der Gewerbetreibenden erst ziemlich spät: Wenn wir das Wollenamt ausnehmen, dessen Mitglieder ja zugleich Kaufleute waren, so ist die einzige Spur aus dem 14. Jahrhundert, welche auf das Bestehen eines Handwerkeramts schliessen lässt, die sich in den Kämmerei-rechnungen zuweilen hinter dem Namen eines in die Bürgerschaft Aufgenommenen statt der Aufnahmegebühr findende Notiz: „Sartores habuerunt“. Die Schneider bezogen also damals von denen, welche zugleich das Bürgerrecht und ihr Amt erwarben, das Geld dafür, das sonst der Stadt zukam. Dann sind aus dem Jahre 1458 Statuten des Schneider- und des Schuhmacheramtes²⁾ erhalten, welche in Verbindung mit den Statuten des Wollenamts vom Jahre 1452³⁾ den Charakter der Weseler Gewerbeverbände als ziemlich gleichartig erscheinen lassen: In allen drei Gewerben herrscht Zunftzwang, die Aufsicht über die Betreibung des Amtes steht vier Werkmeistern zu; alle aber sind vom Magistrat durchaus abhängig, welcher einen Teil der Brüchen für die Stadt bezieht und die Macht hat, jederzeit die Statuten zu ändern. Nur den Werkmeistern des Schneideramts ist eine den Bereich der Gewerbepolizei überschreitende Funktion, welche im Übrigen unmittelbar städtischen Beamten vorbehalten ist, übertragen: Sie müssen zweimal jährlich umgehen, um die Waffen ihrer Amtsgenossen zu visitieren.

Ihrer geringen Bedeutung entsprechend nehmen die Ämter auch in der Verwaltung nicht die Stellung ein, welche sie sich in so vielen anderen Städten zu erringen gewusst haben. Ob sie besondere militärische Körper bildeten, ist zweifelhaft. Die einzige Stelle, welche dies für das Schneideramt vermuten lassen könnte, ist die eben erwähnte Bestimmung über die Waffenvisitation bei

¹⁾ Der Rhein. Gulden enthielt damals 2,78 Gramm feines Gold, und das Wertverhältnis von Gold und Silber war 1 : 11,28. S. Lamprecht, a. a. O., II., S 470.

²⁾ L. Pl. S. 86 u. S. 88.

³⁾ S. S. 48, Anm. 3.

den Schneidern. Sonst aber erscheint die Einwohnerschaft nie nach Ämtern, sondern stets nach Vierteln gegliedert.¹⁾ Die Viertel sind es, welche die Wahl-, Steuer- und Polizeibezirke²⁾ bilden. Während in den Wahlbestimmungen aus dem Anfang des 14. Jahrhunderts noch nicht von ihnen die Rede ist, setzt sie das Privileg von 1359³⁾ schon voraus. Vor der Mitte des 14. Jahrhunderts also wird sich mit der Zunahme der Bevölkerung das Bedürfnis einer Gliederung der Einwohnerschaft geltend gemacht haben.

b. Die Volkszahl.

Hinsichtlich der Grösse der Bevölkerung im 14. und 15. Jahrhundert liegt ein Material vor, welches auch bei anderen Städten für denselben Zweck nutzbar gemacht ist — Steuerlisten. Anderswo ist deren statistische Verwendbarkeit sehr herabgesetzt worden, ohne dass man auf beiden Seiten ganz durchschlagende Gründe für sich hätte ins Feld führen können. Für unser Material aber lässt sich der genaue Nachweis erbringen, wie weit man es benutzen darf. Die Stichhaltigkeit nämlich des wichtigsten Vorwurfs, den man den Steuerlisten zu machen pflegt, des Vorwurfs der grössten Ungenauigkeit, lässt sich an der Hand der Kämmereirechnungen, namentlich der Steuerlisten selbst, kontrollieren.

Schon in früherer Zeit werden Erträge der *exactio*⁴⁾ unter den Einnahmen verzeichnet; doch wurden die Steuerlisten, wie auch später vielfach, besonders geführt. Zum ersten Male sind sie den übrigen Einnahmen eingeordnet i. J. 1373 und später noch dreimal: 1381, 1386 und 1391. Hier sollen indess nur die Listen von 1373, 1381 und 1386 mit einander verglichen werden, da die von 1391 nur in defektem Zustande erhalten sind.

Zunächst ist leicht zu sehen, obwohl kein Ratsbeschluss über die *exactio* mehr vorhanden ist, dass diese jedesmal dieselben Steuerobjekte treffen sollte. Die Anlage der Listen⁵⁾ und das häufig hinter dem Namen statt der Steuersumme stehende „*vacat*“ lassen erkennen, dass man zuerst sämtliche Hausbesitzer notierte und hinter jeden Namen die eingelaufene Steuersumme setzte. Trotzdem diese Art der Registrierung den Vorzug mit sich bringt,

¹⁾ S. Anm. 5.

²⁾ S. 98.

³⁾ S. 61.

⁴⁾ S. über die *exactio* S. 118.

⁵⁾ Die Steuerpflichtigen sind Quartier für Quartier, Strasse für Strasse aufgeschrieben.

dass nicht nur die, welche die Steuer wirklich gezahlt, sondern alle Steuerpflichtigen sich in den Listen finden müssten, so sind hierdurch hochgradige Ungenauigkeiten doch nicht vermieden worden. Die Steuerliste von 1373 bringt 572 Namen, die von 1381 931, und die von 1386 958. Die Listen von 1373 und 1381 stimmen nur in 412, die von 1381 und 1386 nur in etwa 650 Namen überein. 160 Namen des Jahres 1373, über 300 des Jahres 1386 finden sich 1381 nicht. Ein geringer Abzug ist von diesen Differenzen allerdings wohl zu machen, weil damals die Familiennamen sich noch nicht völlig befestigt hatten, und deshalb manchmal, wenn in der einen Liste jemand mit seinen Familiennamen bezeichnet wird, er in der andern nur mit dem Vornamen stehen mag. Zahlreich können diese Fälle aber deshalb nicht sein, weil verhältnismässig nur sehr wenige, 1373 z. B. nur 20—30, allein mit dem Vornamen genannt sind, und von diesen wenigen sich wieder ein Teil auch in den anderen Listen nachweisen liess. — Dass aber in einer Stadt binnen acht Jahren (1373—1381) von 542 Hausbesitzern 160 sterben oder auswandern und 519 anderen Platz machen, ist ebenso unwahrscheinlich, wie dass binnen 5 Jahren (1381—1386) 280 verschwinden, um durch etwas mehr Nachfolger ersetzt zu werden. Nehmen wir hinzu, dass auch an anderen Stellen der Kämmererechnungen viele¹⁾ Weseler vorkommen, von denen wir in den Listen keinen bemerken, so gelangen wir zu dem Schluss, dass diese Verzeichnisse ihrer offenbaren Unzuverlässigkeit halber zu einer auch nur einigermaßen sicheren Feststellung der Bevölkerungszahl nicht zu verwenden sind.²⁾ Wollte man sie zur Gewinnung

¹⁾ So viele, dass man sich über die grossen Differenzen in den Steuerlisten nicht mehr wundern kann, sondern im Gegenteil es auffallen müsste, wenn sie erheblich unbedeutender wären. Der Einwand, dass so viele, deren Nennung man erwarten müsste, in den Listen deshalb fehlen könnten, weil vielleicht eine starke Ein- und Auswanderung stattgefunden habe, wird dadurch entkräftet, dass unter jenen nicht als steuerpflichtig Aufgeführten nicht wenige sowohl vor als nach der Erhebung der exactio in Wesel wohnhaft sind. Ebenso wenig können die Differenzen der Listen untereinander dadurch erklärt werden, dass die Steuer das eine Mal auch auf die Ärmeren ausgedehnt gewesen sei, das andere Mal nicht. Diese Annahme genügt allein zur Erklärung dafür, dass eine so grosse Anzahl Steuerzahler nur in der einen von zwei zu vergleichenden Listen sich findet, ist aber hier, wo ja jede Liste eine Menge Namen nennt, welche in keiner anderen vorkommen, unzureichend.

²⁾ Auf den Wert alles ähnlichen anderswo zur Ermittlung der Volkszahl benutzten Materials, seien es nun ebenfalls Steuerlisten oder Bürgerverzeichnisse oder auch Volkszählungen, und der daraus gewonnenen Resultate, fällt durch dies Ergebnis ein sehr ungünstiges Licht, da die Garantien, welche

einer Minimalzahl gebrauchen, so müsste man die Summen, da sie nicht die Zahl der Haushaltungen, sondern der Häuser und Kammern angeben, wohl mit einer ziemlich hohen Zahl, mindestens mit 5 multiplizieren und erhielte dann für die Bevölkerung der Jahre 1373, 1381 und 1386 als Zahlen, über deren Zurückbleiben hinter der wirklichen Volkszahl man nichts Zuverlässiges aussagen könnte, 2860, 4655 und 4790.

Die Bevölkerung hat sich dann im 15. Jahrhundert rasch vermehrt. Das beweisen einmal die noch zu besprechenden¹⁾ Listen derer, welche Harnische halten mussten. Denn obwohl hierzu dieselben Personen verpflichtet waren, wie zur direkten Steuer, und obwohl diese Verpflichtung nicht selten abgekauft wurde, so sind doch für das Jahr 1420 913, für 1435 974, für 1444 1064, für 1451 1040, und in der letzten, undatierten, aber jedenfalls vor 1466 angelegten Liste gar 1242 Pflichtige aufgeschrieben. Auf eine Benutzung dieser Verzeichnisse zur genauen Feststellung der Volkszahl haben wir, wie leicht begreiflich, noch mehr Ursache zu verzichten, als wir es bei der exactio thun mussten. Dass aber die Bevölkerung bis nach der Mitte des 15. Jahrhunderts rasch zunahm, beweisen die Zahlen um so sicherer, als das Plus an Einwohnern, welches die späteren Listen haben, ganz überwiegend auf die Vorstädte fällt, also durch deren Wachstum, und nicht etwa durch die allmählich strenger gewordene Kontrolle verursacht ist. — Ausserdem haben wir für das Anwachsen der Bevölkerung ein Zeugnis in einem Privileg v. J. 1481, in dem eine Vermehrung der Gerichtstage damit begründet wird, dass die Stadt Wesel an Volk, Nahrung und Hantierung sehr zunehme.

Vergleichen wir nun mit den obigen Zahlen die Ziffern, welche das clevische Heberegister bringt. Nach diesem bezogen im Anfang des 14. Jahrhunderts die Grafen von 365 Hofstätten Hühner. Nimmt man dann noch die Vogtei-, die Eigen- und die St. Willibrordsleute hinzu, so kommt man auf die Zahl von knapp 400 Hofstätten. Hieraus einen Schluss auf die Grösse der Bevölkerung zu machen, ist aber nicht zulässig, da es unsicher ist, in welchem Umfange damals schon die Hofstätten ausgebaut und geteilt waren. Wohl aber können wir ungefähr konstatieren, wie weit am Ende des

man für die Genauigkeit der Listen hat, nirgends grösser, oft, z. B. in Frankfurt, eher kleiner sind, als hier. Auf den Vorzug unserer Listen, der in der besonderen Art ihrer Anlage liegt, habe ich schon hingewiesen; dazu kommt noch die bedeutende Ausbildung, welche die schriftliche Verwaltung schon in den vorhergehenden Jahrzehnten in Wesel gefunden hatte.

¹⁾ S. u. S. 58, Anm. 3.

14. Jahrhunderts die Teilung der Hofstätten fortgeschritten war. Nähen wir an, dass die Steuerlisten von 1381 an und die Verzeichnisse derjenigen, die Harnische haben mussten, ziemlich vollständig wären, so hätte es um 1385, wenn man die Vorstädte abrechnet, ungefähr 800 Wohnungen in Wesel gegeben, mit anderen Worten, es wären auf die Hofstätte durchschnittlich etwas über zwei Wohnungen gekommen; diese Zahl wird man aber, um der Ungenauigkeit der Listen Rechnung zu tragen, wohl auf $2\frac{1}{2}$ —3 erhöhen müssen. Mit der Wende des Jahrhunderts stand aber die Zunahme der Volkszahl in der eigentlichen Stadt still, und die wachsende Bevölkerung, die bis dahin fast nur¹⁾ durch intensivere Ausnutzung des städtischen Grund und Bodens sich Raum verschafft hatte, musste sich jetzt immer mehr über die Mauern hinaus ausbreiten. So entstanden im 15. Jahrhundert um Wesel herum volkreiche Vorstädte.²⁾

2.

Das Bürgerrecht.

a. Unterschiede in der Stellung der Einwohner zur Gemeinde.

Ihrem Verhältnis zur städtischen Gemeinde nach zerfallen die Einwohner in Bürger und Nichtbürger. Zu den Nichtbürgern gehören zunächst die Eigenleute des Grafen und geistlicher Stifter, namentlich der Collegiatkirche zu Xanten. Letzteren das Bürgerrecht zu erteilen, verbot der Graf seinen Städten i. J. 1307,³⁾ wie er es sich für seine eigenen Hörigen schon durch das Privileg von 1241 verbeten hatte. Dass die Stadt sich immer daran kehrte, ist allerdings kaum anzunehmen: Ein Ratsbeschluss von 1404⁴⁾ macht die Aufnahme von Hofleuten nur von der Zustimmung des ganzen Magistrats abhängig.

Ausserdem gehören zu den „Ingesetenen“ — so werden die Nichtbürger genannt — die Geistlichen und im Allgemeinen

¹⁾ Im 14. Jahrhundert war nur die Matenavorstadt von einiger Bedeutung.

²⁾ Wieviel von der Volksvermehrung auf Rechnung der Einwanderung kommt, ist schwierig nachzuweisen. Das zu einer solchen Untersuchung auf den ersten Blick einladende Verzeichnis der „in opidanos recepti“ (von 1308 an) ist für diesen Zweck deshalb nicht zu verwerten, weil nur ein Teil der Eingewanderten sich das Bürgerrecht erwarb. Die Zahl dieser betrug durchschnittlich im Jahr 12 bis 20.

³⁾ S. Dithmar, cod. dipl. Nr. 42; und Binterim u. Mooren IV, Nr. 279.

⁴⁾ B. F. 120b.

auch die Lombarden und die Juden. Dass die Lombarden keine Bürger waren, geht wohl aus einer Urkunde v. J. 1338¹⁾ hervor, in der ihre Vertreter die Statuten der Stadt zu beobachten versprechen. Den Juden durfte nach einem Plebiscit v. J. 1401²⁾ kein Weseler weder eine Wohnung verkaufen oder vermieten noch Geld von ihnen borgen; zwar finden wir dennoch einige Male Juden unter den „in opidanos recepti“; aber die dabei immer ungewöhnlich hohen Aufnahmegebühren³⁾ weisen deutlich auf Ausnahmen. — Auch die Übertragung erblichen Gutes an Geistliche⁴⁾ war hier, wie in vielen Städten, verboten;⁵⁾ die Obrigkeit mochte auch hier das Umsichgreifen der steuerfreien geistlichen Besitzungen nicht dulden.

Aber auch andere, nicht durch eine derartige besondere Qualität ausgezeichnete Einwohner waren Nichtbürger. Dies geht schon daraus hervor, dass der Rat, wenn er sich in seinen Verböten, Immobilien in die Hände von Geistlichen zu bringen, an alle Bürger richtet und alle, welche in Wesel wohnhaft sind, mit den Nichtbürgern unmöglich Geistliche oder Hörige meinen kann. Ausserdem kommen mehrere Fälle von Bürgeraufnahmen vor, bei denen es gewiss ist, dass die Aufgenommenen schon vorher in der Stadt gewohnt haben. Das ist entweder daraus zu entnehmen, dass sie in früheren Jahren als Einwohner erwähnt werden, oder daraus, dass sie in grosser Anzahl zusammen an einem Tage das Bürgerrecht erwerben,⁶⁾ was nur zu erklären ist aus einem vorhergegangenen Ratsbeschluss, die Eingesessenen zum Eintritt in die Bürgerschaft zu veranlassen.

Wodurch unterscheiden sich nun in Rechten und Pflichten die Bürger von den Eingesessenen? Bei Beantwortung dieser Frage sind die Hörigen und die Geistlichen von den übrigen Eingesessenen zu trennen. Denn die beiden wichtigsten städtischen Rechte, die ausschliessliche Gerichtsstandschaft vor dem städtischen Gericht und die Steuerfreiheit, konnten für jene beiden Klassen nur zum Teil in Betracht kommen. Was beider Verpflichtungen gegen die Stadt betrifft, so lässt sich für die Hofleute darüber nichts nach-

¹⁾ A. B. F. 34 a.

²⁾ B. F. 118 b; s. u. S. 72.

³⁾ Z. B. St. a. 1393, F. 81b, zahlen zwei Juden für die Aufnahme in die Bürgerschaft 10 und 15 Gulden; s. u. S. 104, Anm. 3.

⁴⁾ Über die Niederlassungen der verschiedenen Orden in Wesel s. Gantesweiler und Wolters, a. a. O.

⁵⁾ S. u. S. 73.

⁶⁾ Z. B. sämtliche i. J. 1392 Aufgenommenen, an Zahl 51.

weisen; die Geistlichen dagegen waren von allem frei, ausgenommen die Accise, von welcher nur ein Kloster, und auch dieses nur für gewisse Gegenstände, eximiert war.¹⁾ Insofern jedoch genossen auch die Hörigen die städtische Freiheit, als die Obrigkeit ein Aufsichtsrecht über alle Grundstücke in der Stadt beanspruchte und deshalb beim Tode eines Leibeigenen den Heimfall seines unbeweglichen in Wesel gelegenen Gutes an seine Herrschaft nicht duldete.²⁾

Viel engere Bande knüpften aber die anderen Nichtbürger an die Stadt.³⁾ Zunächst haben sie ihr gegenüber dieselben Pflichten zu erfüllen, wie die Bürger. Sowohl zu den städtischen Diensten, als Graben, Ausjagen, Wachen, wie zu den Lasten, werden sie herangezogen.⁴⁾ Auch die wichtigsten städtischen Rechte, natürlich mit Ausnahme der politischen, d. h. der aktiven und passiven Wahlfähigkeit,⁵⁾ genossen sie. Namentlich waren sie ebensowenig, wie die Bürger, vor einem auswärtigen Gericht zu belangen und ebensowenig dem Stadtherrn zu persönlichen Abgaben und Diensten verpflichtet.⁶⁾ Das Unterscheidende lag nur in dem weniger engen Verhältnis zur Gemeinde: Sie waren mit ihr nur durch den Aufenthalt auf städtischem Boden verbunden; zur Bürgerschaft als der „wahren Aktivgemeinde, welche Trägerin des Stadtbegriffs und Stadtrechts war“, gehörten sie nicht.⁷⁾ Deren Mitglied wurde man

¹⁾ Zwar wurden i. J. 1329 die *bona communis claustrum sanctimonialium Weselensis* (Kloster Oberndorf) auf Bitten des Grafen von Obrigkeit und Gemeinde für frei von der Accise erklärt (B. F. 103 a); aber die Satzungen des 15. Jahrhunderts über Wein- und Hopfenaccise sprechen ganz allgemein von der Zahlungspflicht auch der geistlichen Leute: Also wurde die jenem Kloster i. J. 1329 gewährte Freiheit auf die Gegenstände, auf welche man erst später eine Accise setzte, nicht ausgedehnt. — Die Befreiung der Convente des „ordinis de penitentia de servitio civili“ (Lac., U. B. II, Nr. 917) erstreckte sich nur auf die direkte Steuer (vom Grundbesitz).

²⁾ L. Pl. S. 93; s. auch Frensdorff, Dortmund. Stat., Beil. XV, 23.

³⁾ Schon 1354 den Bürgern, die gestohlenes Gut kauften, mit Entziehung des Bürgerrechts, den anderen Einwohnern mit 5 Mark Strafe gedroht. (B. F. 148b.)

⁴⁾ Z. B. L. Pl. S. 8, a. 1407: „So waneer eyn gherucht up stunde dat dye vyande yn den lande weren, so zullen dye ghene, dye bynnen Wesel wonachtich synt ende werachtighe lude synt, ter stont myt oeren harnasch dair se up ghesat synt komen up dye Mathena.“

⁵⁾ B. F. 109 a: „Jsti infrascripti non debent adesse electioni, quum magister civium eligitur etc. et etiam non debent eligi in consilium.“ Darauf werden mehrere namhaft gemacht, die mit Entziehung des Bürgerrechts bestraft waren.

⁶⁾ S. 57, Anm. 5. Gierke, a. a. O. I., S. 330.

⁷⁾ Gierke, a. a. O. I., S. 261.

nur, wenn man der Stadt gelobte, ihr überall zum Besten zu helfen. Die Stadt übernahm es dagegen auch ihrerseits, den Bürger zu verantworten, d. h. ihn gegen alle Angriffe und Ansprüche zu schützen. Zwar liegt es schon im Vorhergehenden, dass eine gewisse Vertretung auch die anderen Einwohner von der Stadt beanspruchen konnten; ihre Teilnahme an den städtischen Freiheiten und Privilegien¹⁾ wäre ja ohne diese illusorisch gewesen. Aber wir haben doch mehrere Zeugnisse dafür, dass die Mitgliedschaft in dem engen Verbands ein ganz besonderes Anrecht auf den Schutz des Gemeinwesens verlieh. Wurde das Gut eines sich fern von der Stadt aufhaltenden Bürgers gerichtlich belangt, so beanspruchte die Stadt das Recht²⁾, ihn hiervon benachrichtigen zu dürfen, ehe man gegen ihn, wie gegen einen fremden Mann, vorgehe. Ferner wird in der Schuldklage ein Unterschied gemacht zwischen Bürgern und Eingesessenen.³⁾ Wenn einer, an den man einen Anspruch hat, flüchtig geworden ist, so darf man sein Gut mit dem Gerichtsboten besetzen; ist der Flüchtige ein Bürger, so muss man es mit dem Richter noch dreimal von 14 Tagen zu 14 Tagen besetzen, ehe man es dem Eigentümer kund thun lässt; ebenso oft auch, wenn dieser nur ein Eingesessener ist, aber nicht von 14 Tagen zu 14 Tagen, sondern dreimal binnen 14 Tagen.

Ein weiteres Zeugnis liegt in dem folgenden an den Bürgermeister gerichteten Brief: „Leyve her borgermester, wylt gedencken Bernt des Riinschen, dat sey siin gude to geslagen hebn in den lande van Dinslaken; dat om dar siin borgerscap an to staden sol komen.“⁴⁾

Neben der aktiven und passiven Wahlfähigkeit und diesem Anspruch auf besonderen städtischen Schutz gab es nur noch ein Recht, welches allein den Bürgern, nicht allen Einwohnern zustand: Die Zollfreiheit im clevischen Lande.⁵⁾ Die Erklärung für diese Beschränkung liegt wohl darin, dass grade die Behauptung der

¹⁾ S. Anm. 5.

²⁾ Wolters, a. a. O., Urt. Nr. 136.

³⁾ Wolters, a. a. O., Urt. Nr. 131 und 134.

⁴⁾ R. a. 1486, F. 38.

⁵⁾ L. Pl., S. 59 (Mitte des 15. Jh.): „To weten is, dat alle die gene, die bynnen der stat van Wesel wonachtich ind daer ingeseten synt, gebruken ind hebn sollen alle die selve vriiheit dye die Borger van Wesel hebn, uytgenamen dat sie nyet vaeren noch geyn guet dryven en sollen up der Borger recht van Wesel.“ Ein Beispiel s. R. a. 1484, F. 8 b, wo jemand, der wegen eines Vergehens flüchtig geworden, wiederkommt, „ind siinre burgerrechten genyeten wold ind eyn teiken (Zollzeichen) gesan.“

Zollfreiheit der Stadt viele Mühe kostete, und sie also zu dem Schutz, den sie ihren Bürgern in der Verteidigung gegen ungerechte Zölle gewährte, sich den anderen Einwohnern gegenüber nicht verpflichtet fühlte.

b. Die Pflichten der Einwohner gegen die Stadt.

Die wichtigste Pflicht der Einwohner gegen die Stadt war deren Verteidigung. Dazu gehörte vor allem, dass sie, wo es not that, zusammen zum Streite auszogen. Detaillierte Bestimmungen regeln ihr Verhalten beim Ausjagen:¹⁾ Sobald ein Gerücht laut wird, dass die Feinde im Lande sind, werden die Thore geschlossen, und alle wehrhaften Leute in Wesel sollen sich auf der Matena (dem öffentlichen Versammlungsort der Stadt) einfinden. Wenn dann der Bürgermeister und seine Freunde den Beschluss fassen, dass man ausjagen solle, so darf niemand vorauslaufen, oder, wenn ihm dann ein Schaden zustösst, hat er auf Entschädigung keinen Anspruch. Wer aber zu schwach ist, den Bürgern zu folgen, soll bis zur Rückkehr der Städter auf die Mauern steigen, und zwischen durch darf niemand in Wesel eine Hantierung treiben.

Damit man die Abwehr gegen die Feinde zu leisten vermochte, war es ferner die Pflicht der Städter, Waffen und Pferde zu halten.²⁾ Für seinen Harnisch musste jeder selbst sorgen, während das Halten eines Pferdes auf mehrere verteilt war.³⁾ Der Rat setzte die Gesamtsumme der von der Stadt benötigten Pferde fest und bestimmte dann nach dem ihm annähernd bekannten Vermögen der Einwohner, auf ein wie grosses Vermögen die verschiedenen Bruchteile der Kosten für ein Pferd kommen sollten. Im 15. Jahrhundert mussten je nach der Leistungsfähigkeit 2—12 Einwohner zusammen ein Pferd halten. Wer mit seiner geringeren Habe nicht einmal $\frac{1}{12}$ der Kosten für ein Pferd zu tragen verpflichtet war, ging frei aus. Für die Verpflichteten aber unterlag die Beschaffenheit ihrer Pferde genauen obrigkeitlichen Bestimmungen bezüglich des Alters und des Wertes; und zur Controlle war eine Kommission, bestehend aus Mitgliedern des Rates und der Gemeinde, eingesetzt. Die, welche „auf ein Pferd gesetzt“

¹⁾ B. F. 143a, a. 1371; F. 162b, a. 1379; L. Pl., S. 8, a. 1407.

²⁾ B. F. 145b, a. 1370.

³⁾ W. R. A. Caps. 253, Nr. 3: Verzeichnis derer, die einen Harnisch halten mussten, v. 1420 und aus späteren Jahren; ebendort ein Verzeichnis derer, die zum Pferdehalten verpflichtet waren, aus den vierziger Jahren des 15. Jahrhunderts (vor 1445). S. o. S. 53.

waren, wie man sich ausdrückte, mussten auch gewärtig sein, auf allerhand Reisen und Botschaften vom Rate ausgeschickt zu werden.¹⁾ Seit dem Aufkommen der Feuerwaffen wurde von einem Teil derer, die ihr Vermögen zum Halten eines Pferdes verpflichtete, statt dessen Geld zur Beschaffung von Büchsen erhoben.

Den Gefahren dieser städtischen Dienste für den einzelnen suchte man dadurch möglichst vorzubeugen, dass man jeden im Dienste der Stadt erlittenen Schaden auf die Gesamtheit verteilte. Die Gefangenen wurden ausgelöst, für Verwundete die Heilkosten bezahlt, für gefallene oder verletzte Pferde Entschädigungssummen gegeben,²⁾ immer jedoch unter der Bedingung, dass der zu Entschädigende die über Ausjagen und Ausreiten bestehenden Bestimmungen genau befolgt und namentlich nicht durch Unbesonnenheit sich den Schaden zugezogen hatte.

Aus der Verteidigungspflicht ergaben sich ferner die kleineren städtischen Dienste, das Graben an den Befestigungswerken und die Bewachung der Stadt. Diese Pflichten waren auf die Einwohner nach der Grösse ihrer Häuser verteilt: Ein Hausbesitzer hatte das Doppelte zu leisten, als der Bewohner einer Kammer.³⁾ Auch hierzu waren Reich und Arm ohne Unterschied verpflichtet, nur anstatt des lästigen Wachtdienstes sammelte man seit der Mitte des 14. Jahrhunderts von den dazu Verpflichteten Geld ein, um damit die von der Stadt angestellten Wächter zu bezahlen. Im Gegensatz zu diesem allgemeinen Abkauf eines einzelnen der Stadt zu leistenden Dienstes kommen auch Ablösungen aller Verteidigungspflichten für einzelne Einwohner sehr häufig vor. Nicht nur Frauen, die, falls sie nur im eigenen Hause wohnten, ebenso gut zur Verteidigung der Stadt mitzuhelfen hatten, wie die Männer, liessen sich oft von allen städtischen Diensten gegen Zahlung einer Summe für die Zeit ihres Lebens befreien; auch Männer sehen wir nicht selten zu diesem Mittel greifen, um sich der lästigen Verpflichtung zu entledigen. — Eine andere Möglichkeit, dem persönlichen Dienste zu entgehen, lag darin, dass man einen Ersatzmann stellte. Die Frauen thaten dies natürlich immer, während die Männer die dazu erforderliche Erlaubnis des Rates nur erhielten, wenn sie ihres Leibes nicht mächtig waren.⁴⁾

¹⁾ B. F. 146b, a. 1375.

²⁾ Nach Ausweis der Stadtrechnungen; z. B. a. 1363, F. 31b; a. 1397, F. 219b.

³⁾ St. a. 1390, F. 6a; a. 1391, F. 33b; und a. 1394, F. 109a.

⁴⁾ R. a. 1466, F. 2a.

Die weiteren Lasten, welche die Zugehörigkeit zur Gemeinde den Einwohnern auferlegte, ergeben sich durch die Notwendigkeit, die Kosten des städtischen Haushaltes aufzubringen. Nur selten erscheinen sie in den Stadtrechnungen als zur Förderung einer einzelnen Aufgabe des Gemeinwesens verpflichtet: zur Instandhaltung der öffentlichen Brunnen und Strassen werden die Beiträge von den daraus Nutzen Ziehenden besonders eingeliefert; und zwar werden diese Abgaben wieder von den Wohnungen erhoben; eine Kammer zahlt auch hierbei weniger, als ein Haus. Sonst wird aber immer der moderne Begriff der Steuer verwirklicht als einer Abgabe, mit der die Einzelnen keine Gegenleistungen der Stadt erkaufen, sondern zu den Aufgaben des Gemeinwesens überhaupt beitragen. Auch hierzu verpflichtete, wenn man sich nicht mit einer einmaligen grösseren Zahlung losgekauft hatte, nicht nur die Zugehörigkeit zur Bürgerschaft, sondern im Allgemeinen schon das Wohnen in der Stadt. Wie es mit den Hörigen stand, wissen wir nicht; die Geistlichen und, wie oben nachgewiesen, die Lehnsträger waren eximiert, wogegen Juden in den Steuerlisten verzeichnet stehen.

3.

Die Teilnahme der Gemeinde am Stadtre Regiment.

Um die Teilnahme der Gemeinde am städtischen Regiment festzustellen, fragt es sich zunächst, welchen Einfluss sie auf die Wahl der obersten Behörde ausübte, und sodann, inwiefern Beschlüsse des Magistrats an ihre oder eines direkt aus ihr hervorgegangenen Organs Zustimmung geknüpft waren. Auch hier sind wieder dem Bilde, welches uns die Verordnungen des Stadtherrn von den Verhältnissen geben, die wirklichen Zustände entgegenzuhalten.

Nach den Privilegien der Grafen und Herzoge von Cleve stellt sich uns zunächst die Geschichte des Wahlrechts der Gemeinde folgendermassen dar: Die Bestimmung der Urkunde von 1308,¹⁾ welche sie an der Wahl der Ratsmänner, des Bürgermeisters und der Burmeister durch vier oder fünf indirekt von ihr Gewählte beteiligte, blieb rechtlich das ganze Mittelalter hindurch in Kraft. Die Veränderungen, die eintraten, beziehen sich nur auf die Wahl der Schöffen.

¹⁾ S. o. S. 33.

Das Schöffencolleg bestand am Anfang des 14. Jahrhunderts aus lebenslänglich ihr Amt bekleidenden Mitgliedern und ergänzte sich durch Cooptation. I. J. 1359¹⁾ aber befahl Graf Johann, dass künftig das Schöffentum nur ein Jahr dauern, und dass zur Wahl der neuen Schöffen die Gemeinde in ihren Vierteln jedesmal zwölf Männer kiesen solle. Ein Jahrhundert später, i. J. 1450, wurde dies demokratische Wahlgesetz wieder umgestossen und durch die neue Anordnung ersetzt, dass immer, wenn es eines Schöffen gebreche, die Gemeinde aus sich fünf Männer wählen solle, um binnen sechs Wochen mit den übrigen Schöffen die Wahl eines neuen vorzunehmen.

Setzt schon diese Fassung des Privilegs, welches von einer jährlichen Neuwahl gar nicht redet, voraus, dass entgegen dem Gesetz von 1359 das Schöffentum schon vorher wieder lebenslänglich geworden war, so ergibt sich uns auch aus den vielen, uns aus dem 14. und 15. Jahrhundert bekannten Namen von Schöffen und Consuln²⁾ die geringe Bedeutung des Gemeindewahlrechts. Es zeigt sich überall, dass fast sämtliche obrigkeitliche Personen noch immer den ersten Familien der Stadt angehören und fast durchweg viele Jahre hindurch in ihrem Amte bleiben, sei es nun, dass die Gemeinde selber die grössere Tauglichkeit zur Führung der öffentlichen Geschäfte bei den oberen Klassen erkannte und deshalb nur aus diesen wählte, oder dass, wie es jedenfalls vor 1450 der Fall, ihr das jährliche Wahlrecht überhaupt abhanden gekommen war. Namentlich findet sich nie eine andere Veränderung im Schöffencolleg, als durch den Tod eines Mitgliedes, während allerdings unter den Consuln meistens ungefähr drei nachzuweisen sind, welche nicht aus den immer im Stadtre Regiment vertretenen Familien stammen.³⁾ Diese machen dann nach Ablauf eines Jahres gewöhnlich, aber ohne dass dabei irgend welche Regelmässigkeit bemerkbar wäre, anderen, ebenfalls weniger Vornehmen, Platz. Auch die aus der höchsten Einwohnerklasse genommenen Consuln bekleiden, einmal gewählt, nicht immer ihr Amt ununterbrochen.

Auch nach 1450 scheint die Gemeinde selbst in der durch das Privileg dieses Jahres gegebenen Beschränkung ihr Wahlrecht nicht immer ausgeübt zu haben. Jedenfalls erscheinen an der einzigen

¹⁾ Original verloren, Kopie im grossen Privilegienbuch, S. LXXVI.

²⁾ S. o. S. 46. Sehr häufig sind in den Stadtrechnungen bei den Ausgabe-posten für den jährlich zu Weihnachten den Magistratsmitgliedern und Beamten geschenkten Wein die Namen der Beschenkten aufgeführt.

³⁾ Vielleicht ist das auf den Einfluss der 4 oder 5 gemäss dem Privileg von 1308 an der Ratswahl beteiligten Gemeindemitglieder zurückzuführen. (S. 33.)

Schöffenwahl der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, von der die Quellen uns berichten, nur die überlebenden Schöffen beteiligt.¹⁾ I. J. 1486²⁾ stellten die Gemeindefreunde dem Rate den Vorschlag zur Erwägung, jährlich drei von den Schöffen neu zu wählen, damit der einzelne mehr Zeit auf sein Amt verwenden könnte, und nicht so viel Urteile liegen blieben. Dennoch hielt man an der alten Gewohnheit fest.

Erst i. J. 1514 wurde das Wahlgesetz vom Herzog wieder in ganz demokratischem Sinne geändert: Von nun an hatten zwölf von der Gemeinde Gewählte jährlich zwölf Schöffen, und diese sechs Ratsmänner zu kiesen, während die Wahl der übrigen sechs Ratsmänner den Zwölf von der Gemeinde zustehen, und die zwei Bürgermeister von den Schöffen, und die beiden Rentmeister von den Consuln allein gewählt werden sollten.

Übrigens zeigt das Zustandekommen dieses Wahlgesetzes dasselbe, was wir später noch öfter sehen werden, dass nämlich die in die inneren Verhältnisse der Stadt eingreifenden Verordnungen der Landesherren, so sehr sie auch einen neuen Zustand zu begründen scheinen, nicht selten auf vorhergegangenen Beschlüssen des Rates oder der Gemeinde beruhen. Das ist in unserem Falle ersichtlich aus einem im Liber Plebiscitorum³⁾ sich findenden Plebiscite, welches denselben Inhalt hat, wie das Privileg und noch vor dessen Ausstellung vereinbart ist. Ebenso ist es daher wenigstens nicht ausgeschlossen, dass die oben erwähnten Veränderungen der Wahl in den Jahren 1359 und 1450 nicht aus der eigenen Initiative des Stadtherrn hervorgingen, sondern das Resultat einer mehr oder minder heftigen Auseinandersetzung zwischen Rat und Gemeinde waren.

Manchmal erscheinen die Ratsbeschlüsse als mit der Zustimmung von solchen, die von der Gemeinde dazu gewählt sind, zustande gekommen. Hier haben wir es aber wenigstens anfänglich nicht mit einer ständigen Gemeindevertretung zu thun, sondern die Gemeinde wählte zu besonderen Zwecken immer aufs Neue Männer aus ihrer Mitte, um ihre Rechte vertreten zu lassen.

Aus dem 14. Jahrhundert sind zunächst die Zwölf, welche nach

¹⁾ R. a. 1484, F. 23a. Dass die Schöffenwahl nicht immer nach den Privilegien erfolgte, geht auch aus einem Dortmunder Briefe hervor (Frensdorff, a. a. O., Beil. XV, Nr. 67), welcher dem Weseler Magistrat rät, sich mit dem Bürger, der über eine unrechte Schöffenwahl geklagt, gütlich auseinanderzusetzen.

²⁾ R. a. 1486, F. 43 a.

³⁾ L. Pl. S. 107.

dem Privileg von 1359 die Schöffen wählen sollen, schon erwähnt. Einige Male erlässt ferner der Rat mit den Zwölf oder Vierundzwanzig, welche die Gemeinde dazu erkoren, wichtigere polizeiliche Verordnungen.¹⁾ Der Rat will also offenbar, da grade solche dem einzelnen am meisten fühlbar und daher am geeignetsten sind, Unzufriedenheit zu erregen, allein die Verantwortung der Gemeinde gegenüber nicht auf sich nehmen; die Sachen sind zu kompliziert, um mit der ganzen Gemeinde beraten zu werden; also wird der Ausweg eingeschlagen, Vertrauenspersonen von der Gemeinde wählen zu lassen und zur Beratung heranzuziehen. Die geringe Ausbildung eines demokratischen Sinnes zeigt sich auch hier wieder darin, dass die einmal überlieferten Namen der zwölf von der Gemeinde Gewählten sämtlich patrizischen Familien angehören.

Einen ähnlichen Ursprung hat das Collegium der Zwölf von der Gemeinde, welches uns im 15. Jahrhundert begegnet. I. J. 1450 wurde zugleich mit der Regelung der Schöffenwahl²⁾ vom Herzog angeordnet, dass von nun an zur jährlichen Rechnungsablegung der Rentmeister die Bürgerschaft jedesmal zwölf Leute wählen solle. Also auch hier wieder eine ad hoc gewählte Commission, kein perennierendes Gemeindeorgan. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts finden wir dann aber die Zustimmung einer Vertretung der Gemeinde, der „Gemeindefreunde“, auch in vielen anderen Fällen erwähnt, nicht mehr, wie früher, bei Polizeiordnungen, sondern überhaupt bei Massregeln, welche das Wohl des ganzen Gemeinwesens berührten. Dem Privileg von 1450 gemäss zunächst bei finanziellen Angelegenheiten, so bei der Beratung, wie man am besten Geld werben könne, um aus den pekuniären Nöten herauszukommen,³⁾ ein wie grosses Geschenk man dem Herzog gewähren solle.⁴⁾ Zuweilen sogar, wenn zur Deckung der städtischen Schuld für bestimmte Zeit eine neue Accise beschlossen oder eine alte erhöht wurde, erhoben sie die Steuer mit oder ohne Mitwirkung des Rates und verwandten sie, ohne sie in die Rechnung einstellen zu lassen.⁵⁾ Aber auch zu anderen wichtigen Beschlüssen wird ihre Zustimmung für nötig gehalten; so, wenn es sich darum handelt, was man in grosser Kriegsgefahr zu thun habe,⁶⁾ oder, wenn

¹⁾ Die einzigen Fälle sind verzeichnet; B. F. 156 a, a. 1382 (Baupolizei) s. u. S. 97; und B. F. 119 a, vor 1386 (Strassenpolizei).

²⁾ S. o. S. 61.

³⁾ R. a. 1474, F. 126 a; und a. 1484, F. 13 b.

⁴⁾ R. a. 1484, F. 14 a.

⁵⁾ R. a. 1484, F. 20 a ff; und a. 1484, F. 22 a.

⁶⁾ R. a. 1475, F. 145 b.

über eine Citation vor das Kammergericht beraten wird.¹⁾ Häufig werden dabei Ausdrücke gebraucht, welche es wahrscheinlich machen, dass die aus der Gemeinde Zugezogenen nicht jedesmal erst gewählt werden mussten, sondern bereits ein ständiges Collegium bildeten.²⁾ Jedenfalls blieben also die zwölf von der Stadt zur Rechnungsabnahme Gewählten das ganze Jahr hindurch die offizielle Gemeindevertretung. Die Verwaltung des Rates wurde durch sie nicht wenig beschränkt. Nach einem Plebiscit v. J. 1501³⁾ durften ohne ihre Zustimmung keine Renten verschrieben werden. Sehr bezeichnend heissen sie „tribuni plebis“.

Wir kommen nun zur Beteiligung der ganzen Gemeinde an der Vereinbarung der städtischen Willküren. Nach dem Privileg von 1308 war die Zustimmung der Gemeinde erforderlich für jeden Beschluss, dessen Ausführung sie auf irgend eine Weise zu belasten drohte, aber nicht vonnöten bei Beschlüssen über die Deckung der städtischen Bedürfnisse durch Steuern. Auch diese Anordnung hat, wenigstens seit der Mitte des 14. Jahrhunderts, keine Bedeutung mehr: Rentenverkäufe, welche doch auch das städtische Budget belasteten, werden höchst selten von der Gemeinde beschlossen. Andererseits finden wir ihre Zustimmung grade bei der Einführung einer neuen Steuer am häufigsten erwähnt. Doch war der Magistrat überhaupt nicht an eine feste Regel dabei gebunden. Ganz gleichartige Sachen entscheidet er das eine Mal für sich und bringt er das andere Mal vor die Gemeinde.⁴⁾ So oft er ein neues Statut, die Verhängung einer Strafe oder die Belastung des städtischen Haushaltes selbst nicht verantworten zu können vermeinte, so oft ihm besonders viel an der strikten Befolgung eines Gebots gelegen war, suchte er durch die Zustimmung der Gemeinde die Verantwortung von sich abzuwälzen und einem Beschluss um so mehr bindende Kraft zu verleihen. Es ist natürlich, dass diese beiden Bedürfnisse desto eher eintraten, je wichtiger der Gegenstand war, und so sehen wir denn auch die für das städtische Leben bedeutsamsten Beschlüsse vom Magistrat mit der Gemeinde vereinbart, wogegen bei Bestrafungen, auch bei der Entziehung des Bürgerrechts, und bei Rentenverkäufen ihrer Mitwirkung nur selten

¹⁾ R. a. 1474, F. 140 a.

²⁾ R. a. 1484, F. 14 a: „Den vrunden van der gemeynt to kennen gescreven scriffte ons heren ind begerte van gelde to geven.“

³⁾ W. R. A. Caps. 97, Nr. 1.

⁴⁾ So über den Gehalt des Bürgermeisters, Vererbpachtungen städtischer Gebäude, Satzungen über die Pflicht der Eltern, ihren Kindern erbliches Gut zu erhalten.

gedacht wird. Aber auch, wenn etwas vor die Gemeindevertretung gebracht wurde, beriet man es vorher im Rate und rief dann alle Einwohner auf ihren Versammlungsort, im 14. Jahrhundert den Markt oder den Platz vor dem Dominikanerkloster, im 15. die Matena, zur Beschlussfassung zusammen. Die Ratsbeschlüsse dagegen, für welche die öffentliche Zustimmung nicht nötig schien, wurden, wenn sie Gebote an die Einwohner enthielten, nur öffentlich verkündigt, entweder in der Kirche oder dem eigens dazu mit der Glocke zusammengerufenen Volke.

Aus allem geht hervor, dass die unteren Klassen im Ganzen in einem recht guten Verhältnisse zu den regierenden standen. Der oben konstatierten Leichtigkeit des Eintritts in die oberste Schicht der Bevölkerung entsprach es, dass lange Zeit Äusserungen einer demokratischen Gesinnung des gemeinen Mannes fehlen. Seit 1311 hören wir zuerst wieder i. J. 1450 von Streitigkeiten zwischen Rat und Gemeinde: Es sind die, durch welche sich der Herzog von Cleve zur Neuordnung der Schöffenwahl bewogen sah; über ihren Anlass ist nichts Genaueres bekannt. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts macht sich dann aber häufig ein gewisses Misstrauen gegen die Verwaltung des Rates in der Gemeinde bemerkbar. Dies äusserte sich schon darin, dass die Gemeindevertretung häufiger zur Beratung der öffentlichen Angelegenheiten herangezogen werden musste; und in den Ratsprotokollen sind mehrere Anlässe überliefert, bei denen es zu einem Zwiespalt zwischen Rat und Gemeinde kam. So fand man in der Gemeinde i. J. 1466 die Zahl der im städtischen Dienst zu haltenden Pferde zu hoch.¹⁾ Die ausgiebigste Gelegenheit aber zu Streitigkeiten bot der schlechte Stand der städtischen Finanzen. Darin lässt uns einen tiefen Einblick thun eine Verhandlung des Jahres 1484 über die Erhöhung der Biersteuer.²⁾ Der Rat beschloss diese zuerst aus eigener Machtvollkommenheit und teilte seinen Beschluss den Bierbrauern mit. Als diese dagegen remonstrierten, der Rat dürfe ein solches Statut nicht ohne Zustimmung der ganzen Gemeinde erlassen, erhielten sie die Antwort, da die Stadt „in Last“ sei, und der Rat nun schon im sechsten Jahre bei der Gemeinde eine Massregel befürworte, durch welche die Stadt von ihren Schulden befreit werde, man aber immer damit gewartet habe, und die Städter nun keine Reise mehr machen könnten, ohne von den Gläubigern angehalten zu werden, so habe jetzt der Rat notgedrungen nach der ihm vom Herrn

¹⁾ R. a. 1466, F. 11 b.

²⁾ R. a. 1484, F. 17 b ff.

(i. J. 1308) gegebenen und versiegelten Macht das befohlen, was ihm am besten däuchte. — Gleichwohl blieben die Brauer bei ihrer Forderung, die Gemeinde zu berufen, da jenes Privileg nur von Schatzung, nicht von Accise spreche. Und obwohl sie hierin offenbar Unrecht hatten, und der Rat ihnen vorwarf, „dat sie den raet onmechtig maken willen van den, dat on die her ind die Stat gegeven versegelt ind verbrieft hebben“, und die Brauer, wenn auch in turbulenter Weise, schliesslich auseinandergingen, so musste der Rat sich doch endlich zur Erfüllung ihres Begehrens bequemen, setzte aber dann seinerseits bei der Gemeinde die Erhöhung der Biersteuer für ein Jahr durch.

Der Forderung der Gemeindefreunde, jährlich drei von den Schöffen neu zu wählen, ist schon Erwähnung geschehen. Die hierin zum Ausdruck kommenden Wünsche der Gemeinde wurden dann schliesslich i. J. 1514 durch Beseitigung der Lebenslänglichkeit der Schöffen und der, wenn auch beschränkten, Cooptation erfüllt.¹⁾

Kapitel 6.

Der Rat.

Seit der Bildung des Rates und der damit eingetretenen Vollendung der Stadtverfassung hatte das Schöffencolleg als solches seine ursprüngliche Doppelstellung als Bestandteil des zwar in der Stadt und für die Stadt bestehenden, aber nicht städtischen Gerichts und als oberste städtische Behörde eingebüsst. Wenn das Colleg aber auch nur seine Stellung im Gericht behalten, seine Verwaltungsfunktionen dagegen an den Rat übertragen hatte, so gehörten doch nun die Schöffen als geborene Mitglieder der neuen Behörde an.²⁾ Unter „Rat“ sind daher nicht nur die Consuln, sondern auch die Schöffen, qua Consuln, zu verstehen.

Die Frage nach dem Grade der städtischen Selbstständigkeit ist identisch mit der Frage nach der Thätigkeit und den Befugnissen des Rates. Die Verleihung eines jeden neuen Rechtes an die Stadt äusserte sich in einer Erweiterung seiner Competenzen: Die Rechte, welche der Gemeinde eingeräumt wurden, kürzten nicht die Befugnisse einer ausserstädtischen Gewalt, sondern nur die der

¹⁾ S. o. S. 62.

²⁾ S. z. B. Sammlung der Rechtsgutachten, Cons. 6: . . . „illi XII scabini etiam sunt consules“.

obersten Behörde, standen also zur Selbstregierung der Stadt in keiner Beziehung. Die Schilderung der Thätigkeit des Rates muss also zusammenfallen mit der Darstellung der städtischen Selbstständigkeit in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung. Bevor wir jedoch dazu übergehen, ist es erforderlich, die Zusammensetzung und Organisation des Rates selbst zu beschreiben.

1.

Organisation des Rates und Stellung der Ratsmitglieder.

Über die Wahl des Magistrates und sein Verhältnis zu den verschiedenen Einwohnerklassen ist das Nötige bereits gesagt. Seit 1457 war die Wählbarkeit zum Consul an mindestens zweijährigen Besitz des Bürgerrechts geknüpft, während es damals schon altes Herkommen war, dass im Schöffencolleg keine nahen Verwandten sitzen durften.¹⁾ Falls alle dazu erforderlichen Bedingungen vorhanden, wird die Annahme der Wahl zum Ratsmann, Schöffen, Burmeister oder Bürgermeister wohl ebenso Bürgerpflicht gewesen sein, wie in Dortmund, wo man für deren Vernachlässigung „der Stadt höchste Kur“, 10 Mark und ein Fuder Wein, verwirkte und für später der Wählbarkeit verlustig ging.²⁾

Der Anteil der Schöffen und Consuln an der Verwaltung ist grundsätzlich nicht verschieden: Dasselbe Geschäft wird öfter teils von Consuln, teils von Schöffen ausgeführt. Doch wird in der Praxis ihre beiderseitige Thätigkeit dadurch bestimmt, dass die Schöffen die Älteren waren. Oben haben wir gesehen, wie die Institution des Consulats geschaffen wurde zur Unterstützung der Schöffen, und demzufolge erscheinen die Consuln auch später noch als ihre jüngeren Gehülfen. Zunächst spricht sich dies Verhältnis darin aus, dass der Eingang in Urkunden städtischer Provenienz stets lautet: „Nos, magister civium, scabini et consules“, dann darin, dass aus der Zahl der Schöffen regelmässig der Bürgermeister genommen wird; vor allem aber gelangt sehr selten jemand in das Schöffencollegium, der nicht vorher im Rat gesessen hat. Der Consulat war also die erste Stufe auf der Leiter städtischer Würden. Die Ratsmänner hatten daher überwiegend mit den kleinen, zeitraubenden Aufgaben der inneren Verwaltung, wie der

¹⁾ Plebiscit im B. F. 133b. Die Unzulässigkeit naher Verwandtschaft bei Schöffen bestätigt durch Privileg v. J. 1459.

²⁾ S. Frensdorff, a. a. O., S. LIX.

Aufsicht über die Finanzen, die städtischen Gebäude und Befestigungen, zu thun, die Schöffen mehr mit der Vertretung der Stadt nach aussen. Doch wie auch Schöffen den Verkauf der städtischen Gruyt durch den Fermentarius kontrollieren, so reiten wohl auch Consuln nach Cleve, um mit dem Grafen über die Abschaffung eines Zolls oder über eine der Stadt zu hoch scheinende Geldforderung zu verhandeln. — Bei den Ratssitzungen, die regelmässig wöchentlich einmal, beim Drange der Geschäfte aber häufiger abgehalten wurden, mussten sowohl Schöffen wie Ratsmänner anwesend sein; die, welche auf dreimaliges Läuten der Ratsglocke nicht erschienen, mussten Strafen zahlen, von denen man dann und wann im Rate ein Gelage gab.¹⁾

In der Zeit von 1351—1384 werden wichtigere Beschlüsse einige Male gefasst von Bürgermeister, Schöffen, altem und neuem Rate, wobei dann meistens auch der Zustimmung der Gemeinde gedacht wird.²⁾ Der Zweck, den in anderen Städten³⁾ die Zuziehung des alten Rates zur Verwaltung hatte, die Continuität der Geschäftsführung, die sonst bei der einjährigen Amtsdauer des Rats unmöglich gewesen wäre, herzustellen, ist hier dadurch ausgeschlossen, dass immer die grössere Zahl der Ratsherren wiedergewählt wurde, wie auch speziell für diese Jahre nachweisbar ist. Der „alte Rat“ besteht also nur aus den wenigen Ratsmännern, die nicht mehr im Rate sassen, und seine ziemlich seltene und an keine Regel gebundene Mitwirkung bei Ratsbeschlüssen diente nur dazu, diesen eine grössere Autorität zu verleihen. Da der alte Rat auch nicht als solcher nach Verlauf eines oder mehrerer Jahre wieder in den amtierenden Rat eintrat, kann diese Institution um so weniger als organisches Glied der Verfassung bezeichnet werden.

Der oberste Beamte der Stadt war der Bürgermeister; auch er wurde auf ein Jahr gewählt, bekleidete aber sein Amt nicht selten zwei bis drei Jahre hintereinander, trat es auch oft nach einer Unterbrechung zum zweiten Male an; nach einem Dortmunder Urteil⁴⁾ musste er auch eine Wiederwahl bei einer Strafe von 20 Mark annehmen. Er führt bei Heereszügen die bewaffnete Macht an und leitet die Verhandlungen mit dem Grafen, sowie mit

¹⁾ B. F. 161 b, a. 1374.

²⁾ Die Stellen sind folgende: B. F. 148 a, a. 1351 (Entschädigung für den im städtischen Dienst erlittenen Schaden festgesetzt); B. F. 148 b, a. 1354 (Verbot gestohlenen Gut zu kaufen); B. F. 146 a, a. 1374 u. F. 147 a, a. 1384 (Verbote, an clevischen Zollstätten Zoll zu zahlen).

³⁾ S. z. B. Schönberg, Finanzverh. Basels, S. 25.

⁴⁾ Frensdorff, Dortm. Stat., Beil. XV, No. 103.

fremden Herren und Städten; im Rate hat er den Vorsitz, und in der inneren Verwaltung übt er eine sehr umfangreiche Thätigkeit aus. Überall aber in seiner Amtsführung ist er durchaus an die Beschlüsse des Rates gebunden.

Während der Bürgermeister aus einem ersten Schöffen zum Ratsmeister geworden ist, werden die beiden Bur- oder Rentmeister immer aus der Zahl der Consuln genommen. Sie haben vor allem die Polizei- und die Finanzverwaltung zu besorgen. Ihr ursprünglicher Charakter¹⁾ tritt dem gegenüber ganz in den Hintergrund und äussert sich nur noch darin, dass sie den Vorsitz im Burgericht führen.

Alle diese Ämter, vom Schöffentum bis zum Burmeisteramt, waren Ehrenämter, mit geringen Vorteilen verbunden. Zunächst hatten Schöffen und Consuln ihr Fermentum frei, d. h. sie bezogen ihren Hausbedarf an Gruyt unentgeltlich von der Stadt, ferner erhielten sie zu Weihnachten auf städtische Kosten kleine Weinspenden. Die Haupterträge des Schöffenamtes werden wohl in dem Anteil an den Gerichtsgeldern²⁾ sowie in den Zeugnisgebühren³⁾ bestanden haben. Ferner zahlten sie für ihre Kinder kein Schulgeld an den Rector Scholarum.⁴⁾ Auf die Freiheit der Schöffen von den städtischen Diensten könnte man daraus schliessen, dass ihre Witwen sich von diesen weder durch Zahlung einer Geldsumme noch durch Stellung eines Vertreters zu lösen brauchten.⁵⁾ Eine sichere Antwort auf die Frage giebt uns aber ein Vertrag zwischen der Stadt und einem Einwohner, durch welchen sich dieser von allen Diensten loskauft, und seine Pflicht, für die Stadt zu graben, nur dann zur Geltung kommen soll, wann auch die Schöffen und Ratsmänner zum Graben herangezogen werden.⁶⁾ Die Magistratsmitglieder leisteten also nur in Notfällen der Stadt Dienste. Auch der Bürgermeister und die Burmeister hatten ursprünglich nur den unbedeutenden Gehalt von zwei resp. je einer Mark. I. J. 1368⁷⁾ wurde der Gehalt des Bürgermeisters auf 14 Mark, i. J. 1386 auf 35, der der beiden Burmeister auf je 25 Mark festgesetzt, um noch vor Ende des Jahrhunderts auf 12, resp. 6 Mark, herabzusinken.

¹⁾ S. o. S. 9 ff.

²⁾ S. o. S. 23.

³⁾ S. o. S. 18.

⁴⁾ S. den Vertrag der Stadt mit einem neuen Schulmeister, L. Pl. S. 54, a. 1425. (Gedr. bei Kleine, a. a. O. S. 9.)

⁵⁾ R. a. 1466, F. 1b.

⁶⁾ L. Pl. S. 16, a. 1410.

⁷⁾ B. F. 110 b. Das Übrige ist nur aus den Stadtrechnungen ersichtlich.

Ausserdem erhielten von den wegen verbotenen Würfelspiels ¹⁾ und wegen Übertretung eines i. J. 1386 ²⁾ erlassenen Statuts über den Verkauf von Seefischen erhobenen Brüchen die Burmeister zusammen ein Drittel, ebenso viel der Bürgermeister.

2.

Die Thätigkeit des Rates.

Im Allgemeinen lässt sich die Thätigkeit der so organisierten Behörde zwar als eine Regierung der Stadt bezeichnen, aber als eine Regierung, welche auf der Vertretung der Gemeinde beruhte.³⁾ Denn nicht zu eigenem Recht hatte das Collegium seine Gewalt, sondern als eine ihm von der Gemeinde verliehene. Könnte auch dadurch, dass zeitweise wenigstens die Schöffen sich selbst cooptierten, und die Gemeinde nur einen geringen Anteil an der Wahl der Consuln hatte, der Anschein erweckt werden, dass der Magistrat vielmehr Herrschaftsrechte, als Vertretungsbefugnisse ausübte, so geht doch sein Amtscharakter aus der Mitwirkung der Gemeinde bei allen wichtigeren städtischen Angelegenheiten hervor.

Unterstützt wurde der Magistrat in seiner Regierung durch eine Reihe von Beamten, welche er ernannte, aber auch wieder absetzen konnte. Eine Übersicht über alle Beamten der Stadt geben seit den achtziger Jahren des 14. Jahrhunderts die Listen derer, welche zu Weihnachten Weinspenden erhielten. Diejenigen jedoch von ihnen, deren Beruf sich auf ein bestimmtes Gebiet beschränkte, sind erst bei der Darstellung der Thätigkeit des Rates im einzelnen zu nennen. An der Spitze jener stehen höhere Geistliche, dann folgt der Judex; von diesen stand natürlich niemand im Dienste der Stadt; wenn der Judex wohl mit dem Bürgermeister zusammen die Befestigungswerke besah, so war das eine dem Rate erwiesene Gefälligkeit. Eine wichtige Persönlichkeit aber in der Verwaltung war der Rector Scholarum; sehr häufig wurde er wegen seiner höheren Bildung zu allerhand Missionen, namentlich an den Grafen, benutzt. Doch war für die Verfassung von Schriftstücken sowie für die schon sehr früh aufkommende schriftliche Führung der Verwaltung ein besonderer Beamter, der Notarius, Schreiber, angestellt. Mit unseren Polizeidienern zu vergleichen sind die Nuntii, von denen es zuerst

¹⁾ B. F. 147 b.

²⁾ B. F. 119a.

³⁾ Gierke, a. a. O. II., S. 613, 616, 802.

nur zwei gab, während später ausserdem jede Vorstadt einen eigenen erhielt. Sie erscheinen besonders häufig als Begleiter des Bürgermeisters und der Burmeister, speziell bei Pfändungen.

a. Von der Satzungsgewalt des Rates.

Für das autonome ¹⁾ Verordnungsrecht des Rates war zwar nach dem Privileg von 1308, demgemäss der Erlass neuer Statuten an des Grafen Erlaubnis geknüpft war, kein Raum mehr vorhanden; indessen hatte diese Bestimmung wohl von Anfang an nur den Sinn, dass der Graf sich das Recht vorbehielt, solche Ratsbeschlüsse, die ihm für sich nachteilig schienen, wieder aufzuheben; ²⁾ denn er konnte unmöglich alle jene Statuten, welche die innere Verwaltung fast täglich ins Leben rief, sich jedesmal zur Genehmigung vorlegen lassen. So sehen wir denn den Rat seine Willküren regelmässig ohne Zustimmung des Herrn verkündigen. Zwar kam es vor, dass dieser, sich auf jene Bestimmung berufend, die Stadt für unberechtigt zur Fassung bindender Beschlüsse erklärte, namentlich, wenn er jemanden, der, wegen Übertretung eines Plebiscites verurteilt, sich an ihn gewandt hatte, von der Strafe befreien wollte; aber der Rat wehrte sich dann ganz entschieden, behauptete, Einigungen und Willküren zu beschliessen, gehöre zu den alten Gewohnheiten der Stadt, und diese seien ebenso wohl bestätigt, wie die Privilegien; auch sei das Regiment in den Städten dem Rate befohlen, und ohne Zwang möge das nicht zu handhaben sein. ³⁾

Die Verordnungen des Magistrats waren nicht auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt: Wie seine ganze Regierung sich überall dahin erstreckte, wo ein obrigkeitliches Eingreifen im Interesse der Stadt lag, so gab es auch für sein Willkürrecht keine andere Grenze, als das öffentliche Wohl. Begreiflich, dass die Freiheit des einzelnen hierdurch ausserordentlich eingeengt wurde.

Wie weit sich diese obrigkeitliche Gewalt vorschob, zeigen zunächst Statuten, durch welche ein Druck auf auswärtige Widersacher ausgeübt werden sollte. Wenn der Stadtherr irgendwo einen neuen Zoll forderte oder einen alten erhöhte, so untersagte der Magistrat jedesmal den Bürgern, an der Zollstätte vorbeizufahren, bis sie es nach dem alten Recht der Stadt könnten, d. h., bis der

¹⁾ Im Gegensatz zu den Befehlen des Stadtherrn; die Mitwirkung der Gemeinde wird hier nicht mehr berücksichtigt.

²⁾ So wird das Privileg auch im 16. Rechtsgutachten erklärt.

³⁾ R. a. 1472, F. 90a.

Graf auf seine Forderung verzichtete.¹⁾ Ganz deutlich wird hier als die Absicht der Obrigkeit bezeichnet, keine neue, der Stadt nachteilige Gewohnheit aufkommen zu lassen.

Hierher gehören auch die Verbote, fremden Städten, welche mit Wesel verfehdet waren, oder in denen ein Weseler eine Unbill erlitten hatte, Waaren zuzuführen oder ihren Markt zu besuchen.²⁾

Wo der Magistrat etwas in der Stadt durchsetzen wollte, überall boten sich ihm durch sein weitgehendes Verordnungsrecht die bequemsten Mittel. Das zeigt sich z. B. in der Behandlung der Juden. Diese wurden im Allgemeinen in Wesel geduldet; Bürger wurden sie zwar nur ausnahmsweise,³⁾ aber in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts begegnet uns ein Harmannus jode⁴⁾ häufig als Rats-Zimmermann, und wenn man davon absieht, dass durch Privileg v. J. 1347⁵⁾ Graf Johann die Weseler Bürger von aller durch Aufsummung der Zinsen entstandenen Schuld an Juden und Lombarden befreit, und dass i. J. 1350 nach dem schwarzen Tode häufig Boten zwischen Wesel und den Nachbarstädten hin und her gehen „ad requirendum de veneno judeorum“, fehlt von einer Judenverfolgung jede Spur. Erst im Anfang des 15. Jahrhunderts scheint zur Verhinderung des Schadens, den die Bevölkerung durch den jüdischen Wucher erlitt, der Magistrat Vorkehrungen getroffen zu haben: I. J. 1401 untersagte er mit Zustimmung der Gemeinde jedem Weseler, irgend einem Juden, der nach Wesel komme, eine Wohnung zu verkaufen oder zu vermieten oder ein Darlehensgeschäft mit Juden einzugehen.⁶⁾

Andere Verordnungen hatten den Zweck, die städtischen Einnahmequellen nicht versiegen zu lassen. Zunächst ist hierbei zu erwähnen das Verbot des Hopfenbiers. Im 14. Jahrhundert bildeten einen bedeutenden Teil der Einnahmen die aus dem Verkauf der städtischen Gruyt gelösten Summen. Die Benutzung des Hopfens zur Bierbrauerei, wie sie am Ende des Jahrhunderts aufkam, brachte daher eine starke Einbusse für die Stadtkasse mit sich. Deshalb wurde i. J. 1377 verboten, in Wesel Hopfenbier oder irgend ein anderes Bier, das nicht mit der Stadt Gruyt gebraut sei, zu kaufen, zu verkaufen oder zu trinken.⁷⁾ Doch zeigt die öftere Wieder-

¹⁾ B. F. 146 a, a. 1374; F. 147 a, a. 1384; F. 134 a, a. 1443.

²⁾ B. F. 160 a (undatiert); und L. Pl. S. 76, a. 1454.

³⁾ S. o. S. 55.

⁴⁾ Der allerdings auch ein getaufter Jude sein kann.

⁵⁾ Original verloren; Copie im A. B., F. 33 b.

⁶⁾ B. F. 118 b.

⁷⁾ B. F. 157 b u. 147 a.

holung dieses Verbots in den Jahren 1382 und 1384 die Schwierigkeit seiner Durchführung. Das Hopfenbier war so beliebt, dass die Weseler, um es ohne Ungehorsam gegen die Gesetze trinken zu können, die Wirtshäuser ausserhalb ihrer Stadt aufsuchten. Auch das untersagte der Rat i. J. 1384, aber länger konnte man dem neuen Getränke die Stadt nicht verschliessen, und noch im selben Jahre öffnete man ihm dadurch, dass man eine Accise von ihm erhob, die Thore. Doch wurde auch jetzt nur die Einfuhr des fremden Bieres frei gegeben, noch i. J. 1400 wurde das Brauen von Hamburger Bier, Koyte und Gerstenbier, sofern es den Hausbedarf übersteige, unter Strafe gestellt.¹⁾

Da der Grundbesitz geistlicher Leute steuerfrei war, so sind die Verbote, Liegenschaften in ihre Hände zu bringen, gleichfalls ein Ausdruck der Sorge des Rats für die Erhaltung der städtischen Einkünfte. Das erste derartige Verbot findet sich schon i. J. 1351,²⁾ wahrscheinlich veranlasst durch den gleichzeitigen Einzug der Augustiner in die Stadt. Darauf weist eine Urkunde aus demselben Jahre hin³⁾, in welcher diese sich verpflichten, kein erbliches Gut mehr in der Stadt Wesel zu erwerben, und wenn ihnen eine Rente oder Liegenschaft testamentlich vermacht werde, deren Rückkauf Seitens der Erben oder der Stadt zu einem bestimmten Satze zu erlauben. I. J. 1397 wurde jenes Verbot unter schärferen Strafbestimmungen wiederholt⁴⁾ und zugleich festgesetzt, dass, wenn jemand geistlich werde, er zwar Zeit seines Lebens sein Hab und Gut gebrauchen dürfe, nach seinem Tode aber seine Immobilien an seine nächsten Erben, die weltlichen Standes seien, fallen sollten. Diese Verordnung bestätigte Herzog Adolf i. J. 1420 und fügte hinzu, dass jeder, der geistlich werde, hiermit alles Anrechts auf Erbschaften, die später an ihn kommen möchten, verlustig gehe. Trotzdem zeigen die Lagerbücher der Klöster, dass die Stadt ihren Willen nicht immer durchzusetzen vermochte, vielleicht ihn auch nicht immer mit derselben Strenge verfolgte.⁵⁾ Auch suchten die Klöster das Verbot auf mannigfache Art zu umgehen; so liessen i. J. 1487 die Augustiner einem Bürger ein Haus durch einen Ritter mit ihrem Gelde abkaufen und sich dann von ihm zu Erb-

¹⁾ B. F. 120 a.

²⁾ B. F. 105 b. (Gedr. bei Wolters.)

³⁾ B. F. 106 a,

⁴⁾ Dies ist wohl mit dem von Wolters, a. a. O. S. 47 erwähnten Privileg von 1317 gemeint. S. B. F. 105 b.

⁵⁾ Lagerbuch des Augustinerklosters, F. 12 a, a. 1484: „... civitas nolebat pro tunc nobis annuere emptionem cuiuscumque minime domus.“

leihe übertragen, weil ein Vorgehen der Stadt gegen diesen weniger zu befürchten war.

Von der Fürsorge der Obrigkeit für die Erhaltung der städtischen Wehrkraft zeugt das Verbot, Geld zu leihen auf ein Pferd, welches man im Dienste der Stadt halten musste, und welches nach Befinden des Bürgermeisters oder der Burmeister nicht soviel wert war, als es auf Befehl des Rates hatte kosten müssen;¹⁾ jedenfalls sollte nach der Absicht der Gesetzgeber hierdurch jeder dazu angehalten werden, die Summe, auf die er gesetzt war, auch wirklich zum Kaufe des Pferdes anzuwenden.

Ein Hauptbestreben des Magistrats war es überall in den mittelalterlichen Städten, dafür zu sorgen, dass die Bürger ihre wichtigsten Bedürfnisse zu einem billigen Preise erhalten konnten. Diesem Zwecke diene in Wesel Folgendes: Für die täglichen Lebensmittel, aber auch für Bier und Wein, wurden von Zeit zu Zeit Maximalpreise festgesetzt,²⁾ und um einen Betrug unmöglich zu machen, durften manche Waaren, namentlich Salz und Kohlen, nur mit der Stadt Massen gemessen werden.³⁾ Vor allem aber suchte man die Verteuerung der am meisten verlangten Sachen durch den Zwischenhandel zu verhindern; diesen Zweck hatte man bei den Verboten im Auge, von Händlern, die den Markt besuchten, etwas zum Wiederverkauf anzukaufen, wie sie sich für Getreide, Schweine, Schafe, Fische, Federvieh, Obst und Kohlen finden.⁴⁾ Deshalb musste auch nach alter Gewohnheit der, welcher eine Schiffsladung Salz kaufte, um sie zum Detailverkauf aufzulegen, jedem, der mit Sack und Geld an das Schiff kam, eine gewisse Quantität zum Selbstkostenpreise ablassen,⁵⁾ und deshalb durfte man von auswärts gekauften Kohlen nur einen bestimmten Profit nehmen.⁶⁾

Von Ausfuhrverboten, die ja auch den Zweck hatten, eine Verteuerung der Waaren zu vermeiden, findet sich nur eins für Halen- und Deckensteine; diese wollte man zurückbehalten, als man alle Häuser mit ihnen decken zu lassen beschlossen hatte.⁷⁾

¹⁾ B. F. 148a, a. 1372.

²⁾ Z. B. L. Pl. S. 72, a. 1453; und S. 103, um 1450.

³⁾ W. R. A., Caps. 342, Nr. 11. F. 2.

⁴⁾ B. F. 148b, a. 1360; F. 119a, a. 1386; F. 126b, a. 1452; L. Pl. S. 103, um 1450; S. 99, a. 1489.

⁵⁾ L. Pl. S. 57.

⁶⁾ L. Pl., S. 99, a. 1489.

⁷⁾ L. Pl., S. 7, a. 1406; S. u. S. 97.

Um die Befolgung aller derartigen Gebote besser kontrollieren zu können, knüpfte man wohl auch Ort und Zeit des Verkaufs an gewisse Vorschriften. Namentlich durfte an Markttagen nur zwischen den Marktglocken und auf dem Markte gehandelt werden,¹⁾ und war es verboten, das Korn auf dem Felde zu verkaufen.²⁾

Konnten Städter zur Beobachtung aller dieser Vorschriften durch Geldstrafen gezwungen werden, so wusste man sich bei Fremden dadurch Gehorsam zu verschaffen, dass man allen Bürgern verbot, von jemandem, der sie durch Übertretung einer den Handel betreffenden Verordnung geschädigt hatte, fernerhin noch zu kaufen.³⁾ Auf dieselbe Weise bestrafte man die Fremden, die schlechte Waare auf den Markt gebracht hatten.

Ein weites Feld wird dem autonomen städtischen Willkürrecht ferner durch die Finanzhoheit des Rates und seine Pflicht, für die Sicherheit der Stadt zu sorgen, eröffnet. Dahin gehören zunächst die Gesetze über die von den Einwohnern der Stadt zu leistenden Dienste, welche oben besprochen wurden, ferner die Statuten über Accise, Steuern und alle anderen Einnahmequellen, welche später zu behandeln sein werden.

Konnte die Stadt die Einwohner zu Diensten und Leistungen nach eigener Willkür heranziehen, so waren die Schranken für ihr autonomes Verordnungsrecht enger gezogen auf dem gerichtlichen Gebiete. Da das Gericht in Wesel des Herrn Gericht nicht nur hiess, sondern der Graf von Cleve sehr handgreifliche Rechte an demselben besass, konnte die Stadt nicht nach Belieben Gesetze erlassen, welche den gewohnheitsmässigen Prozessgang, das Privat- und Strafrecht geändert hätten. Vielmehr war prinzipiell jede Neuerung im Gerichtswesen an die Zustimmung des Gerichtsherrn gebunden, und neben den städtischen gerichtlichen Verordnungen her gehen, sie beschränkend und mit ihnen concurrierend, die des Grafen. Da sich für keinen der beiden Faktoren ein Gebiet, auf welchem er allein sein Verordnungsrecht hätte geltend machen können, absondern liess, schien es zweckmässig, die Veränderungen, welche das Gerichtswesen durch die Willküren des Rates und die Privilegien des Stadtherrn erlitt, zusammen zu behandeln.

Was zunächst die Gerichtsverfassung anlangt, so war die wichtigste Änderung, welche sie erfuhr, die Entwicklung des Ratsgerichts, welche an seinem Orte näher dazulegen sein wird. Seine

¹⁾ L. Pl., S. 103, um 1450.

²⁾ L. F. 157 b, a. 1382.

³⁾ L. Pl., S. 63 f., a. 1428.

Competenz, die sich ganz allmählich und gewohnheitsrechtlich herausbildete, wurde durch ein Plebiscit des Jahres 1457¹⁾ zum ersten Male gesetzlich anerkannt: Wer eine Klage gegen die Stadt hat, muss sie erst vor den Rat bringen und darf sie erst, wenn er von diesem abgewiesen ist, vor Gericht verfolgen. I. J. 1459 musste sogar der Herzog diese Vorschrift bestätigen. Die Entwicklung fand ihren Abschluss, als i. J. 1482 vom Rate der Zwang, erst bei ihm Recht zu suchen, auf alle gegen einen Weseler Bürger oder Eingesessenen erhobenen Klagen ausgedehnt wurde.

Wie der Graf als Gerichtsherr schon im Privileg von 1241 die Competenzen der beiden damals offiziell anerkannten Gerichte, des ordentlichen und des Bürgermeistergerichts, geregelt hatte, so beanspruchte er auch später die Entscheidung darüber, welche Fälle vor ein jedes von beiden gehörten: Demzufolge sehen wir i. J. 1346 Graf Dietrich verordnen, dass „quade wort achter rugghe ghespraken“ auch zu den Scheltworten zu rechnen und daher vom Bürgermeister zu richten seien.

Ging diese Verordnung direkt vom Herrn aus, so wurde folgendes Gesetz, welches das gerichtliche Verfahren beeinflusste vom Rate allein erlassen: Während nach dem Landrecht der Gläubiger ein vom säumigen Schuldner genommenes Pfand nicht eher verkaufen durfte, als er es dreimal vor Gericht aufgeboten hatte, genoss die Stadt den Vorzug,²⁾ ohne das Gericht mit ihrem eigenen Boten die Städter, welche in ihren Diensten und Leistungen säumig waren, pfänden und die nicht ausgelösten Pfänder verkaufen zu dürfen. Dieses Vorzugs wurden durch ein Ratsedikt i. J. 1425 auch die beiden Kirchen, die Armenstiftungen und die Klöster für ihre Zinse und Renten teilhaftig, indem ihnen von der Zeit an zu Pfändungen der Stadtbote geliehen werden, und sie mit den Pfändern so vorgehen dürfen sollten, als ob sie von der Stadt wegen genommen wären.³⁾

Für das gerichtliche Verfahren gegen Nichtstädter war der Magistrat natürlich incompetent. Darum findet sich die einzige Bestimmung, welche sich darauf bezieht, nicht in einem Plebiscit, sondern in einem Privileg. Es ist folgender Paragraph in der schon öfter erwähnten Urkunde v. J. 1329: „Item concessimus dilectis opidanis nostris Weselensibus irrevocabiler per presentes, quod ipsi poterunt pro debitis vel pro aliis causis, quos voluerint,

¹⁾ B. F. 133b.

²⁾ S. Wolters, a. a. O., Urteil Nr. 147.

³⁾ L. Pl. S. 53.

licet illi in nostra terra resideant, nudo gladio coram judicio nostro Weselensi proclamare seu vocare ultra, sicut juris est procedendo.“ Den Sinn dieses Satzes hat Frensdorff durch ein Statut im Dortmunder Stadtbuch zu erläutern gesucht: „Wer eyn vrone van Dorpmunde eyn vorbot dede over eynen man, dey vor gherichte gheeschet were mit rechte mit eyne swerde, en wolde dat gherichte dar dat vorbot anghesche des breves nicht untfaen, so mochte dat gherichte vort varen over den man mit rechte.“¹⁾ Die Oberhofstellung des Weseler Gerichts würde also nach Frensdorff sich auch darin äussern, dass gegen einen vor ihm Angeklagten, der anderswo im Clever Lande seinen Gerichtsstand hatte, bei erfolgloser Beschreitung des gewöhnlichen Rechtsweges ebenso verfahren werden konnte, als ob er in Wesel dingpflichtig wäre. Doch scheint der Vorzug, von dem das Privileg spricht, nicht durch die Worte „nudo gladio“, sondern durch die Worte „pro debitis vel pro aliis causis“ ausgedrückt, also eher eben durch das Privileg gewährt zu werden, als ein Überrest des alten Hundertschaftsgerichts zu sein und folglich mit der Oberhofstellung Wesels nicht zusammenzuhängen. Wenigstens wird die Bedeutung des angeführten Satzes in einer Weseler Auslegung²⁾ darin gefunden, dass man vor das Weseler Gericht nicht, wie vor andere Gerichte, nur in peinlichen Klagen jemanden heischen könne, sondern auch um Schuld und andere Sachen. Dass die Friedloslegung dagegen sich auch auf die „niedereren“ Gerichte erstreckte, wird darauf zurückgeführt, dass der Herr nach alter Gewohnheit seinen Gerichtsboten dazu geben müsse.

Änderungen des Prozesses, welche in den Jahren 1430 und 1481 erfolgten, gingen zwar von der Autorität des Herzogs aus, waren aber vermutlich durch die Bitten des Magistrats, deren bei dem ersten Privileg auch Erwähnung geschieht, veranlasst.

Am selbstständigsten war die Stadt in ihren gerichtlichen Verordnungen auf dem Gebiete des Privatrechts. Nur selten, und dann lange nach dem Erlass des Statuts, finden wir hier eine Bestätigung von Seiten des Stadtherrn, nie aber wird ein Satz des Privatrechts vom Herrn allein verändert. Er stand eben dem inneren städtischen Leben zu fern, als dass er das Bedürfnis nach einer neuen privatrechtlichen Bestimmung, wo es sich herausstellte, hätte wahrnehmen

¹⁾ A. a. O. III, 23.

²⁾ W. R. A., Caps. 81a, F. 137a: „Ind so en is den van Wesell vermids den punte in den eysschen nyet sonderlinx gegeven, dan dat die borgere umb scholt ind all ander saicken eysschen moighen, dat sy nae gemeynen vrede-losen rechten nyet dan umb pynlycke saicken doin en mochten, dit is sunderlinge gegeven.“

können. Sehen wir von der Urkunde des Jahres 1241 ab, so ist das einzige Privileg, welches das Privatrecht modifiziert, das schon erwähnte aus dem Jahre 1420 über die Beschränkung der Erbfähigkeit geistlicher Leute, während die Stadt schon i. J. 1397 selbstständig ähnliche Bestimmungen getroffen hatte.¹⁾ Hier konnte, um den städtischen Beschlüssen den Geistlichen gegenüber die nötige Autorität zu verschaffen, die Bestätigung durch den Landesherrn, die in anderen Fällen nicht begehrt wurde, vorteilhaft erscheinen.

Wo es das Interesse des Gemeinwesens erheischte, glaubte der Rat, wie ja auch in vielen anderen Städten,²⁾ sich berechtigt, auch die allgemeingültigsten Regeln des Privatrechts ausser Kraft zu setzen. So bestimmte er i. J. 1453, dass Gelöbnisse, Spielschulden zu bezahlen, ungültig sein sollten.³⁾ Ferner kam es häufiger vor, dass in einem Leihvertrag der Schuldner bei nicht rechtzeitiger Rückgabe des Geliehenen sich einer Conventionalstrafe zu unterziehen verpflichtete, eine Gewohnheit, die wohl von der Schwierigkeit veranlasst ist, den durch die säumige Zahlung dem Gläubiger erwachsenen Schaden zu messen. Ob nun die im Vertrage bestimmten Strafen gewöhnlich den Schuldner unverhältnismässig schädigten, oder ob sie, wie es den Anschein hat, oft in der Weggabe eines zum Stadtdienst bestimmten Pferdes bestanden und dadurch die Stadt selbst trafen, jedenfalls hielt die Obrigkeit dafür, dass den Weselern durch solche Verträge schon grosses Verderbnis gekommen sei, verbot sie deshalb bei der Leihe von Mobilien für später und statuierte sogar die Unverbindlichkeit derartiger schon eingegangener Verpflichtungen.⁴⁾

Wie der Rat ein Obervormundschaftsrecht über Unmündige in Anspruch nahm, werden wir später sehen;⁵⁾ jetzt soll uns nur ein aus diesem Recht abgeleitetes Statut beschäftigen. Bekanntlich war nach deutschem Recht der Verkauf von Immobilien an den Consens der Erben gebunden. Da aber häufig, wenn an ein Ehepaar Erbgut auf Wiederkauf veräussert war, nach dem Tode eines Gatten der überlebende den Wiederverkauf ausführte — begreiflicher Weise, denn nach dem in Wesel geltenden Recht⁶⁾ erbte der hinter-

¹⁾ S. o. S. 73.

²⁾ S. Stobbe, Deutsches Privatrecht III, § 194.

³⁾ L. Pl., S. 72.

⁴⁾ L. Pl., S. 95, a. 1461.

⁵⁾ S. u. S. 84.

⁶⁾ S. Schröder, „Mitteilungen über Clev. Rechtsquellen“ in der Ztschr. f. Rechtsgesch., Bd. 10, S. 224.

bliebene Gatte die Fahrhabe zu Eigentum, das unbewegliche Gut nur zu Leibzucht — erliess der Magistrat i. J. 1443 ein Gebot,¹⁾ dass in solchen Fällen künftig das aus dem Wiederverkauf gelöste Geld sofort wieder in erblichem Gute anzulegen sei, damit den Kindern nicht ihr Erbe verkleinert werde; und als er sah, dass dies Gebot häufig umgangen wurde, beschloss er, um allen Betrug hierin unmöglich zu machen, i. J. 1451,²⁾ dass von nun an der nach der Auflösung der Ehe durch den Tod geschehene Wiederverkauf ungültig sein solle, wenn nicht der nächste Mage des Verstorbenen — als Vertreter der Kinder — zugegen sei.

Dass auch das Strafrecht tiefgreifende Veränderungen erfahren musste, liegt auf der Hand. Die zahlreichen neuen Verordnungen der städtischen Obrigkeit hatten ja nicht dieselbe Gültigkeit, wie die alten gewohnheitsrechtlichen Sätze: Ihre Übertretung war kein Straffall des Landrechts, konnte also auf dem gewöhnlichen Wege, d. h. vor dem Schöffengericht, nicht gerichtet werden. Daher war die höchste Strafe, bei welcher der Magistrat gebieten konnte, für Bürger die Entziehung des Bürgerrechts und für Einwohner die Verbannung aus der Stadt.³⁾ Zu beidem war er als Vertreter der Bürgerschaft und der Stadt berechtigt, beides schloss aber natürlich andere, leichtere Strafen, namentlich Geldbussen, nicht aus; nur, dass diese einzutreiben, dem Rate im Allgemeinen wenigstens kein anderes Zwangsmittel zu Gebote stand, als die Drohung mit seinen schwersten Strafen. Auf die Weigerung, sich einer Strafe zu unterziehen, war regelmässig die Ausstossung aus der Bürgerschaft oder aus der Stadt gesetzt.⁴⁾ So ist es klar, wie ein ganz neues Strafsystem sich entwickeln musste.

¹⁾ B. F. 124 b.

²⁾ B. F. 125 b.

³⁾ S. Gengler, Stadtrechtsaltertümer, Excurs VII, S. 437 ff.

⁴⁾ B. F. 109 b, a. 1367. Einer der wenigen Ausnahmefälle ist folgender: Jemand, der vor einem fremden Gericht einen Bürger angeklagt und trotz dem Befehle des Rates die Anklage nicht zurückgezogen hatte, verlor der Strafandrohung gemäss sein Bürgerrecht und sollte 300 alte Schilde zahlen, wofür mit dem Gericht sein Gut gepfändet wurde. Doch erklärt sich dies dadurch, dass die Anklage vor dem geistlichen Gericht zu Köln, also ausserhalb des clevischen Landes, vorgebracht worden und also zugleich ein Vergehen gegen den Herzog war (Privileg de non evocando dem Grafen Johann von Karl IV. verliehen; (s. v. Haeften, niederrhein.-westf. Territorien, Ztschr. II, S. 38), wie dieser auch dem säumigen Rat gegenüber auf Verfolgung der Sache drang und einen Teil der Busse erhielt. (R. a. 1471, F. 68 a, 78 b; u. a. 1472, F. 90 a, 101 a.)

Ein anderes Beispiel s. R. a. 1466, F. 14 a, wo der Rat, welcher einige Weseler aus unbekannten Gründen zum Bau einer Strasse verurteilt, von den

Die Entziehung des Bürgerrechts und die Stadtverweisung waren jedoch Subsidiärstrafen nur dann, wenn die Busse in Geld wegen Armut nicht entrichtet werden konnte; in diesem Falle wurden beide Strafen nur auf eine bestimmte Zeit verhängt, nach deren Ablauf man ohne Weiteres wieder Bürger war, resp. in die Stadt einziehen durfte.¹⁾ Im anderen Falle, wenn nämlich die Zahlung der Strafe ohne Not verweigert wurde, trat die Entbürgerung oder die Verweisung aus der Stadt als härtere Strafe für den Ungehorsam ein, und dann regelmässig²⁾ ohne eine zeitliche Beschränkung.

Die direkt auf ein Vergehen gesetzten Strafen begegnen uns nun in der grössten Mannigfaltigkeit von der kleinsten Geldstrafe bis zur ewigen Ausstossung aus dem Bürgerschaftsverbande.

In der Höhe der Geldstrafen ist ein System nicht zu erkennen; die höchsten, 5 oder 10 Mark, stehen namentlich auf solche Übertretungen, bei denen der Ungehorsam besonders geahndet werden musste, also namentlich, wenn die Statuten nur für kurze Zeit erlassen waren, wie die Verbote, in gewissen Städten oder mit bestimmten Kaufleuten zu handeln,³⁾ überhaupt dann, wenn ein Vergehen nicht an sich strafbar war, sondern nur deshalb, weil es die Obrigkeit untersagt hatte.

Die Entziehung des Bürgerrechts, der bei Nichtbürgern die Stadtverweisung entspricht, wird mit Vorliebe da angewendet, wo jemand das Interesse der Gesamtheit stark verletzt, z. B., indem er von den Zollprivilegien keinen Gebrauch macht und dadurch für die Zollansprüche des Grafen Präzedenzfälle schafft,⁴⁾ oder indem er eine Klage gegen die Stadt unterstützt, einen Städter vor einem auswärtigen Gericht belangt⁵⁾ oder geistlichen Leuten erbliches Gut schenkt oder verkauft.

Die Strafe der Ausstossung aus der Bürgerschaft konnte noch verschärft werden durch eine hohe Geldstrafe⁶⁾ oder dadurch, dass

Säumigen aber durch den Stadtboten kein Pfand hatte erhalten können, vom Richter den Fronen haben will, um sie an ihrem Leibe zu pfänden. Doch hierbei ist es leicht möglich, dass das Urteil nicht vom Rate, sondern vom Stadtgericht gesprochen war; und dass die da verhängten Strafen eine Ausnahme bildeten, werden wir unten (S. 88) sehen.

¹⁾ B. F. 147 b; und F. 104 a, a. 1350.

²⁾ Eine Ausnahme s. B. F. 160 a.

³⁾ L. Pl., S. 63 f., a. 1428; s. S. 72 u. S. 95.

⁴⁾ S. o. S. 72.

⁵⁾ B. F. 133 b, a. 1457.

⁶⁾ B. F. 104 a, a. 1350; F. 146 a, a. 1374; L. Pl., S. 76, a. 1454.

man die Wiederaufnahme für ewige Zeiten verbot.¹⁾ Denn im Allgemeinen war es möglich, das entzogene Bürgerrecht durch nochmalige Leistung des Bürgereides und Zahlung der Aufnahmegebühr wieder zu erlangen.²⁾

Die strafrechtlichen Verordnungen des Rates sind aber nicht nur durch die Ausbildung eines neuen Strafsystems wichtig, sondern auch dadurch, dass sie Handlungen, welche sicherlich auch nach dem Landrecht strafbar waren, mit besonderen Strafen bedrohten. Namentlich ist da zu erwähnen ein Statut, nach dem ein Meineidiger oder Gotteslästerer sieben Mark Strafe zahlen oder auf fünf Jahre die Stadt verlassen soll.³⁾

Dagegen ist nur ein Fall bekannt, in dem der Rat durch eine Willkür das Strafrecht des Schöffengerichts beeinflusste; ein Friedlosgelegter soll nur in der Zeit von der Frühmesse bis zum Vesperläuten an den Pfahl geschlagen werden.⁴⁾

Für eine direkte Einwirkung des Grafen auf das städtische Strafrecht finden sich zwei Beispiele, bei denen es sich aber nur um die Auslegung und um die Modification eines der Stadt vom Grafen verliehenen Privilegs handelt: Dass von der Marktfreiheit alle Räuber und Mörder ausgenommen sein sollten, wurde, obwohl es schon im Privileg von 1258⁵⁾ festgesetzt war, i. J. 1318⁶⁾ noch einmal ausdrücklich angeordnet; und nach einem Privileg von 1430 war die Stadt mit ihrem Herrn übereingekommen, dass auch diejenigen von der Marktfreiheit keinen Vorteil haben sollten, welche das auf dem Markt Gekaufte nicht vollständig bezahlt hätten.

Das Gebiet, auf dem das städtische Verordnungsrecht sich am freisten entwickelte und etwas ganz Neues schuf, ist die Polizei. Da jedoch hier die Gesetzgebung sich schwer von der Verwaltung trennen lässt, bleibt dieser Theil der Ratswillküren einem späteren Abschnitte vorbehalten.

¹⁾ A. B. Zettel zwischen F. 37 u. F. 38; u. B. F. 104a., a. 1350.

²⁾ B. F. 105 b, a. 1363.

³⁾ B. F. 147b.

⁴⁾ B. F. 157^a, a. 1383.

⁵⁾ S. o. S. 28.

⁶⁾ Original verloren; Copie im B. F. 99a.

b. Von der Einwirkung des Rates auf die Rechtsprechung.

Des Herrn Gericht mit dem Richter als Vorsitzendem und den zwölf Schöffen als Urteilsfindern war das ordentliche Gericht der Stadt. Vor ihm hatten alle Weseler zu Recht zu stehen, und hier wurde sowohl über peinliche Sachen und über Eigen und Erbe, als über Schuld und die geringeren Criminalfälle gerichtet.¹⁾ Des Herrn Gericht war auch das Gericht für alle innerhalb der Gerichtsgrenzen gelegenen Grundstücke, auch der im Besitz der Klöster befindlichen;²⁾ eine Ausnahme machen nur die Lehngüter.³⁾

Auf mannigfache Art haben die mittelalterlichen Stadträte sich einen Einfluss auf die Rechtsprechung innerhalb ihrer Mauern erworben.⁴⁾ Anfänglich überall der Gerichtshoheit eines von ihnen unabhängigen Herrn gegenüberstehend, ist es den einen gelungen, dieselbe, gewöhnlich durch Kauf, ganz zu erwerben und so des Rechts in ihrer Stadt völlig mächtig zu werden, sahen sich die andern, welche das öffentliche Gericht nicht an sich bringen konnten, vor allem darauf angewiesen, die Ansätze ihrer eigenen Rechtsprechung weiter auszubilden. Zu diesen weniger begünstigten gehörte auch der Weseler Magistrat. In Wesel blieb die Gerichtshoheit den Grafen und Herzogen von Cleve immer und ungeschmälert. Doch leitete der Rat aus seiner Vertretung der Bürgerschaft das Recht ab, darüber zu wachen, dass alles in der Stadt zum Rechten geschehe. Er fühlte sich ebenso, wie der Herr, zur Wahrung des Rechts verpflichtet; nicht nur im Interesse des einzelnen verklagten Bürgers, sondern ganz allgemein, um Recht und Ordnung in der Stadt aufrecht zu erhalten, nahm er ein Aufsichtsrecht auch über des Herrn Gericht in Anspruch.

Am besten wird das anschaulich gemacht durch das Geleitsrecht, welches dem Rate zustand. Sowohl der Richter von des Herrn wegen, als der Bürgermeister von der Stadt wegen, erteilte das Geleit, und wenn jemand, dem der Bürgermeister Geleit zugesichert, dennoch vor Gericht angesprochen wurde, so musste auf Verlangen des Bürgermeisters die Anklage abgestellt werden.⁵⁾

¹⁾ Beispiele hierfür zahlreich in den Stadtrechnungen und den Ratsprotokollen.

²⁾ Ein i. J. 1529 vom Herzog zwischen der Stadt und dem Prämonstratenserkloster hierüber gefällter Schiedsspruch giebt der Stadt Recht; die andern, jüngeren Klöster standen wohl nicht günstiger. (B. Pl. S. 162.)

³⁾ S. R. a. 1467, F. 36b.

⁴⁾ S. Gierke, Gesch. des deutschen Genossenschaftsrechtes II, S. 736 ff.

⁵⁾ Frensdorff, Dortm. Stat. Beil. XV, Nr. 39.

Damit das Geleit desto grössere Sicherheit verbürgte, kam man überein, dass niemand von beiden ohne den andern es gewähren solle; das führte aber dahin, dass Richter und Bürgermeister nach persönlicher Abmachung jeder das Geleit des andern anerkannten; und da auf diese Weise manchem, mit dem die Bürger in Streit lagen, ein sicherer Aufenthalt in Wesel auch vom Bürgermeister gewährleistet wurde, führte man i. J. 1457 die alte Gewohnheit wieder ein, dass jeder für sich allein das Geleit geben solle.¹⁾

Für den Erlass von Statuten haben uns die Consequenzen des Interesses, welches der Rat an allem in der Stadt gesprochenen Rechte nehmen musste, schon vorgelegen; es konnte sich aber auch in jedem einzelnen Falle geltend machen, wo rechtliche Ansprüche gegen einen Bürger verfolgt wurden.

Dem Rate günstig für die Ausübung eines Einflusses auf des Herrn Gericht war vor allem der Umstand, dass ein Teil seiner Mitglieder zugleich Schöffen waren; diese konnten jeden gerichtlichen Vorgang der ihnen nicht mit der Gewohnheit oder dem Rechte der Stadt übereinzustimmen schien, durch Verweigerung ihrer Mitwirkung verhindern.²⁾ Hierbei ist zugleich eines anderen Grundes Erwähnung zu thun, aus dem für die Obrigkeit die Schöffeneigenschaft ihrer Mitglieder wichtig war, da sich auch hierdurch zu einer Einwirkung auf das städtische Rechtsleben, wenn auch nicht grade auf das Gericht, Gelegenheit bot — der Qualität der Schöffen als Beurkundungspersonen.

Überall in den Städten beanspruchte der Rat ein Aufsichtsrecht über den städtischen Grund und Boden; denn überall musste ihm daran gelegen sein, möglichst wenig Grundstücke in den Besitz der toten Hand oder überhaupt solcher, welche in Abgaben und Diensten keine Bürgerpflicht erfüllten, kommen zu lassen.³⁾ Während aber der Rat in vielen Städten die Beobachtung seiner diesbezüglichen Statuten dadurch sicherte, dass er alle Auflassungen vom Gericht an sich zog, war dies Mittel in Wesel schon aus dem Grunde unmöglich, weil hier zur Übertragung von Immobilien keine gerichtliche Auflassung nötig war. Wie das schon im Stadterhebungsprivileg ausgesprochen wurde,⁴⁾ so sehen wir auch später eine

¹⁾ L. Pl. S. 82.

²⁾ Z. B., wenn der Richter an ungewöhnlichen Tagen Gericht halten wollte, folgten sie ihm nicht. R. a. 1470, F. 53^b.

³⁾ S. Höniger in Conrads Jahrbüchern, N. F., Bd. 8, S. 572 ff. Frensdorff, a. a. O., Einl. S. LXXVI.

⁴⁾ S. o. S. 18.

Handänderung von erblichem Gute ohne Auflassung vor Gericht nur durch eine von zwei Schöffen besiegelte Urkunde zu stande kommen. Und hier ist es auch, wo der Rat zur Wahrung der städtischen Interessen eingreift. In seiner Macht ist es, den Schöffen die Siegelung einer Urkunde zu erlauben oder zu verbieten. Es ist klar, dass diese Kompetenz der Obrigkeit vorwiegend bei Übertragung von Erbgut an geistliche Leute zur Geltung kommen musste; in der That liegen mehrere Beispiele dafür vor, dass sie die Erlaubnis zum Erwerb von Immobilien den Klöstern dadurch giebt, dass sie den Schöffen die Siegelung der betreffenden Urkunden gestattet ¹⁾, und dass sie andererseits, indem sie es ihnen verbietet, die Liegenschaften den Bürgern erhält.²⁾

Aber auch sonst konnte die Obrigkeit wünschen, einen Kauf oder ein Geschäft zu verhindern oder möglich zu machen. Wenn jemand Immobilien veräußern wollte, seine Erben aber noch unmündig waren, also den nach deutschem Recht notwendigen Consens nicht geben konnten, war es für den Rat, der, wie aus vielen Beispielen ersichtlich, ein Obervormundschaftsrecht beanspruchte, wichtig, dass er den Schöffen, je nachdem er von der Notlage des Verkäufers überzeugt war oder nicht, befehlen oder verbieten konnte, ihm den Verkauf zu „vesten“, d. h. ihm eine besiegelte Urkunde darüber auszustellen.³⁾

Auf dieselbe Art war es dem Magistrate möglich, den Zinsfuss in der Stadt zu bestimmen. So verbot er den Schöffen, einen zu höherem Zinsfusse, als zu 5⁰/₀, abgeschlossenen Rentenkauf zu beurkunden. Hierbei begegnet uns einmal ein eigentümlicher Versuch, das Verbot des Rates zu umgehen: In dem Rentenkaufbriefe gab man eine höhere Kaufsumme an, als gezahlt war, und liess die Urkunde von den dadurch getäuschten Schöffen besiegeln; damit der Schuldner aber dadurch nicht benachteiligt wurde, stellte ihm der Gläubiger einen Brief aus, in dem er ihm den Wiederkauf der Rente für die wirklich gezahlte Summe gestattete, zeigte diesen aber den Schöffen nicht, sondern siegelte ihn mit seinem eigenen Siegel. Um dies Manöver unmöglich zu machen, beschlossen daher die Schöffen, einen Rentenkaufbrief nie allein, sondern mit dem Wiederkaufbriefe zusammen zu besiegeln.⁴⁾

¹⁾ R. a. 1474, F. 137a.

²⁾ R. a. 1474, F. 128b, und a. 1484, F. 9^v.

³⁾ R. a. 1470, F. 46a, und a. 1469, F. 57a.

⁴⁾ R. a. 1474, F. 128b. Allein durch diese Stelle wird uns auch über den den Zinsfuss betreffenden Ratsbeschluss Kunde.

Im einzelnen zeigt sich der Einfluss des Magistrats auf das Schöffengericht zunächst darin, dass der Richter häufig mit ihm über die an Übelthätern zu vollziehenden Strafen und über die vor Gericht anhängig gemachten Klagen conferiert. Ein in der Stadt begangenes Verbrechen schien dem Rate zugleich ihn und den Herrn zu verletzen. Darum setzte er mit des Richters Einwilligung Verbrecher auf den Turm¹⁾ und vereinbarte auch wohl mit ihm die Höhe einer Strafe. Darum litt der Rat es auch nie, dass der Richter ohne seinen Consens einen Verbrecher frei gab. Dem widerstand sowohl ein Dortmunder Urteil,²⁾ als ein Passus aus dem grossen Privileg von 1481. I. J. 1514 musste aber der Herzog bei Gelegenheit eines Zwistes mit der Stadt noch ein Privileg darüber ausstellen. Wegen Strassenraubs an einem Markttage war des Herzogs Wildförster zu Schermbeck auf die herkömmliche Art dingfest gemacht worden, aber der Richter weigerte sich, jedenfalls auf Befehl des Herrn, den Klägern ihr Recht zu geben.³⁾ Gewiss mit Beziehung auf diese Vorgänge enthält nun das Privileg von 1514 (dasselbe, durch welches die Schöffenwahl wieder geändert wurde) folgende Stelle, aus der so deutlich, wie kaum aus etwas anderem, das Bestreben und der Anspruch des Rates, das Recht in der Stadt zu wahren, ersichtlich ist:

„J. so sich unse liebe Stadt van Wesell ind oere burgere beclaegen, dat sy mercklich an oeren gerichte myt unser affschryvingen ind upstellingh unsers Richters to Wesell verkort ind verechtert werden, so is bekalt, dat wy ind die unse Richtere aldair dat gerichte nu voirtan synen ordentlichen ind geboirlichen ganck ind uytdracht, woe recht is, hebben laten sullen sonder enyge saecken dair aff to scryven ader dat gerichte to stellen.“

Die prinzipiellen Gründe, welche der Rat bei Geltendmachung seines Anspruchs betonte, treten sehr klar zu Tage in einer Urkunde v. J. 1592. Der Magistrat verlangte vom Richter, einen Mörder, der vom Herzog begnadigt war, dennoch gerichtlich zu verfolgen; und als dieser das mit Hinweis auf das Recht des Herzogs, den Aufenthalt in seinem Lande aus Gnade auch Verbrechern zu gestatten, ablehnte, gab der Rat vor dem Notar die Erklärung ab,

¹⁾ R. a. 1472, F. 97b, s. R. a. 1470, F. 49a: „J. so die gene op der stat porten gesatt ind gevangen werden, bii den richter ind rade angetastet ind gesatt werden, ind die een buten den anderen dar nyet to en geet, off die dan in der veneknisse wat verdeden, gebort den richter ind der stat gelike to talen“.

²⁾ Frensdorff, a. a. O., Beil. XV, Nr. 100.

³⁾ Urkunden darüber im W. R. A.

er werde den Übelthäter, wenn er seiner habhaft werden könne, nichts desto weniger einsperren lassen; denn „Begnedigung dess Landes liess Ihre Ersamheitten (der Rat) in terminis suis bewenden; dass aber Doethschlegere unnd andere Missethedtere dermassen sollen begnadet kunnen werden, dass sie auch in dieser Stadt vor Recht peinlicher Rechtsferthigung freiheitt hedtenn, dessenn thedten Ihre Ersamheitten khein gestandt, were auch den Rechten zuwidder, unnd wannehr es darzu khommen soll, wurde diese Stadt ein Asylum unnd Receptaculum omnium nefariorum hominum werden“.

Die Aufsicht über das Gerichtswesen bildete sich zu einer kräftigen Mitwirkung bei der Wahrung des Rechts am meisten aus, wo es sich um Verletzungen des Stadtfriedens handelte. Zwar hatte der Rat keine Gerichtsbarkeit hierüber, aber er machte sein Interesse an der öffentlichen Sicherheit dadurch geltend, dass er dem Richter Störer derselben zur Bestrafung überwies¹⁾ oder auch wohl den Thatbestand selbst untersuchte.²⁾ Wie schon das Privileg von 1241 das Interesse der Stadt an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung dadurch anerkannte, dass es ihr einen Teil der für Vergehen gegen den Stadtfrieden erhobenen Strafgelder anwies, so begegnet uns auch in den Stadtrechnungen unter den Einnahmen sehr häufig eine mit jenem Anteil sich allerdings nicht deckende Summe „van slachtinghe“, und so sollten auch nach jenem Privileg von 1514 zwei Fünftel der Strafen, die auf das Ziehen des Messers, auf Verwundungen und auf Blau und Blut gesetzt waren, der Stadt zu Gute kommen. Wie entschieden die Obrigkeit das Recht zur Schirmung des Stadtfriedens beanspruchte, zeigt auch ein Plebiscit v. J. 1449, nach dem alle, welche mit verbotenen Waffen jemanden vorsätzlich angegriffen, nicht nur vom Herrn allein, sondern auch vom Rate in Verbindung mit dem Herrn zur Verantwortung gezogen werden konnten.³⁾

Einen grossen Einfluss auf die Rechtsprechung im Schöffengericht übte der Rat ferner dadurch aus, dass er den Einwohnern die Vornahme gerichtlicher Handlungen erlaubte oder verbot.

Mehrere Beispiele kommen dafür vor, dass der Rat einem Bürger vor Gericht zu klagen untersagte oder eine schon erhobene Klage zurückzunehmen befahl. So verweigerte er einem Einwohner

¹⁾ R. a. 1471, F. 67^a.

²⁾ R. a. 1470, F. 41^b.

³⁾ B. F. 126^a. Über die Bestrafung der „vorsate“ durch den Rat s. Frensdorff, Stadt- und Gerichtsverf. Lübecks, S. 147 ff.

die Erlaubnis, an Stelle eines Ritters, der in Wesel nicht zu Recht stehen wollte, dessen in der Stadt wohnende Hausleute gerichtlich zu belangen, natürlich aus Furcht mit dem Ritter in Händel zu geraten.¹⁾ Ein anderer hatte nach dem Tode eines Städters Ansprüche auf dessen nachgelassenes Gut erhoben. Da aber dem Verstorbenen „ein kleyn jungh onmondich kint nagebleven is ind den Kiinde siin guet so aff to wyngen zweerlic is to te laten“, so wurde dem Gläubiger befohlen, er solle Zeugen und Kunde dafür bringen, dass es wahrhaftige Schuld sei.²⁾ Hierher gehören auch die Gebote, eine Sache nicht gleich vor Gericht, sondern erst vor den Rat zu bringen, welche zusammen mit der eigenen richterlichen Thätigkeit dieser Behörde besprochen werden sollen.

Wurde die Einwirkung des Rates auf das Schöffengericht durch die Gerichtshoheit des Herrn bedeutend eingeengt, so konnte er ohne diese Schranke seinen Einfluss auf das Gerichtswesen geltend machen durch die Rechtsprechung des Stadtgerichts, des Bürgerrechts, des Bürgermeisters und durch seine eigene richterliche Thätigkeit.

Das Bürgerrecht musste schon oben³⁾ besprochen werden, um den Ursprung des Amtes der burmagistri deutlich zu machen. Hier ist also zunächst das Stadtgericht⁴⁾ zu behandeln. Über dasselbe sind die Nachrichten etwas weniger spärlich, als über das Bürgerrecht: Es hat seinen Ursprung in der Rechtsprechung über Scheltworte, Mass und Gewicht, welche i. J. 1241 dem Bürgermeister bestätigt wurde. Eine weitere Competenz, die Jurisdiction über „nae tymmeringe“⁵⁾ ergab sich ebenfalls aus dem alten Charakter des Bürgermeisters als Ortsvorstehers. Dabei ist leicht zu ersehen, dass dem, was wir nach Beispielen aus anderen Städten, namentlich Soest und Köln, uns unter einem Bürgerrecht denken, in Wesel das Stadtgericht viel besser entspricht, als das Bürgerrecht — ich erinnere nur an die Rechtsprechung über Mass und Gewicht.

Etwas Näheres über das Stadtgericht erfahren wir aus einem Pergamentcodex,⁶⁾ dessen Inhalt, wie auf der ersten Seite zu lesen, i. J. 1461 aus einem alten Buche abgeschrieben ist, und in dem sich auch ein Teil einer Ordnung für das Stadtgericht befindet. Das

¹⁾ R. a. 1467, F. 38a.

²⁾ R. a. 1467, F. 23a.

³⁾ S. o. S. 10 ff.

⁴⁾ Die Bezeichnung „der Stadt Gericht“ ist durch den Gegensatz zu des Herrn Gericht zu erklären.

⁵⁾ L. Pl. S. 63, a. 1427.

⁶⁾ W. R. A., Caps. 342. Nr. 11.

Wichtigste, was aus dieser flüchtig geschriebenen Aufzeichnung, die sich nur mit der Klage wegen Scheltworte beschäftigt, hervorgeht, ist erstens, dass vor das Stadtgericht nur eine einfache Beleidigungsklage gehört, der Kläger aber nicht eine Summe Geldes nennen darf, um welche er die Beleidigung nicht gelitten haben wollte.¹⁾ Solche, eine höhere Strafe fordernden Klagen mussten also jedenfalls vor des Herrn Gericht angebracht werden. Ferner hat der Kläger, wenn der Beklagte auf dreimalige Forderung nicht erschienen, seine Klage damit nicht gewonnen, sondern der Bürgermeister muss dann den Beklagten vor des Herrn Gericht ansprechen, weil er der Stadt Gericht verschmäht hat, und ihn so zwingen, zur Antwort zu kommen.

Da, wie wir sehen, das Stadtgericht durchaus ein integrierender Bestandteil der Weseler Gerichtsverfassung und als solcher vom Gerichtsherrn anerkannt ist, konnte es sicher ebenso, wie zur Vorladung des Angeklagten, auch zur Pfändung des Verurteilten sich der stadtherrlichen Zwangsgewalt bedienen, d. h. den Boten des Richters beanspruchen, um, falls die Pfändung mit dem Stadtboten erfolglos gewesen, den Schuldigen an seinem Leibe zu pfänden.²⁾

Für die Besetzung des Gerichts folgt leider aus dieser Quelle ebensowenig, wie aus unserm andern Material. Auch für das Bürgergericht findet sich hierüber nirgends eine Nachricht. Wahrscheinlich ist aber, dass in beiden die Urteelfinder Ratsmänner waren.

Ausserhalb des Stadtgerichts hatte der Bürgermeister eine Jurisdiktion über Vernachlässigung der Bürgerpflichten und Übertretung städtischer Verordnungen. Natürlich wurden solche Vergehen, auf welche die Ausstossung aus der Bürgerschaft stand, regelmässig vom ganzen Rate, oft sogar mit Zuziehung der Gemeinde gerichtet, alle anderen dagegen verfolgte man so,³⁾ dass sofort der Bürgermeister, die Burmeister, oder wer sonst die Beobachtung der fraglichen Bestimmung zu bewachen hatte, durch den Stadtboten ein Pfand nehmen und dieses eine bestimmte Zeit lang auf dem Rat-
 hause verwahren liess. Falls innerhalb dieser Zeit der Gepfändete keine genügende Entschuldigung vorgebracht hatte, wurde das Pfand verkauft und der Erlös nach den darüber bestehenden Vorschriften — meistens zum Besten der Stadt, oft auch teilweise für Bürgermeister und Burmeister — verwandt.

¹⁾ S. Frensdorff, Dortm. Stat. S. 272.

²⁾ S. o. S. 79, Anm. 4.

³⁾ L. Pl. S. 8, a. 1407; B. F. 118^a, a. 1400; R. a. 1466, F. 1^a.

Aber noch weiter erstreckte sich die jurisdiktionelle Thätigkeit des Bürgermeisters. Oft wurden vor ihn, als den Vertreter des Rats, Klagen gebracht, die er, falls man seinem Urteile nicht gehorchte, dem Collegium vorlegte. Ausserdem hatte er in gewissen Sachen regelmässig die Entscheidung allein in der Hand. Wenn Fremde mit ihren Schuldklagen gegen Weseler Bürger nicht zum Rat, sondern zu ihm gingen, sprach er jedesmal selbst Recht.¹⁾ Natürlich war er hier eigentlich nur Schiedsrichter — der Kläger konnte ebensowohl sich an den Rat oder an des Herrn Gericht wenden —; indess scheint die Zustimmung des Beklagten, die doch zu einem gewöhnlichen Schiedsgericht gehört, hier nicht erforderlich gewesen zu sein. Das wird durch folgende Gründe sehr wahrscheinlich gemacht:

Auch der Rat richtete über Schuldklagen zwischen Fremden und Einheimischen, und seinem Gerichte durfte sich kein Weseler entziehen, was daraus hervorgeht, dass der Magistrat einmal eine von einem Fremden vor ihm angebrachte Klage deshalb zurückweist, weil sie erbliches Gut betreffe;²⁾ denn diese Klage kann nicht eine Bitte beider Parteien um einen Schiedsspruch gewesen sein; den würde er, wie viele Beispiele zeigen, nicht verweigert haben. Ein direkteres Zeugnis besitzen wir in einem vor dem Rat gewiesenen Weistum³⁾ des Inhalts, dass, wenn ein fremder Mann einen Bürger oder Eingesessenen um bekannte Schuld pfänden soll, der Stadtbote ihm aber kein Pfand (wegen der Armut des Schuldners) anweisen kann, der Richter ihm ohne weitere gerichtliche Verhandlung seinen Boten geben muss, um den Schuldner an seinem Leibe zu pfänden. Denn die Bestimmung, dass dem Gläubiger der Stadtbote das Pfand anweisen soll, zeigt deutlich, dass nach der Voraussetzung des Urteilsfinders die Schuld vor einer städtischen Behörde bekannt ist, welche, wie aus der Stelle ersichtlich, ebenso wie das Gericht im stande ist, einem Auswärtigen gegen einen Weseler Recht zu verschaffen. Da nun aber der Bürgermeister stets als Vertreter des Rats handelte, so dürfen wir schon aus diesem Grunde gewiss annehmen, dass auch sein Schiedsgericht in dem besprochenen Falle von dem Beklagten nicht abgelehnt werden konnte.

Ein Beispiel dafür haben wir an einer Stelle der Kämmerei-

¹⁾ Über die „Gastgerichte“ s. Osenbrüggen, Rechtsgeschichtliche Studien, S. 19 ff.

²⁾ R. a. 1470, F. 54^b.

³⁾ R. a. 1467, F. 23^b.

rechnungen, wo jemand mit der Lieferung von 2000 Steinen bestraft wurde „quod noluit venire ad magistrum civium ad faciendum jus alineo“;¹⁾ ja, einmal wird sogar ein Bürger, der sich wegen der Schuldklage eines Fremden vor dem Bürgermeister zu Recht zu stehen weigerte, entbürgert mit der Motivierung „want ghi gheswaren hebbet ten hilgen onser stad recht to halden, end ghi des nyet ghehalden en hebbet end hebbet weygheringhe ghedaen recht to doene vor den borgermeyster, als onser stad recht is“. ²⁾

Der Grund, aus welchem grade in Streitigkeiten zwischen Fremden und Einheimischen³⁾ das Schiedsgericht des Rates und des Bürgermeisters sich zu einem Gericht mit Zwangsgewalt ausbildete,⁴⁾ ist ohne Zweifel der, dass es der Stadt im Interesse des Friedens und der Sicherheit ihrer Bürger darum zu thun sein musste, Streitigkeiten mit Fremden möglichst schnell abgewickelt und deshalb nicht an das Schöffengericht mit seinem langwierigen Prozessgang kommen zu sehen.⁵⁾

Die drei besprochenen Gerichte, das Stadtgericht, das Bürgergericht und des Bürgermeisters Gericht, waren nun durchaus in der Hand des Rates. Für das Gericht des Bürgermeisters wird es nach dem Gesagten des Beweises nicht mehr bedürfen; für die beiden anderen Gerichte folgt es daraus, dass die Richter in beiden, der Bürgermeister und die Burmeister, ihre Gewalt nur als eine vom Rate verliehene haben, und dass die Strafgelder in die Stadtkasse fließen. Eine Folge davon war, dass der Rat den Vorsitz darin nach Belieben anderen verleihen, und dass er Bestimmungen über die zu verhängenden Strafen treffen konnte. So sehen wir dem Bürgergericht gleich bei seiner ersten Erwähnung den Bürgermeister und die Burmeister präsidieren, und so heisst es auch vom Stadtgericht in jener Gerichtsordnung: „Der Bürgermeister oder wer es sonst von der Stadt wegen hegt.“ So wird auch einmal vom Rate die Strafe auf Feldschaden erhöht,⁶⁾ und auf Nichterfüllung des

¹⁾ St. a. 1393. (Recepta van broken.)

²⁾ A. B. F. 38^a.

³⁾ Denn dafür, dass für die Rechtsprechung des Rates zwischen Einheimischen auch über Geldschuld die Einwilligung beider Parteien erforderlich war, geben die Quellen mehr als ein Zeugnis an die Hand. S. z. B. R. a. 1466 F. 7b u. a. 1470, F. 47^a.

⁴⁾ S. u. S. 91.

⁵⁾ S. Freiburger Stadtrecht.

⁶⁾ S. L. Pl. S. 62.

vor dem Stadtgericht gegebenen Versprechens, „eine Unschuld zu thun“, als Strafe der Stadt Dortmund höchste Kur,¹⁾ nämlich zehn Mark und ein Fuder Wein, festgesetzt.

Wir kommen jetzt zur Jurisdiktion des Rates selbst. Zunächst ist hier zu betonen, dass er sich seine Gerichtsbarkeit erst im Laufe der Zeit erworben hat und also nicht in derselben Lage war, wie der Rat in anderen Städten, dem eine gewisse niedere Jurisdiktion, namentlich über Mass und Gewicht und über Blau und Blut häufig von früher Zeit an zustand. Er fand vielmehr diese niedere Gerichtsbarkeit im Anfange seiner Thätigkeit bereits in festen Händen, und da er nicht aus einem schon früher bestehenden Collegium hervorgegangen war, sondern von den Schöffen ex ovo geschaffen wurde, konnte er auch aus keiner früheren Stellung, wie andere Stadträte, irgend ein Recht der Jurisdiktion mitbringen. Sein Streben, trotzdem Einfluss auf das Gerichtswesen der Stadt zu gewinnen, haben wir in einigen seiner Äusserungen bereits verfolgt, aber wohl nirgends zeigt es sich zugleich deutlicher und ist von grösserem Erfolge gekrönt, als in der Ausbildung einer eigenen Rechtsprechung.

Zunächst ist hier genau zu scheiden zwischen den Sachen, für welche der Magistrat eine ordentliche Gerichtsbehörde wurde, und denen, über welche er nur als Schiedsgericht urteilte. Für beide Fälle ist aber das, was schon früher bemerkt werden musste,²⁾ im Auge zu behalten: Der Rat konnte, wenn er in seiner Sorge für das Wohl der Stadt den Zusammenhang der städtischen Gerichtsverfassung durchbrechen und den Bürgern selbst Recht sprechen wollte, sie nicht durch das Schöffengericht zwingen, vor ihm zu Recht zu stehen. Anders war es ja beim Stadtgericht, da es durch seine Rechtsprechung über Vergehen, für die es kein anderes Gericht gab, des Herrn Gericht ergänzte, und darum ohne es die Weseler Gerichtsverfassung gar nicht zu denken war.

Zu den Vergehen, über welche die Obrigkeit mit Zwangsgewalt richtete, gehören alle Übertretungen städtischer Willküren und Beschlüsse. Dieser Teil seiner Gerichtsbarkeit richtet sich also nach dem Umfange seines Verordnungsrechts, sodass auf dessen Darstellung zu verweisen ist, auch, was das hier angewandte Strafsystem anlangt. Ferner seine Rechtsprechung in Geldstreitigkeiten zwischen Fremden und Einheimischen, welche von der ihr parallel

¹⁾ S. R. a. 1467, F. 26^a, Frensdorff, Dortm. Stat. III, 66.

²⁾ S. o. S. 79.

laufenden des Bürgermeisters nicht zu trennen war; hier ist nur noch zu bemerken, dass zu den Schuldklagen, über welche der Rat richtete, auch die Klagen einer fremden Herrschaft um Gerade, Herwede und Curmede gehörten; denn auch da scheint, gewiss aus demselben Grunde, wie bei den gewöhnlichen Schuldklagen, die Einwilligung des Beklagten in den Schiedsspruch des Rates nicht erforderlich gewesen zu sein.

Eine nicht unwichtige Competenz hat sich ferner das Ratsgericht in der Rechtsprechung über Zinse und Renten zu erwerben gewusst. Wir sahen schon,¹⁾ dass die vom Stadtboten genommenen Pfänder nicht, wie die anderen, vor Gericht verfolgt zu werden brauchten, sondern „mit einer Hand gepfändet und mit der andern Hand verkauft“ werden durften. Der Rat hielt sich nun für berechtigt, zur Pfändung seinen Boten zu leihen, wenn er wollte; und so entstand die Gewohnheit, wegen verweigerter Zinse und Renten vor ihm zu klagen; gab er dann dem Kläger Recht, so lieh er ihm den Boten zur Auspfändung des Zinses, und der Gepfändete konnte sich, da die Pfänder sofort verkauft werden durften, an des Herrn Gericht nicht mehr wenden.²⁾

Im Zusammenhang mit seiner Einwirkung auf das Gerichtswesen muss auch die schiedsrichterliche Thätigkeit des Rates behandelt werden, weil diese so ausgedehnt war, dass sie wirklich auf die rechtlichen Verhältnisse der Stadt den bedeutsamsten Einfluss ausübte, und weil sie sich in einigen Punkten sogar zu einer eigentlichen Rechtsprechung entwickelt hat.³⁾

Zunächst ist hinzuweisen auf die Art, wie der Rat manche Vergehen vor sein Forum zog. Er that dies nämlich, indem er den Schuldigen nicht sofort nach erhobener Klage verurteilte, sondern ihn erst festnehmen liess und dann fragte, ob er „dass bei ihm bleiben“, d. h., ob er sein Urteil anerkennen wolle. Willigte er ein und leistete den Schwur oder stellte einen Bürgen, so wurde er entlassen, und seine Strafe später festgesetzt. Falls er sich aber weigerte, so war das Regelmässige, dass er vom Magistrat vor des Herrn Gericht verklagt wurde, jedoch nicht, wie im entsprechenden Falle beim Stadtgericht, wegen Ungehorsams gegen eine gericht-

¹⁾ S. o. S. 76.

²⁾ R. a. 1467, F. 31^a, und a. 1474, F. 128^a.

³⁾ Ein interessantes Beispiel für die Entwicklung einer ordentlichen Gerichtsbarkeit aus einer nur schiedsrichterlichen ist die Geschichte der Ratsjurisdiktion in Bremen; s. Donandt, Gesch. des Brem. Stadtrechts.

liche Vorladung, sondern wegen des Vergehens selber;¹⁾ seltener trat statt dessen die Strafe der Entbürgerung ein.²⁾ Wir haben es also hier nur mit einem Schiedsgericht zu thun, einem Schiedsgericht zwischen der Stadt und dem Übelthäter. Bei allen Vergehen, über welche der Rat dergestalt urteilte, wurde die Stadt selbst als verletzt betrachtet. Darum finden wir dieses Schiedsgericht besonders häufig bei Beleidigung der Obrigkeit und Ungehorsam gegen ihre Befehle, aber auch bei Störung des Stadtfriedens. Denn obwohl über Blau und Blut ja von dem Schöffengericht Recht gesprochen wurde, hielt der Rat doch die Aufrechterhaltung des Stadtfriedens für seine Aufgabe. Die Erfüllung dieser Pflicht wurde nicht wenig dadurch erschwert, dass nach älterem deutschem Recht ohne Klage des Verletzten keine gerichtliche Verfolgung eintreten konnte, die streitenden Parteien aber häufig lieber zur Privatrache ihre Zuflucht nahmen. Mitten in die Aufregung und Besorgnis hinein, mit welcher daher jede Gewaltthat in der Stadt die Bürger erfüllen musste, versetzt uns folgender Ratsbeschluss: „Ind hebben averwegen, dat die twiïdracht vorder verlopen ind meer lude sich dar in mengende mochten werden, dar bii dan doitslach ind ander ongeluc opstaen mocht. Sulx dan all in den besten to verhuden ind versucht to werden, dat die gebreken bii den frunden van beiden ziden hyn gelacht worden, hebben sie tusschen den partien geraemt ind willen dat so gehalden hebben, dat sie van beiden ziden vorseit enen vreden halden sullen . . .“³⁾ Wie schon aus dieser Stelle hervorgeht, suchte der Magistrat solchen Gefahren dadurch zu begegnen, dass er den Streitenden durch den Bürgermeister befehlen liess, eine bestimmte Zeit lang Frieden zu halten, damit der erste Zorn verrauche, und den beiderseitigen Freunden eine Schlichtung des Zwists möglich werde. Auf Ungehorsam gegen einen solchen Befehl stand nach einem Plebiscit v. J. 1350 ⁴⁾ eine Strafe von 5 Mark. War nach Ablauf der befriedeten Zeit keine Versöhnung zu stande gekommen, so wurde der Friede verlängert, und hielt sich der Rat nun für berechtigt, sein Schiedsgericht den Parteien aufzuzwingen.⁵⁾

Nicht minder in das Rechtsleben der Stadt eingreifend war die Thätigkeit des Magistrats als einer schiedsrichterlichen Instanz

¹⁾ R. a. 1466, F. 12^a.

²⁾ B. F. 109^b, a. 1367.

³⁾ R. a. 1474, F. 125^a.

⁴⁾ B. F. 104^a (gedr. bei Wolters).

⁵⁾ z. B. R. a. 1484, F. 23^b, s. auch Frensdorff, Lübeck, S. 144 ff. Gengler, Stadtrechtsalterthümer, S. 435.

zwischen Privaten. Überall in den Quellen zeigt es sich, ein wie wachsames Auge er auf alle Vorgänge in der Stadt hatte. Sobald er von irgend einem Streite hörte, der nach seiner Meinung besser vor ihm entschieden wurde, lud er die Parteien in die Ratskammer und fragte sie, ob sie ihm die Sache überlassen wollten; erklärten sie sich einverstanden, so versprach er, zum Besten darin zu sehen, andernfalls wies er sie an das Gericht. Denn ein Zwang, sein Schiedsgericht anzuerkennen, existierte im Allgemeinen nicht.¹⁾ Dass es aber oft im Interesse der Parteien selbst lag, ihre Sache dem Rate anheim zu stellen, beweisen die überaus häufigen Anrufungen seines schiedsrichterlichen Urteils, durch welche der Thätigkeit des Schöffengerichts bedeutender Abbruch gethan wurde. — Wie der Rat bestrebt war, die herrschende Gewohnheit zum Rechtsatze zu erheben, zeigt der Beschluss des Jahres 1482 „Dat men burgere of ingeseten to Wesele nyet an toe tasten, dat en sy irsten an den raet vervolgt, oft dair gheschyden sall wesen myt belyven des raitz.“²⁾

Wenn eine Partei, trotzdem sie in das obrigkeitliche Schiedsgericht eingewilligt hatte, dem Urteil des Rates nicht Folge leistete, so verfuhr man ebenso, wie bei jedem anderen Schiedsgericht: Die unbotmässige Partei wurde wegen Ungehorsams gegen den Schiedsspruch als wegen eines Vertragsbruches vor Gericht verklagt, wobei das Zeugnis des Rates einen weiteren gerichtlichen Urteilsspruch in der Streitsache selbst ausschloss.³⁾ Nie dagegen scheint der Rat von sich aus die Befolgung eines nur schiedsrichterlichen Urteils erzwungen zu haben.

c. Von der Verwaltungsthätigkeit des Rates.

α Die Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten.

Die auswärtigen Beziehungen der Stadt nahmen die Mitglieder des Magistrats auf sehr mannigfache Weise in Anspruch. Wenn der Graf von der Stadt eine Bede forderte, oder wenn er die Privilegien verletzte, wenn die Stadt in Fehde mit fremden Herren oder Städten lag, wenn Bündnisse zur Sicherung des Landfriedens geschlossen werden sollten, immer musste der Rat die Interessen

¹⁾ Eine Ausnahme S. S. 89.

²⁾ L. Pl., S. 104.

³⁾ S. z. B. R. a. 1466, F. 7a. und a. 1467, F. 38a. Frensdorff, a. a. O. Beil XV, Nr. 54.

der Gemeinde vertreten, indem er Boten schickte und empfing oder einige seiner Mitglieder nach Cleve oder zur Tagfahrt entsandte.

Der wesentlichste mit der Zugehörigkeit zur Bürgerschaft verbundene Vorteil war der von Seiten der Stadt gewährte Schutz.¹⁾ Hieraus ergibt sich eine Vertretung auch der einzelnen Bürger durch die oberste städtische Behörde.

Besonders merkwürdig ist hierbei das Verhältniss der Erbgenossen zu der Stadt. Die Erbgenossen bildeten zwar den ältesten Teil des Patriziats,²⁾ waren aber keineswegs mit diesem identisch; demungeachtet sehen wir den Rat sich überall ihrer Interessen ebenso eifrig, wie der städtischen, annehmen. Namentlich Beeinträchtigungen ihrer Gerechtsame im Weseler Walde Seitens des Grafen oder des Holzrichters suchte er energisch abzuwehren. Auf die Deichangelegenheiten hatte die Stadt sogar einen indirekten Einfluss zu gewinnen gewusst, da der Bürgermeister bei der Wahl der Heimrader seine Stimme abzugeben hatte.

So oft ein Bürger ausserhalb der Stadt Schaden erlitt, nahm die Obrigkeit seine Sache in ihre Hand. Sie verlangte Ersatz, übte Repressalien aus, oder, falls ihm die Unbill von einer fremden Stadt zugefügt war, verbot sie den Kaufleuten den dortigen Markt zu besuchen.³⁾ Häufig kam es vor, dass Herren oder Städte, die eine Forderung an den Grafen hatten, den Kaufleuten des Landes von Cleve bis zur Zahlung der Summe Strassen und Flüsse versperrten. So geschah es meistens, dass die Kaufleute durch Zahlung des auf ihre Stadt fallenden Schuldanteils sich die Handelsfreiheit erkaufen mussten. Die Eintreibung und wohl auch die Entrichtung der Summe besorgte dann aber in Wesel für die Kaufleute der Rat, gewöhnlich, indem er von allen, die über die bisher gesperrte Strasse zogen, einen Zoll erhob.⁴⁾ Dem entsprechend warb er auch in Vertretung der Kaufleute von auswärtigen Herren Geleit, dessen Kosten er natürlich ebenfalls von denen erhob, welche davon Gebrauch machten.⁵⁾

Sehr eifrig war der Rat darauf bedacht, das Privileg „de non

¹⁾ S. o. S. 57.

²⁾ S. o. S. 46.

³⁾ S. o. S. 72.

⁴⁾ W. R. A. Caps. 341, Nr. 12.

⁵⁾ S. L. Pl. S. 125 a. 1436 (Abschrift aus dem Anfang des 16. Jh.): Von jedem, der den Rhein bis Köln oder höher hinauffährt, soll man $\frac{1}{4}\%$, der den Rhein hinabfährt, $\frac{1}{2}\%$ des Wertes seiner Waaren nehmen, denen von Vernenburg das Geleit zu bezahlen. Ähnlich L. Pl. S. 134, a. 1444.

evocando“ in Kraft zu erhalten. Wurde trotz desselben ein Einwohner vor ein fremdes Gericht gezogen, so trat er darum für ihn ein, nicht nur, um ihm Schutz zu gewähren, sondern auch, um das kostbare städtische Recht nicht allmählich ausser Übung kommen zu lassen. Waren es aber Einwohner von Wesel, die ihre Landsleute vor einem auswärtigen Gericht belangten, so befahl der Rat bei schwerer Strafe, gewöhnlich Verlust des Bürgerrechts und Zahlung einer hohen Geldsumme, die Anklage abzustellen.¹⁾

β Die Verwaltung der städtischen Polizei.

Die freie Bewegung des mittelalterlichen Städters wurde, wie überall, so auch in Wesel am meisten gehemmt durch die strenge Handhabung einer ausgedehnten Polizeigewalt Seitens der obersten städtischen Behörde. Den Inhalt aller polizeilichen Statuten wiederzugeben, ist aber deshalb überflüssig, weil die wenigsten gegenüber dem uns aus anderen Städten Bekannten etwas Neues bringen. Der Rat unterwarf seiner Aufsicht Mass und Gewicht, den Verkauf von Lebensmitteln, die Zünfte, die Wirtshäuser und Badestuben, sorgte für Ordnung und Reinlichkeit auf den Strassen, verbot allzu grossen Luxus, beschränkte das Würfelspiel, suchte der Feuergefahr zu begegnen und die Verbreitung von Epidemieen zu verhüten.

Von diesem allem ist von grösserem Interesse zunächst die Zunftpolizei. Über diese geben uns Aufschluss die Statuten des Wollenamts v. J. 1452²⁾ und die Rollen des Schneider- und des Schuhmacheramts v. J. 1458.³⁾

Für das Wollenamt unterlag sowohl die Beschaffenheit des Tuches, als seine Länge und Breite genauen Vorschriften, namentlich solchen, welche ein unreelles Arbeiten verhindern sollten. Um diesen Statuten eine genaue Befolgung zu sichern, hatte der Rat sich i. J. 1386 vom Grafen von Cleve das Privileg erwirkt, alle wollenen Laken siegeln zu dürfen; und demgemäss findet sich seitdem immer in den Stadtrechnungen eine Einnahme „van wullenlaken to bezeghelen“ verzeichnet; die Geringfügigkeit derselben zeigt, dass man dabei nicht den Vorteil der städtischen Kasse, sondern des Weseler Tuchhandels im Auge hatte.

¹⁾ B. F. 151b, a. 1426; und R. a. 1471, F. 76a.

²⁾ B. F. 128b. (gedr. Ztschr. IX, S. 77 ff.)

³⁾ L. Pl. S. 86 f. und S. 88 f.

Die „vanden schroderen“ und „vanden schomekeren“ betitelten Statuten, welche weniger technische Vorschriften, dagegen weitläufigere Bestimmungen über die innere Zunftverfassung enthalten, schreiben zunächst vor, dass die Lehrjungen und Knechte nicht Betteln dürften, sondern von ihren Meistern ausreichend ernährt und gekleidet werden müssten, und verbreiten sich dann des Ausführlicheren über die Bedingungen für das Meisterwerden. Während diese beim Schuhmacheramt für die, welche in Wesel die Lehre durchgemacht, nur in der Absolvierung einer zweijährigen Gesellenzeit, für Auswärtige ausserdem nur in dem Erwerb des Bürgerrechts und Zahlung einer Aufnahmegebühr bestehen, Meisterkinder aber, wann sie wollen, Meister werden können, wurde bei den Schneidern niemand Meister ohne ein Meisterstück, und liess man Frauen zur Ausübung des Gewerbes überhaupt nicht zu, da hierdurch „der Stads dienst . . . gemynret ind dat ampt to Wesel darbii vergencklick wort.“ Bei den Schneidern war auch auf das Verderben des Tuches durch Verschneiden eine Strafe gesetzt.

Die Ausübung der Zunftpolizei lag zwar, wie überall, in den Händen der Werkmeister; aber das Recht zur Veränderung der Statuten sowie der Anteil der Stadt an den Strafgeldern zeigen doch, dass dem Rate die Oberaufsicht zustand.¹⁾

Die Lebensmittelpolizei stand unter den Burmeistern, denen die Stadtboten beigegeben waren. I. J. 1382 werden jedoch auch Koermeister erwähnt,²⁾ welche den Fleischverkauf beaufsichtigen. Der Umstand, dass an dieser Stelle zuerst auch ihr Eid aufgeschrieben ist, legt die Vermutung nahe, dass die Beamtung damals erst geschaffen wurde. I. J. 1428 nahm der Rat auch für den Fischverkauf einen Koermeister an,³⁾ und demgemäss haben nach dem grossen „van visschen veill to hebben“ betitelten Statut des Jahres 1452⁴⁾ Koermeister zu bestimmen, wie viel Tage Fische zum Verkauf ausstehen dürfen.

Von den feuerpolizeilichen Verordnungen ist am wichtigsten eine aus dem Jahre 1382.⁵⁾ Man hatte die Absicht, allmählich bei allen Häusern der Stadt das Baumaterial, welches das Umsichgreifen des Feuers am meisten begünstigte, zu beseitigen. Zu dem Zwecke

¹⁾ S. o. S. 50.

²⁾ B. F. 157 a.

³⁾ L. Pl., S. 25.

⁴⁾ B. F. 126 b.

⁵⁾ B. F. 156 a.

wurden von der Gemeinde zwölf Männer erwählt,¹⁾ welche in Gemeinschaft mit dem Rate die bezüglichen Befehle an die einzelnen erlassen und auch die gesetzlichen Vorschriften zu ändern Macht haben sollten. Wem nun aufgetragen wurde, sein Dach abzubrechen und mit Steinen zu decken oder mit Lehm zu bestreichen, der musste dem Gebote binnen einer bestimmten Zeit nachkommen; an einer anderen Stelle²⁾ erfahren wir die Namen derjenigen, an welche von 1400 bis 1415 derartige Befehle erlassen wurden, und i. J. 1416 beschloss man festzustellen, wer nun noch nicht mit Steinen gedeckt habe.

Zur Unterstützung des Rates in der Sorge für Reinlichkeit und Ordnung auf den Strassen wurden seit 1400 in jedem Viertel zwei sog. Viertelsmeister gewählt, welche von den durch sie erhobenen Strafgeldern die Hälfte für sich behielten.³⁾

γ Die Verwaltung des Kirchen-Unterrichts- und Stiftungswesens.

Aus dem, was früher über die Anfänge Wesels gesagt ist, erhellt, dass das Patronat über die dem heiligen Willibrord geweihte Mutterkirche nicht der Stadt zustand.⁴⁾ Diese Kirche kam vielmehr von der Abtei Epternach, der sie von Karl Martell geschenkt war, an die Grafen von Cleve, und die übertrugen das Patronat i. J. 1277 dem Kloster Oberndorf.⁵⁾ Demgemäss übte die Stadt auf die Bestellung des Plebanus keinen Einfluss aus; vielmehr war zu Veränderungen im Kirchenwesen, wie der Stiftung eines neuen Altars⁶⁾ oder der Errichtung eines neuen Klosters⁷⁾ in Wesel, durch welche die Rechte der Pfarrkirche beeinträchtigt zu werden drohten, die Zustimmung des Probstes von Cappenberg „ad cuius ordinationem ecclesia sanctimonialium Wesaliensium (des Klosters Oberndorf) . . .

¹⁾ S. o. S. 63.

²⁾ W. R. A., Caps. 341, Nr. 12.

³⁾ B. F. 118a.

⁴⁾ Daher bezieht sich wohl auf die Zeit nach der Reformation die Bemerkung, die Ewich bei Erwähnung der Patronatsverleihung an das Kloster macht: „Attamen super jure illo Patronatus aliquoties transactum fuit, ut jam illud apud Senatum et Ecclesiam Vesaliensem multis ab annis pacate resideat, maxime quia Ecclesiae dictae ministri ex solo aerario ibi publico sustentantur“.

⁵⁾ Binterim u. Mooren III, 188.

⁶⁾ B. F. 107 a.

⁷⁾ Lagerbuch des Augustinerklosters, F. 3 a.

dinoscitur pertinere“ und des Priors und der Priorin des Klosters Oberndorf erforderlich.

Doch hatte der Rat die Aufsicht über die Vermögensverwaltung der Willibrordikirche. Wie sich dies schon darin ausdrückt, dass die kirchlichen Renten in den städtischen Büchern verzeichnet sind,¹⁾ so geht es direkt daraus hervor, dass der Rat für die Instandhaltung der Kirche Sorge trägt.²⁾ Darum ist wohl auch die Annahme erlaubt, dass die Kirchmeister, deren Aufgabe ja eben die kirchliche Vermögensverwaltung ist, vom Rate eingesetzt werden, und dass die oft vom Rate für die „tymmeringe der kerken“ erhobenen Brüchen nicht nur der Matena-, sondern auch der Mutterkirche zu Gute kamen.³⁾

Bei jener nämlich sind die Verhältnisse einfacher, weil über sie, die aus dem St. Nicolausaltar hervorgegangen, laut der Stiftungsurkunde⁴⁾ das Patronat der Stadtobrigkeit zustand. Es wird also nicht nur der Geistliche vom Rat berufen, sondern auch die beiden Kirchmeister haben ihr Amt von ihm.⁵⁾

Sehen wir so auf das Kirchenwesen noch fremde Gewalten Einfluss ausüben, so hatte der Rat dagegen die Sorge für die Armen und Kranken fast ganz selbst übernommen. Eine Ausnahme bildete nur das Hospital. I. J. 1291 von Heinrich von Lonen gegründet,⁶⁾ wurde es i. J. 1297 von seinem Stifter dem Johanniterorden überwiesen.⁷⁾ Nicht lange nachher machte jedoch die Stadt Ansprüche auf das Hospital; aus dem Jahre 1327 existiert eine Urkunde, in der die Erben des Heinrich von Lonen bezeugen, dass dieser dem Magistrat die Aufsicht über seine Stiftung anvertraut habe;⁸⁾ der daraus mit den Johannitern entstehende Streit wurde dahin verglichen, dass die Verwaltung des Hospitals in den Händen dreier Personen sein solle, von denen die Stadt, die Johannitercommende und die Erben des Gründers stets je einen zu ernennen hatten. Von der Stadt wegen war Procurator der jedesmalige Bürgermeister.⁹⁾

¹⁾ A. B. F. 40 a ff.

²⁾ A. B. F. 43 b übernimmt jemand i. J. 1356 die Instandhaltung der Fenster und wird dafür von allen der Stadt zu leistenden Diensten befreit.

³⁾ Ausserdem ernannte der Rat den einen Küster, seit dem Privileg von 1481 auch den andern, den bis dahin der Herzog bestellt hatte.

⁴⁾ B. F. 115 a a. 1347.

⁵⁾ R. a. 1475, F. 147b.

⁶⁾ Lac., U. B. II, Nr. 914.

⁷⁾ Urk. der Johannitercommende.

⁸⁾ B. F. 113 a.

⁹⁾ B. F. 103 b.

Allein vom Rate abhängig waren dagegen sämtliche andere Wohlthätigkeitsanstalten, deren allmählich eine Anzahl entstanden.¹⁾ So die Stiftung für die „Armen des heiligen Geistes“, das „Mylatenhaus“, ein Hospital für solche, die mit ansteckender Krankheit behaftet waren, ausserhalb der Mauern. Diese Stiftungen wurden durch Vormünder verwaltet, welche der Rat anstellte, und der Rat traf auch Bestimmungen über die Austeilung der Almosen.²⁾ Ähnlich war es wohl auch mit den Beguinenhäusern; wenigstens wurden die Vormünder des bedeutendsten derselben, des Convents der Schwestern auf der Matena oder des Mariengartens, ebenfalls vom Rate ernannt.³⁾

Auf andere Weise traf die Stadt für die Armen Fürsorge, indem sie in teuern Zeiten Getreide einkaufte und es billiger verkaufte. Nach Ausweis der Stadtrechnungen kam das seit Anfang des 15. Jahrhunderts häufiger vor.

Im Besitz der Stadt war auch die Schule von Wesel.⁴⁾ Seit wann sie bestand, ist nicht mehr zu ermitteln. Ein Rector Scholarum begegnet zuerst 1342 in den Stadtrechnungen. Da diese uns aber aus früherer Zeit nicht erhalten sind, haben wir hiermit nur die untere Zeitgrenze für die Gründung gefunden. Der Rector Scholarum⁵⁾ wird vom Rate angestellt, der auch sonst die Rechte und Pflichten eines Schulcuratoriums ausübt, so, wenn er den Schülern, die des Abends nach 9¹/₄ Uhr sich noch auf der Strasse sehen liessen oder ihr Abendbrod im Wirtshause statt in ihrer Herberge verzehrten, mit Entfernung aus der Stadt droht.⁶⁾

δ Die Finanzverwaltung.

Zu dem ältesten Besitz der Stadt gehörten vor allem die Festungswerke. Seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts zog die Stadt aus diesen durch Vermietung der Türme und Thore auch finanziellen Vorteil. Ausserdem galt die Stadt als Eigentümerin der

¹⁾ Ein genaueres Eingehen auf die Entstehung und Geschichte einer jeden von diesen Anstalten würde hier zu weit führen. Im Allgemeinen verweise ich auf Gantesweiler und für die Beguinenhäuser auf Heidemanns Arbeit darüber.

²⁾ S. L. Pl., S. 66 a, a. 1428; S. 94, a. 1456.

³⁾ R., a. 1467, F. 23 b; L. Pl., S. 84.

⁴⁾ S. darüber Kleine, a. a. O.

⁵⁾ Über dessen Verwendung im Stadtdienst s. o. S. 70.

⁶⁾ S. R. a. 1471, F. 72; a. 1472, F. 101 a.

Strassen und öffentlichen Plätze. Von ihr wurden die Brunnen verpachtet, und von ihr musste man die Erlaubnis zu dem Hinausbau eines Hauses auf die Strasse kaufen. Ein unbeschränktes Recht an der Allmende hatte dagegen die Stadt nicht; wo sie dieselbe demungeachtet finanziell verwertete, that sie das unter Zustimmung der Berechtigten, d. h. des Herrn und der Erbgossen.¹⁾

Dieses anfänglich beschränkte Vermögen der Stadt vermehrte sich aber durch eine eifrige Bauthätigkeit. Schon i. J. 1342 hatte die Stadt eine Ziegelei (*domus laterum*), und die hier gewonnenen Steine wurden nicht alle verkauft und zur Befestigung verwandt, sondern lieferten auch das Material für Häuser, welche dann veräussert oder vermietet wurden. Zu diesen Immobilien kommen dann noch an beweglichem Gut ausser den Massen und Gewichten namentlich Waffen, wie Wurfmaschinen, Armbrüste, später auch Donner- und Haken-Büchsen.

Der Instandhaltung und Bewachung, resp. Ausnutzung des ganzen städtischen Besitzes lagen folgende Beamten ob: Die Thorhüter, die Laterarii, der Balistarius und der Zimmermann. Ihren Gehalt bezogen sie z. Th. in Geld, z. Th. in Kleidern und Schuhen und waren nach ihren Dienstverträgen auch frei von den gewöhnlichen Bürgerpflichten, als Graben und Ausjagen.

Um über die Finanzgeschichte einen Überblick zu geben, müssen wir zunächst die für dieselbe wichtigste Quelle, die Stadtrechnungen, einer Untersuchung unterwerfen. Sie beginnen, wie erwähnt, mit dem Jahre 1342 und sind uns von da an fast lückenlos erhalten. Notizen über die Finanzen der Stadt sind, wie man bei der Mannigfaltigkeit der Einnahmen und Ausgaben annehmen muss, jedenfalls schon früher gemacht; dass jedoch früher auch die Einnahmen und Ausgaben nach ihrer Herkunft oder Bestimmung genau gesondert, und die Teilsummen gezogen wurden, wie seit 1342, ist unwahrscheinlich; denn dann hätte sich vermutlich für die Rechnungsführung schon eher die Form ausgebildet, die wir seit 1360 finden, in welchem Jahre zuerst nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Einnahmen sogleich in die dafür vorher angelegten Rubriken, nicht erst ungeordnet, verzeichnet wurden.

Die Verwertung der Stadtrechnungen erfordert eine etwas complizierte Berechnung durch das in ihnen angewandte Münzsystem:

¹⁾ S. o. S. 21. Das Prämonstratenserklöster ist hierbei nicht genannt, weil der Prior desselben zu den Erbgossen gezählt wurde. S. St. a. 1412 F. 325a.

Sowohl die Teil- als die Hauptsummen sind das ganze Mittelalter hindurch in der Weselschen Mark (zu 12 Solidi = 144 Denarii) angegeben. Wenn man daher die angeführten Beträge ihrem Werthe nach bestimmen will, ist es zunächst erforderlich, sie auf die bekannteren Handelsmünzen zu reduzieren. Als solche kommen in Wesel vor von 1342 bis ins 15. Jahrhundert hinein der clipeus oder scudatus antiquus, vom Ende des 14. Jahrhunderts an der Rheinische Gulden. Zur Vergleichung der Weseler Mark mit diesen Münzen mögen folgende Tabellen¹⁾ dienen:

Jahr	1 clipeus (= scudatus antiquus) = Weseler Münze	Jahr	1 flor. rhen. aur. = Weseler Münze
1342	6 sol. 7 den	1391	15 sol. 9 den.
1346	7 „ —	1399	16 „ 3 „
1357	7 „ 6 „	1404	16 „ 6 „
1359	8 „ 2 „	1405	16 „ 8 „
1363	9 „ 4 „	1406—16	17 „ —
1368	10 „ 6 „	1417	17 „ 6 „
1369	12 „ —	1418	18 „ —
1370	13 — 14 sol.	1419—21	19 „ —
1372	14 sol. 6 den.	1422	20 „ —
1377	16 „ —	1423	21 „ 6 „
1380	16 „ —	1424	22 „ 6 „
1381	16 „ 6 „	1425	23 „ —
1383	17 „ — „	1426	24 „ —
1385	18 „ —	1427	25 „ —
1386	18 „ 6 „	1428—34	26 „ —
1390	20 „ —	1435	26 „ 8 „
1394	20 „ —	1436	28 — 30 sol.
1405	20 „ —	1437	31 — 32 „
1406	22 „ —	1438	34 „
1410	24 „ —	1439	36 — 37 „
1415	25 „ 6 „	1440	38 — 40 „

¹⁾ Diese liessen sich leicht aus den Stadtrechnungen ermitteln, da jeder in den Handelsmünzen eingekommene und ausgegebene Betrag in Weseler Mark umgerechnet wurde.

Jahr	1 flor. rhen. aur. = Weseler Münze
1441	40 „
1442	40 „
1443	41 — 42 „
1445—52	42 „
1453—58	43 sol. 9 den
1459—91	48 „ —
„paymentz“ (1 Gulden)	

Aus diesen Tabellen ergibt sich eine bald langsamer, bald schneller fortschreitende Entwertung der Weselschen Mark. Wenn wir den clipeus von 1336¹⁾ als gleichwertig mit dem von 1342 setzen, so beträgt ihr Wert an reinem Silber i. J. 1342 124,8 Gramm, während²⁾ er 1391 auf 27,9, 1426 auf 15,2, 1439 auf 10,4, 1459 auf 7,8, 1479 auf 5,8, 1490 auf 4,2 Gramm gesunken ist.

Wir können also jetzt zunächst zur Darstellung der neuen Einnahmen übergehen, welche seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts die städtische Kasse füllten; denn die, welche wir in der früheren Zeit kennen lernten, reichten bald nicht mehr aus.

Die erste neue Einnahmequelle wurde der Stadt dadurch eröffnet, dass man i. J. 1316 gemäss einem Privileg mit Ausnahme der Ohm und der Elle alle Masse den kölnischen gleich machte und die Einkünfte „*de exaccrescentiis mensurarum*“³⁾ dem gemeinen Besten zuwies.

I. J. 1324 erteilte dann Graf Dietrich IX. dem Magistrat die Erlaubnis, für jede Mark des Wertes aller Gegenstände, die im Kirchspiel von Wesel gekauft oder verkauft würden, vom Käufer und Verkäufer, sofern diese ausserhalb der Grafschaft wohnten, eine

¹⁾ Dessen Silbergehalt s. Lamprecht, a. a. O. II, S. 451.

²⁾ Die folgenden Zahlen sind berechnet auf Grund der Tabelle über den Goldgehalt des Rhein. Gl. bei Lamprecht, a. a. O. II, S. 470. Die grosse Werterniedrigung der Mark ist im Folgenden nicht ausser Acht zu lassen.

³⁾ In den Stadtrechnungen nicht mehr nachzuweisen.

Abgabe von einem Denar und von jeder Fuhre Brennholz $\frac{1}{4}$ Denar, ebenfalls vom Käufer und Verkäufer, aber ohne die Beschränkung auf die auswärts Wohnenden, zu erheben.¹⁾ Als Grund, der ihn zur Verleihung dieser Gnade bewogen habe, giebt der Graf die Treue der Weseler an, die ihm vor seinen übrigen Unterthanen gegen seine Feinde Beistand geleistet, auch ihre Stadt befestigt und Kunststrassen in ihr gebaut hätten, und das alles mit wenig Hülfe des gemeinen Gutes durch private Beisteuer der Bürger. Wichtig war, dass das Recht, die Accise zu erheben, diesmal für ewige Zeiten verliehen wurde, nicht wie früher, bis zum Widerruf des Stadtherrn oder nur auf einige Jahre.²⁾

Die Einnahmeposten, welche ausser den schon erwähnten sich in den ersten Stadtrechnungen finden, sind die Gebühren für die Aufnahme von Bürgern und die Zinse für die Verpachtung des städtischen Fleischhauses und von Brunnen und Häusern.³⁾

Bezüglich der Erhebung der Einnahmen ist zu unterscheiden, ob sie verpachtet waren oder auf Rechnung der Stadt verwaltet wurden. Lezteres war der Fall beim *Fermentum*, und auch die Zinse aus Gebäuden, das Geld für Verleihung des Bürgerrechts wurden von städtischen Beamten erhoben. Verpachtet war alles andere, also die Kaufs- und Verkaufsabgabe von auswärtigen Kaufleuten, welche, sehr bezeichnend für die Bedeutung Wesels als Weinmarkts, *assisia vini* genannt wird, das Weggeld, das Salzmass, die Waage, der Brennholzzoll und die Fischbänke. Diese Einnahmen wurden jährlich versteigert, und die Pachtsummen mussten in zwei Raten, zu Ostern und am Tage des heiligen Victor, bezahlt werden.

Ueber die Grösse der einzelnen Einnahmen gebe ich folgende Uebersicht, bei welcher das Jahr 1342 der Stadtrechnungen, das von Ostern 1342 bis Ostern 1343 geht, nur für die nicht verpachteten Einnahmen zu Grunde gelegt werden konnte, da das Jahr, für das Pacht gezahlt wurde, immer ein halbes Jahr später anfängt.⁴⁾

Die „*census opidi*“ weisen i. J. 1342 die Summe von etwas über 20 mr. auf, an denen das *macellum* mit 2 mr. beteiligt ist, die

¹⁾ Original verloren; gedr. bei Lac. U. B. III. Nr. 202.

²⁾ S. o. S. 28.

³⁾ Die Kosten der Aufnahme sind, sogar in einem Jahre, von sehr unregelmässiger Grösse; sie schwanken zwischen 6 Solidi und 3 Mark.

⁴⁾ Hier, wie in der Folge, werde ich da, wo ein Teil der Einnahmen und Ausgaben nicht pünktlich bezahlt wurde, diesen Rest der leichteren Übersicht halber mit berücksichtigen. Die Solidi und Denarii sind als unwesentlich vernachlässigt.

Gebühren für die Aufnahme in die Bürgerschaft bei der in diesem Jahr verhältnismässig sehr geringen Anzahl der Aufgenommenen nur 2 mr. Die bedeutendste Einnahme, 238 mr., brachte der Verkauf der Gruyt. Von den verpachteten Gefällen gab am Victors-tage 1342 und Ostern 1343 die *assisia vini* ungefähr 62 mr., das *pedagium* (Weggeld) 32 mr., die *mensura* 16 mr., die *libra* 15 $\frac{1}{2}$ mr., der Brennholzzoll 13 $\frac{1}{2}$ mr., die Fischbänke 2 mr.

Die *totalis summa receptorum* betrug 1342 525 mr. Hierzu gehört aber ein Posten, der noch nicht erwähnt ist, und der uns auf eine andere Klasse von Einnahmen führt, welche man im Gegensatz zu jenen regelmässig einlaufenden als die ausserordentlichen bezeichnen kann. Es sind 60 mr. „*de mutuato*“.

Wir kommen hier auf die Frage, wie man unvorhergesehene, plötzlich notwendig werdende Ausgaben bestritt. Diese Frage ist um so wichtiger, als bei der Unsicherheit der Verhältnisse der Rat sich zu solchen Ausgaben sehr häufig gezwungen sehen konnte. Dann verlangte der Stadtherr ein Geschenk oder kriegerischen Beistand, dann gerieten in einer Fehde Bürger in Gefangenschaft und waren auszulösen, dann musste man Bürgern die Schatzung ersetzen, welcher ihre auswärtigen Güter durch den Grafen unrechtmässiger Weise unterworfen worden waren.

Man konnte sich die erforderliche Summe auf mannigfache Weise verschaffen: Erstens konnte man sie sich auf kurze Zeit ohne Zinszahlung borgen; dann liess man sie sich aber meist nicht, wie in dem angeführten Falle, von einem einzelnen, sondern von vielen Bürgern. Wenn der Beschluss, auf diese Weise das Geld aufzubringen, gefasst war,¹⁾ wobei wohl gleich der Termin der Rückzahlung bestimmt wurde, so gingen die Burmeister in der Stadt herum und erhoben es in kleinen Beträgen. Wie es scheint, wurde nur von den Wohlhabenden geliehen, waren diese aber zur Zahlung der Summen, auf die sie „gesetzt“ wurden, verpflichtet.²⁾ Nicht immer führte man die so geborgte Summe unter den anderen Einnahmen an, sondern schrieb sie manchmal getrennt von diesen auf.

¹⁾ Hierzu scheint die Zustimmung der Gemeinde erforderlich gewesen zu sein.

²⁾ Ich schliesse dies alles aus den zu einigen Jahren mitgeteilten Listen derer, an die das geborgte Geld zurückgezahlt wurde. In diesen haben die einzelnen Summen entweder alle dieselbe, oder nur wenige verschiedene Grössen, und in einer von ihnen (St. a. 1388, F. 207 a.) sind zunächst die Reichsten verzeichnet mit je 3 Gl. Beitrag, denen die minder Wohlhabenden mit je 1 Gl.

Letzteres fand dann regelmässig statt, wenn eine bestimmte, dem Grafen zu zahlende Summe durch directe Steuer der Bürger aufgebracht wurde. Leider sind uns die zweifellos darüber geführten Listen nicht erhalten; aber über die Art, wie man dabei verfuhr, giebt uns ein Privileg des Grafen Johann v. J. 1353¹⁾ desto willkommeneren Aufschluss. Die Stadt beanspruchte Freiheit von dem Zoll bei Büderich (Wesel gegenüber); der Graf meinte, ihr dieselbe verweigern zu können, und beide einigten sich über ein Schiedsgericht. Ferner liess die Stadt ihrem Herrn 950 alte Schilde; dafür erhielt sie die Freiheit von dem Zoll bis zur Rückzahlung des Geldes, und ausserdem versprach ihr der Graf die Wiedererstattung, falls der Schiedsspruch zu ihren Gunsten ausfallen würde. Das Geld war nun von der Stadt um Handgeld und Schaden aufgenommen worden und sollte ihren Gläubigern durch Beiträge der einzelnen Bürger allmählich zurückgezahlt werden. Letzteres geht daraus hervor, dass der Graf versprach, bis die Stadt sich von der Schuld gelöst, der Obrigkeit dazu zu helfen, dass das, was sie um des Zolls willen gesetzt habe, jeder in der Stadt halte, und dass er ferner die Zusage gab, keinen Weseler zollfrei fahren zu lassen ohne besondere Zustimmung des Bürgermeisters oder zweier Schöffen. Der Magistrat wollte also offenbar, um die Summe möglichst rasch zurückzahlen zu können, einen Druck auf die Bürger ausüben, indem er nur die von der Zollfreiheit Gebrauch machen liess, welche den auf sie fallenden Anteil des Geldes entrichtet hatten. — Nach der Mitte des 14. Jahrhunderts hört übrigens die Aufbringung einer an den Stadtherrn zu zahlenden Abgabe durch eine besondere Steuer auf, und seitdem sind auch diese grossen Ausgabeposten immer im Budget verrechnet.

Das dritte und zugleich das in ausgiebigster Weise angewandte Mittel endlich, Ausgaben, die man mit den regelmässigen Einnahmen nicht decken konnte, zu bestreiten, war der Verkauf von Renten, entweder erblichen oder lebenslänglichen. Schon 1342 werden Renten gezahlt, aber immerhin noch in einem Betrage, der für die Totalsumme der Ausgaben von geringer Bedeutung ist.

folgen; bei freiwilligen Zahlungen würden die einzelnen Beträge eine grössere Mannigfaltigkeit zeigen, und die Zahlenden nicht nach der Höhe ihres Beitrages gesondert aufgezeichnet werden. S. auch St. a. 1345, F. 52b.: „*dum posuerant pecuniam mutuam*“. Manchmal allerdings wurden diese kleinen unverzinslichen Darlehen auch freiwillig gegeben. S. St. a. 1368, F. 98b.

¹⁾ Original verloren; Copie im B. F. 106a.

Vom Ende der vierziger Jahre an aber sah sich die Stadt sehr häufig gezwungen, Schulden aufzunehmen, und wenn auch manchmal zurückgezahlt wurde, und jede Leibrente ja mit der Zeit von selbst durch den Tod ihres Inhabers wegfiel, so nahm doch die Belastung des städtischen Haushalts durch Zins- und Rentenzahlung in den nächsten Jahrzehnten fortwährend zu. Über ihr Verhältnis zu der *totalis summa expositorum* bis zum Ende des 15. Jahrhunderts giebt folgende Tabelle eine Übersicht:¹⁾

Jahr	census et redditus soluti	summa totalis ex- positorum
1349	90 mr.	1056 mr.
1353	131 „	1118 „
1361	267 „	1202 „
1366	601 „	837 „
1374	1034 „	3375 „
1378	1030 „	2652 „
1382	1486 „	2626 „
1388	1834 „	3503 „
1393	1596 „	3467 „
1398	1490 „	4008 „
1402	1048 „	3883 „
1407	850 „	3906 „
1412	871 „	3267 „
1416	1187 „	3814 „
1422	1105 „	3449 „
1427	714 „	4025 „
1434	333 „	2682 „
1439	521 „	4278 „
1445	485 „	9672 „
1449	1506 „	7476 „
1453	1609 „	11930 „
1458	1747 „	9509 „

¹⁾ Hierbei sind die im folgenden Jahr bezahlten *restantia* durchgehends nicht mitgerechnet, da es sich bei vielen nicht leicht nachweisen liess, zu welchen Ausgabeposten sie gehörten. Doch ist zu bemerken, dass vom Ende des 14. Jahrhunderts an die Summen, die ein Jahr zu spät bezahlt werden, an Grösse bedeutend zunehmen.

Jahr	census et redditus soluti	summa totalis ex- positorum
1459	2957 mr.	17133 mr.
1462	1943 „	9633 „
1467	1035 „	8042 „
1474	1575 „	10015 „
1477	1972 „	12405 „
1481	3351 „	17694 „
1486	2120 „	13800 „
1491	5530 „	19689 „

Wie diese Zahlen zeigen, ist zuerst ein Steigen der Schuldenlast zu constatieren, bis sie gegen Ende des 14. Jahrhunderts anfängt herabzusinken, um kurz vor der Mitte des folgenden Jahrhunderts einen sehr niedrigen Stand zu erreichen und von da an bis zum Ende des Jahrhunderts wieder rasch anzuwachsen. Den Ursachen dieser Schwankungen im einzelnen nachzugehen, würde wenig Interesse bieten. Sind es doch immer wieder dieselben oben charakterisierten Bedürfnisse, welche den Magistrat zum Schuldenmachen zwangen. Wichtiger ist die Beantwortung einiger anderer Fragen, welche sich hier aufdrängen.

Der Zinsfuss zunächst beträgt in den ersten Jahren der Stadtrechnungen für Leibzucht 12—13, für erbliche Renten 10⁰/₀, sinkt dann seit der Mitte des 14. Jahrhunderts etwas und erreicht um die Mitte des folgenden Jahrhunderts den Stand von 10, resp. 5⁰/₀, auf dem er sich bis zum Ausgang des Mittelalters hält. Merkwürdig ist dabei, dass bei Leibrenten seine Höhe sich offenbar nicht nach der grösseren oder geringeren Lebensaussicht des Rentenkäufers richtet. Bei Contrahierung von grösseren Schulden hat die stärkere Nachfrage im Allgemeinen ein Steigen des Zinsfusses zur Folge.¹⁾

¹⁾ Von einer Convertierung von Renten hören wir i. J. 1454. Der Rath von Renteninhabern, an die besonders hohe Prozente gezahlt wurden, neue Geldsummen, zahlte aber dafür gar keine oder nur wenig Zinsen. Diese Convertierung geschah natürlich mit Einwilligung der Gläubiger; ohne diese hätte man jedenfalls die Renten eingelöst und dafür andere zu dem gewöhnlichen niedrigeren Zinsfuss wieder verkauft.

Die Renten wurden durchaus nicht alle oder auch nur zum grösseren Teile in der Stadt selbst, sondern vorwiegend an Auswärtige, Bürger und Ritter, verkauft. Zwar ist aus einigen Stellen der Stadtrechnungen ersichtlich, dass Weseler auch von ausserhalb der Stadt Renten bezogen; aber es scheint doch Bürgerpflicht gewesen zu sein, ein Kapital, das man zinsbar anlegen wollte, erst der Stadt anzubieten.¹⁾ Vielleicht muss man auch in dem schon erwähnten Plebiscit²⁾ dass die Schöffen keine Urkunde siegeln sollten, in der mehr als 5⁰/₀ Renten versprochen würden, das Bestreben der Stadt sehen, den Zinsfuss nicht über die Prozentzahl, welche sie für ihre Schulden bezahlte, hinauskommen zu lassen, damit ihre Bürger nirgend besser, als bei ihr selbst, ihr Kapital anlegen könnten. Doch ist von einem leichtsinnigen Schuldenmachen in Wesel durchaus nichts zu bemerken, wie am besten der Umstand zeigt, dass die Einnahmen die Ausgaben ziemlich selten und dann nur unbedeutend übersteigen.

Dies sind die Einnahmequellen, welche schon in den ersten Jahren der Stadtrechnungen, die eine reichlicher, die andere spärlicher, fliessen. Es fragt sich nun, welche Veränderungen die Finanzen durch teilweises Versiegen der alten und durch die Erschliessung neuer Einnahmequellen erlitten.

Den grössten Nutzen zog, wie wir sahen, die Stadtkasse aus dem *Fermentum*.³⁾ Es wurde von einem besoldeten Beamten, dem *Fermentarius*, verwaltet, welcher den Einkauf des Krautes und den Verkauf an die Bürger zu besorgen hatte. Behufs des letzteren wurden Tage festgesetzt, an denen die „*receptiones*“ des Krautes durch die Bürger stattfinden sollten. An jedem dieser Tage wurde gleichviel verkauft, sodass mit der Zu- und Abnahme des *Fermentum* auch die Zahl der Verkaufstage stieg und sank. Die Controlle bei den *receptiones* übten ein oder zwei Räte aus.

Das *Fermentum* behielt seine hervorragende Bedeutung nur so lange, bis die Verwendung des Hopfens zur Bierbereitung aufkam. Wie oben gezeigt,⁴⁾ sträubte sich die Stadt schon von 1377 an gegen das Eindringen des Hopfen- und Gerstenbieres, musste es aber von 1384 an dulden. Dem entsprechend steigen die Erträge des *Fermentum*, welche immer bedeutendere Überschüsse über die Kosten desselben ergeben,

¹⁾ R. a. 1466, F. 6 b.

²⁾ R. a. 1474, F. 128 b. S. o. S. 84.

³⁾ S. o. S. 30.

⁴⁾ S. o. S. 72.

bis zum Jahre 1380, in dem sie ihren höchsten Stand mit 1049 mr. gegenüber den Totaleinkünften von 3665 mr. erreichen. Von da an sinken sie, zwar langsam, aber fortwährend, kommen 1400 auf 438, 1420 auf 206, 1430 auf 77 mr., bis i. J. 1431 die Stadt diese Einnahme ganz aufgibt.

Je mehr die Bedeutung des *Fermentum* für die städtischen Finanzen schwand, um so mehr Vorteil zog man aus dem Lebensmittel, welches das Gruytbier verdrängte, dem Hopfenbier. Die Bieraccise, welche zuerst i. J. 1384 vorkommt, und deren Erhebung 1386 nachträglich vom Landesherrn erlaubt wurde, war eine zusammengesetzte Steuer: Sie bestand für einheimisches Bier in einer Schank- und einer Consumptionssteuer, für fremdes Bier in einer Abgabe vom Kauf und Verkauf und einer Schanksteuer. Die erste Verordnung über die Bieraccisse¹⁾ aus dem Jahre 1384 bestimmt, dass von jeder zu verzapfenden Tonne Hopfenbier vor dem Verzapf 2 sol., von jeder verkauften Tonne vom Käufer und Verkäufer je 1 sol. und von jeder im Hause consumierten Tonne 1 sol. gezahlt werden solle. Im folgenden Jahre wurde die Schanksteuer auf 3 sol., die Abgabe vom Kauf und Verkauf auf $1\frac{1}{2}$ sol. erhöht, letztere jedoch mit der Ergänzung, dass, falls man das gekaufte Bier ausschenken wolle, man die Tonne nicht mit $1\frac{1}{2}$, sondern mit 8 sol. versteuern müsse.²⁾

Von 1385 an bestanden also folgende Steuerbestimmungen: Vom Hopfenbier erhob die Stadt eine Schanksteuer von 3 sol., wenn es in Wesel gebraut war, im anderen Falle, also wenn der Schankwirt es gekauft hatte, von 8 sol. pro Tonne, und belegte ausserdem die Tonne des Bieres, das in Wesel verkauft, aber nicht verzapft wurde, mit einer vom Käufer und Verkäufer zu zahlenden Accise von 3 sol. Für das im Hause getrunkene Bier zahlte man nach wie vor 1 sol. pro Tonne. Im Widerspruch gegen diese Vorschriften zahlten jedoch von der verkauften Tonne nicht der Käufer und der Verkäufer 1, resp. $1\frac{1}{2}$ sol., sondern kam immer nur der einfache Satz ein.

Die hohe Abgabe, die auf das fremde Bier gesetzt wurde, hatte jedenfalls den Zweck, der einheimischen Bierbrauerei den städtischen Markt zu sichern. Demzufolge waren die Posten der Steuer vom „Hamburger Bier“ (unter diesem Namen wird alles fremde zusammengefasst) im Verhältnis zur ganzen Biersteuer sehr gering

¹⁾ B. F. 158 a.

²⁾ B. F. 158 a.

und blieben es auch, als von 1446 an statt 8 sol. 8 alte Buddreger (damals = $18\frac{2}{3}$ sol.) erhoben wurden. Ebenso wenig Bedeutung im Vergleich mit der Schanksteuer von einheimischen Bier hatte die Verkaufssteuer.

Die Steuer blieb dieselbe bis 1407; da wurde die Schanksteuer vom einheimischen Bier abgeschafft und statt ihrer eine Brausteuern erhoben, indem von jedem zur Bierbrauerei verwandten Malter Hopfen 20 den. gezahlt werden mussten; die Verkaufssteuer aber, die Schanksteuer vom fremden Bier und die Steuer von dem im Hause getrunkenen blieben bestehen.

Die nächste Ratswillkür über die Bieraccise bestimmte dann, dass vom Jahre 1436 an von 14 Malter Hopfen 1 Rhein. Gl., und von der Tonne des zum Hausbedarf gebrauten Bieres 1 alter Braspennig (damals = 2 sol. 2 den.) erhoben werden sollte, eine Veränderung, die bei dem damaligen Stande des Rhein. Gl. (= 31 sol.) eine nicht unbedeutende Erhöhung darstellt. Dann wurde seit 1474 anstatt des Rhein. Gl. Current ein goldener Rhein. Gl., der damals ungefähr 22 Stüber, also 2 Stüber mehr als der Gulden Current galt, erhoben.

Diese Bieraccise war von Anfang an und noch mehr im 15. Jahrhundert eine für den städtischen Haushalt sehr wichtige Steuer. Zuerst brachte sie jährlich ca. 400 mr., im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts über 500 mr., von

1400—1409 700, von

1410—1419 über 900, von

1420—1435 über 900 mr.

Da von 1436 an die Steuer nach dem Rhein. Gl. berechnet wurde, und der Wert der Mark grade in dem folgenden Zeitraum noch bedeutend sank, so wird von jetzt an der Ertrag zugleich in Mark und in Rhein. Gl. angegeben.

Es kamen durchschnittlich jährlich ein:

1436—1445 1294 mr. (426 Rhein. Gl.),

—1455 1714 „ (482 „ „

—1465 2273 „ (577 „ „

—1472 2701 „ (675 „ „

—1484 3774 „ (658 Goldgl.).

In den folgenden Jahren sind die Einnahmen aus der Bieraccise ungleich schwankender, weil ihre regelmässige Erhebung öfter unterbrochen wird. Um aus der grossen Schuld, in die sich die Stadt durch die dem Herzog geleistete militärische Unterstützung gestürzt hatte, herauszukommen, vereinbarten Rat und Gemeinde 1484,¹⁾

¹⁾ S. o. S. 65.

ein Jahr lang das verzapfte Bier mit 3 alb., das ausgeführte mit 2 alb. pro Tonne zu versteuern und von dem im Hause getrunkenen Bier eine Brausteuern zu erheben, die pro Malter Hopfen 1 alb. betragen sollte (24 albi = 1 Goldgl.), und eine solche Vereinbarung wiederholte sich in den folgenden Jahren mehrere Male. Die gewöhnliche Accise trat dann solange ausser Geltung, und da die Erträge der neuen von den Gemeindefreunden unmittelbar zur Bezahlung der Renten verwandt wurden, mangeln über ihre Ergiebigkeit die Nachrichten.

Hinsichtlich der Weinaccise ist bereits gesagt, dass sie zuerst nur von auswärtigen Käufern und Verkäufern erhoben wurde. Im Laufe der Zeit unterlag sie aber mannigfachen Veränderungen. Zwei Hauptarten der Steuer sind in der Folge zu unterscheiden, das Weinmonopol und die vom Kauf und Verkauf erhobene Accise.

Das Monopol begegnet uns in den Jahren 1346—1447, 1351 bis 1352 und 1362—1373. Es schliesst sich an die auch sonst häufige Institution des Bannweins,¹⁾ wie es selbst genannt wird, an, unterscheidet sich aber von dem Recht des Bannweins, wie es von Gutsherrschaften auf dem Lande gewöhnlich ausgeübt wurde, dadurch, dass es nicht nur wenige Tage im Jahr, sondern das ganze Jahr hindurch bestand. Dies wird zwar nur im Privileg von 1363 gesagt, in dem Graf Johann der Stadt das Weinmonopol nachträglich für 10 Jahre gewährt,²⁾ aber jedenfalls muss man es auch für 1346—1347 und 1351—1352 annehmen. Die Stadt nutzte nun ihren Bannwein auf zwei Arten aus: Entweder kaufte sie den Wein ein und verkaufte ihn mit Vorteil wieder — so war es 1346—1347 und 1351—1352 — oder aber sie verkaufte die Erlaubnis, Wein zu verschenken — so 1362—1373. Das Monopol erstreckte sich übrigens nur auf den Wein, der in der Stadt verzapft wurde, nicht auf den, welchen man wieder ausführte; das muss man wohl aus dem Wortlaut des Privilegs von 1363 schliessen. Hinsichtlich des Bannweins von 1362—1373, welcher der Stadt zur Auslösung ihrer gefangenen Bürger verliehen wurde, ist noch zu bemerken, dass die aus ihm einkommenen Summen nur zu 1362 und 1363 in den Stadtrechnungen verzeichnet sind und in den folgenden Jahren unmittelbar zu ihrem Zweck verwandt wurden.

¹⁾ S. die Stellen in Grimms Weistümern.

²⁾ Original verloren. Copie im grossen Privilegienbuch S. LXXV. Er verleiht der Stadt für 10 Jahre: „den alyngen wyntap bynnen Wesele . . . alsoe dat bynnen den tyen jaeren neyst volgende datum dys brieves nyemant anders wiin tappen en sal bynnen onser Stat voirseit, dan de gene, den de Borgermeister, Scepenen ind Raet der voirseit onser Stat den tappe verkoepen.“

Die Weinaccise wurde zunächst in ihrer alten Gestalt als eine Abgabe vom Weinverkauf gemäss dem Privileg von 1324 forterhoben und bestand bis 1389, doch unterbrochen durch die elf Jahre des Bannweins von 1362—1373, in denen sie wegfiel. Dazu kamen aber seit 1352 zwei neue Steuern, die sog. alte und die neue Accise. Die neue Accise wird mit dem Aufhören des Weinmonopols in diesem Jahre motiviert und bestand aus einer Abgabe von 1 mr. für das in der Stadt verzapfte Fuder; aber schon i. J. 1357 wurde sie verdoppelt. Obwohl die andere Accise die alte heisst, und ihre Einführung nirgends erwähnt wird, ist von einer Erhebung vor 1352 auch nichts überliefert. Man wird daher zu der Annahme gedrängt, dass sie aus der 1324 vom Grafen bewilligten *assisia vini* hervorgegangen ist, welche dann aber, entgegen dem Privileg, auch von Einheimischen erhoben und i. J. 1352 in die Accise von Einheimischen und Fremden geteilt worden wäre. Damit würde übereinstimmen, dass die *assisia vini* von Fremden seit dieser Zeit viel geringere Summen einbrachte, als früher. Allerdings muss die *assisia vini* in diesem Jahre verändert worden sein, da die sog. alte Accise viel höher ist, als die vom Grafen gewährte. Sie ist nämlich eine Abgabe von der Quart und wird nach dem Preise des Weins berechnet; während nun die Quart ($= \frac{1}{4}$ Ohm, zu unterscheiden von der Quart, welche $= \frac{1}{4}$ *sextarius* oder $\frac{1}{80}$ Ohm ist) z. B. 1353 5 sol. kostet, beträgt die Accise davon $3\frac{1}{2}$ —5 den. und steigt bis 1362 mit dem Weinpreise auf 5—8 den., bis 1376 auf 10—12 den.; von 1362—1373 ist auch von ihr, ebenso, wie von der Fremdenaccise, keine Spur vorhanden. I. J. 1377 wurde sie aufgehoben, und dafür die neue Accise, d. h. die Schanksteuer, die ebenfalls mit der Unterbrechung durch die elf Jahre des Monopols in der 1357 festgesetzten Höhe fortbestanden hatte, auf 6, i. J. 1379 auf 8 mr. von jedem in Wesel verzapften Fuder Weins erhöht.¹⁾

Seit 1435 erscheint dann das Fuder mit einer Abgabe von 4 Rhein. Gl. (damals $=$ 9 mr.) belegt, und in dieser Höhe erhielt sich die Steuer, abgesehen von einer nur ein Jahr (1486—1487) andauernden Erhöhung auf 5 Goldgl. bis zum Ende des 15. Jahrhunderts; indessen wurde mit der Verschlechterung des Rhein. Gl. Current ebenso, wie bei der Bieraccise, i. J. 1474 die Abgabe auf 4 Goldgl. festgesetzt.

Bei der Berechnung der Erträge der Weinaccise soll wieder, wie bei der Bieraccise, der jährliche Durchschnittsertrag von dem

¹⁾ Das diesbezügliche Statut ist schon i. J. 1373 erlassen, aber nach Ausweis der Rechnungen erst 4 Jahre später in Kraft getreten. (B. F., 146 a.)

Jahre an, in dem der Accise ein neuer Steuersatz in Rhein. Gl. zu Grunde gelegt wurde, nicht nur in Mark, sondern auch in jener Handelsmünze (von 1474 an wieder in Goldgl.) angegeben werden. Um zunächst die Summen, welche der Bannwein brachte, zu ermitteln, muss man den Kaufpreis des Weines für die Stadt von dem durch den Verkauf gelösten Gelde abziehen. Es ergibt sich dann für 1346—1347 ein Überschuss von 221 mr., für 1351—1352 von 938 mr.; für 1362—1373 lässt er sich aus dem angeführten Grunde nicht berechnen. Die bedeutende Summe i. J. 1351—1352 ist auffällig, und es ist nicht ausgeschlossen, ja wahrscheinlich, dass die Stadt sich den Wein mehr, als die in den Ausgaben berechneten 95 mr., hat kosten lassen, für den übrigen Teil der Kaufsumme aber dem Verkäufer kein baares Geld, sondern vielleicht eine Hofstätte oder ein Haus gegeben hat. Der jährliche Durchschnittsertrag der Steuer¹⁾ beläuft sich dann auf folgende Summen:

1353—1362	237	mr.		
1374—1376	672	„		
—1386	835	„		
—1396	883	„		
—1406	935	„		
—1416	850	„		
—1426	1160	„		
—1435	1196	„		
—1445	1676	„	(486	Rhein. Gl.).
—1455	1524	„	(432	„ „
—1465	1355	„	(344	„ „
—1472	1285	„	(321	„ „
—1491	1972	„	(354	Goldgl.).

In Bezug auf die Verwaltung der Bier- und der Weinaccise ist zunächst zu bemerken, dass beide Steuern gewöhnlich auf Rechnung der Stadt erhoben werden, aber auch häufig, und dann meist auf ein Jahr, selten auf längere Zeit, verpachtet sind. Zur Erhebung der Bieraccise gingen die Burmeister oder, falls sie verpachtet war, die Pächter in den Häusern herum und schrieben den Vorrat an Hopfen, resp. an Bier, auf. Zur Weinaccise gehörte aber ein etwas umfangreicherer Verwaltungsapparat. Denn da von dem eingeführten Wein nur ein Teil in Wesel verzapft wurde und accisepflichtig war, bedurfte es hier einer genauen Controlle. Zur Ausübung derselben war vom Rate ein besoldeter Weinschreiber angestellt, welcher dadurch, dass er jedes ein- und ausgeführte Fuder

¹⁾ D. h. aller Weinaccise mit Ausnahme der von Fremden gezahlten.

sowie jeden Weinverkauf innerhalb der Stadt verzeichnete, berechnen musste, wieviel zum Ausschank in der Stadt zurückbehalten wurde.¹⁾ Jedes Fass Wein musste aber, bevor man es anzapfte, bestimmten Ratsmitgliedern gezeigt werden,²⁾ welche den Preis des Weines nach den allgemeinen, vom Rate erlassenen Vorschriften festsetzten und wohl auch selbst die Accise erhoben. Zu Grunde gelegt wurden dabei die Angaben, welche der Weinroder über den Inhalt der Fässer gemacht hatte. Dieser musste nämlich bei jedem in der Stadt abgeschlossenen Weingeschäft den Wein roden, d. h. messen, wofür er, wenn der Wein nicht verzapft wurde, vom Verkäufer eine Gebühr erhielt, während er den zum Ausschank verkauften Wein als besoldeter städtischer Beamter visierte.³⁾

Der einzige finanzielle Vorteil, welchen die Stadt nach der Aufhebung der alten Accise von dem nicht verzapften Wein hatte, wurde ihr durch das Schradamt zu teil. Durch den Weinschrader mussten die Kaufleute ihre Weinfässer aus den Schiffen in die Keller rollen lassen und hatten dafür eine bestimmte Gebühr zu zahlen.⁴⁾ Die Hälfte des Weinschradamtes gehörte dem Stadtherrn, der sie erst i. J. 1481 der Stadt schenkte; über die andere Hälfte hatte i. J. 1457 die Stadt mit einem ihrer Bürger einen Prozess, der grosse Aufregung verursacht zu haben scheint. Ein Ratsmann verteidigte den Gegner der Stadt und wurde dafür nach einem *ad hoc* erlassenen Plebiscit aus der Bürgerschaft ausgestossen, ebenso der Gegner selbst, weil er sich weigerte, das Urteil der Schöffen, als in eigener Sache gesprochen, anzunehmen, und sich sogar klagend an den Herrn wandte.⁵⁾ Das Endergebnis war, dass die Stadt — worauf gestützt, ist nicht deutlich — Recht erhielt, und seitdem erscheint in den Stadtrechnungen immer eine Einnahme von wenigen Mark aus dem Schradamt, welches gewöhnlich verpachtet war.

Dürftiger, als über die Wein- und Bieraccise sind die Angaben über die Steuer, welche schlechtweg als die Accise bezeichnet wird. I. J. 1363 gewährte diese der Stadtherr zugleich mit dem Bannwein auf zwei Jahre, berief sich aber, statt sie näher zu bezeichnen, auf die Urkunde, welche ihm die Stadt über sie gegeben habe. Bald darauf wurde sie für ein drittes Jahr bewilligt, in den Stadt-

¹⁾ L. Pl. S. 98, a. 1478; R. a. 1470, F. 49a.

²⁾ L. Pl. S. 71, a. 1451.

³⁾ L. Pl. S. 51, a. 1414 und S. 148.

⁴⁾ L. Pl. S. 51, a. 1425.

⁵⁾ B. F. 133b, 134b, Rechtsgutachten 6.

rechnungen sind aber nur die Beträge von 1364 und 1365 verzeichnet, jedenfalls, weil die von 1363, wie später auch die Einnahmen aus dem Bannwein, zur Deckung der Ausgaben unmittelbar verwandt wurden.

Wahrscheinlich haben wir es hier mit einer ähnlichen Steuer zu thun, wie von 1373 an, wo auf jede Tonne Butter und auf jeden Korb voll Fische eine Verkaufsabgabe von 8 sol., resp. 1 alten Grote gesetzt wurde.¹⁾ Von 1364—1365 brachte die Accise ca. 210 mr. ein, von 1373 bis zu ihrer Aufhebung jährlich ungefähr 135 mr. Über ihre Verwaltung ist dasselbe zu sagen, wie über die Bieraccise, nur, dass sie fast immer verpachtet war; die Burmeister oder der Pächter erhoben das Geld, indem sie von Zeit zu Zeit in der Stadt herumgingen.

Durch alle diese Steuern wurde der Grosshandel am wenigsten getroffen; auch von der zuletzt besprochenen Accise wird man annehmen müssen, dass sie vorwiegend vom Detailverkauf gezahlt wurde, da Butter und Fische wohl keine Ausfuhrartikel waren. Es gab aber eine Steuer, welche nur der Grosshandel trug, die in den Stadtrechnungen unter dem Titel „*de signo*“, später „*van tekengelde*“ verzeichnet ist. Wie erwähnt, besaßen die Weseler Bürger die Freiheit²⁾ von allen clevischen Zöllen. Zur Erleichterung der Controlle für die Zollschreiber gab der Bürgermeister jedem Kaufmann vor der Abfahrt von Wesel ein Zeichen, durch welches er sich an den Zollstätten als Weseler Bürger auswies. Von diesen Zollzeichen erhob die Stadt eine Abgabe.

Zuerst wurden Zeichengelder gezahlt i. J. 1363 und von da an immer. Leider sind wir aber über das Verhältnis der Abgabe zum Wert der Waaren nur sehr schlecht unterrichtet. Das einzige, was uns darüber aufklärt, das Übereinkommen des Rates mit den Kaufleuten aus d. J. 1422, ist schon bei anderer Gelegenheit besprochen worden.³⁾ Das Zeichengeld trägt den Charakter einer Entschädigung für die von der Stadt um der Zollfreiheit willen gemachten Ausgaben. Wenn die Kosten allerdings einmal einen grösseren Betrag ausmachen, so werden sie zwar auf dieselbe Art wie das Zeichengeld von den Interessenten aufgebracht, letzteres aber gleichwohl daneben erhoben. So hatte die Stadt, als ihr mit den übrigen clevischen Städten Freiheit von dem Zoll in Ruhrort gewährt war, dafür eine Summe zu zahlen, wahrscheinlich zur Ab-

¹⁾ B. F. 146 a.

²⁾ In der sie allerdings oft beeinträchtigt wurde.

³⁾ S. o. S. 47.

lösung der bis dahin auf dem Zoll stehenden Renten; daher erscheint neben dem Zeichengeld seit 1398 auch ein Einnahmeposten „*de thelonio up Rueroert*“, zuletzt i. J. 1406, als die Ausgaben der Stadt bestritten waren. Derselben Erscheinung begegnen wir, als der Stadt durch den geldrischen Krieg i. J. 1484 für eine dem Herzog gezahlte Summe Freiheit vom Zoll zu Lobeth zufiel.

Da die letztbesprochenen Einnahmen nur temporäre sind, werden sie in der folgenden Übersicht über die für Zollzeichen gelösten Summen nicht berücksichtigt. In den häufigen Fehden des Mittelalters ist es begründet, dass grade eine Einnahmequelle, welche durch den Grosshandel gespeist wird, sehr ungleich fliesst. Um nur zwei Beispiele anzuführen, so sinkt der Ertrag von 1445 bis 1446, also zur Zeit der Soester Fehde, von 286 auf 78 mr., von 1478—1479 von 571 auf 51 mr., und ähnliche, wenn auch nicht so auffallende Schwankungen kommen immer vor.¹⁾ Wie aber die nachstehende Übersicht ergibt, hatte diese Einnahme auch im Allgemeinen nicht entfernt die Bedeutung der Bier- oder Weinaccise. Es kamen durchschnittlich jährlich ein:

1363—1372	118 mr.
1379—1388	51 „
—1398	82 „
—1408	107 „
—1418	391 „
—1428	254 „
—1438	327 „
—1448	268 „
—1458	300 „
—1468	459 „
—1478	512 „
—1489	448 „

Für die Frage nach der Benutzung der Allmende Seitens der Stadt ist zunächst deren Verhältnis zu den Erbgenossen von Bedeutung. Wie wir oben²⁾ sahen, fiel die Stadtgemeinde durchaus nicht mit der Gesamtheit der Erbgenossen zusammen; aber schon früh berichten uns die Stadtrechnungen von Verfügungen des Rates

¹⁾ Dass von 1373—1378 und 1385 sich keine Einnahme „*de signo*“ findet, und sie 1384 von 60 auf 2 mr. herabsinkt, hat wohl seinen Grund in der Zollforderung des Grafen bei Büderich und Grieth. (B. F. 146a. und 147 a.). Aus einer ähnlichen Ursache wird wohl das Fehlen des Postens 1366—1368 zu erklären sein. S. o. S. 71.

²⁾ S. o. S. 46 u. S. 101.

über Teile des Gemeinbesitzes, ohne auch nur die Zustimmung der Erbgenossen zu erwähnen. So zog denn die öffentliche Kasse, als die Stadt sich über ihre Mauern hinaus auszudehnen anfang, bedeutenden Nutzen aus dem Verkauf von Hofstätten. Erwähnt sei noch die Fischerei, deren Verpachtung seit Ende des 14. Jahrhunderts ziemlich bedeutende Summen einbrachte. Alle diese Einnahmen sind aber gering im Vergleich mit den Erträgen der Viehweide. Die finden sich zuerst i. J. 1358, dann 1363, 1364, 1367 und von 1378 an immer. Sie bestehen zuerst in einer Abgabe von den weidenden Kühen und Kälbern, später in dem Erlös von dem aus der Viehweide gewonnenen Heu. Die aus dieser Quelle fliessenden Einnahmen betrugen bis in den Anfang des 15. Jahrhunderts ziemlich regelmässig 150—200 mr., um 1429 aber 600, 1441 ungefähr 1100, 1449 gegen 1200 und 1459 1540 mr. In den ersten Jahren erhob die Stadt die Gebühren für die Benutzung der Viehweide selbst, sehr bald ging man aber zur Verpachtung über, von der man nur eine Ausnahme machte, wenn sich kein Pächter fand.

Wie die Festungswerke, die Strassen und öffentlichen Plätze finanziell verwertet wurden, haben wir gesehen; die übrigen Einnahmen der Stadt aus dem Gemeinbesitz bestanden in den Pachtgeldern für die Mühlen und die an das Wollenamt ausgethanen „Ramsteden“. Die Mühlen in Wesel waren lange im Besitz einer Bürgerfamilie, von der sie die Stadt erst i. J. 1423 kaufte; seitdem erhoben die Rentmeister von ihnen eine Pacht in nicht sehr bedeutendem Betrage.

Unter den ausserordentlichen Einnahmen war, wie ausgeführt, eine der wichtigsten die *exactio*. Diese ist aber für die spätere Zeit zu den ordentlichen zu rechnen, weil das Merkmal der ausserordentlichen, die Bestimmung, unvorhergesehene Ausgaben zu decken, fehlt. Erhoben wurde diese *exactio* in den Jahren 1370—1374, 1380—1381, 1386 und 1391 und brachte durchschnittlich 800 mr. In Bezug auf ihre Verwendbarkeit zur Feststellung der Volkszahl sind die Nachrichten über sie schon früher¹⁾ geprüft worden, sodass hier nur noch über die Art ihrer Erhebung und ihre Höhe zu sprechen ist. Der Beweis, dass sie von jeder Haushaltung (Haushaltung hier im engsten Sinne genommen) gezahlt wurde, ist ebenfalls schon erbracht. Eingetrieben wurde sie von den Burmeistern und den Stadtboten, die dazu in den Häusern von Strasse zu Strasse herumgingen. Die erhaltenen Steuerlisten verzeichnen auch

¹⁾ S. o. S. 51 ff.

die Höhe der einzelnen Steuerbeträge; diese aber, unregelmässig und ohne erkennbares System, wie sie sind, gewähren uns gar keinen Aufschluss über den zu Grunde gelegten Steuersatz. Nur soviel ergibt sich aus einer Vergleichung der Steuerlisten, dass die von jedem Vermögen erhobene Quote in den einzelnen Jahren nicht dieselbe, namentlich i. J. 1386 bedeutend höher war, als sonst. Dass es eine Vermögenssteuer war, ist nicht nur nach den Analogieen anderer Städte das Wahrscheinliche, sondern namentlich auch deshalb, weil in Wesel alle anderen Leistungen an die Stadt ihrer Grösse nach von der Höhe des Vermögens, nicht des Einkommens bestimmt wurden.

Über die „*recepta van broken*“ und über die Besiegelung der Wollenlaken musste schon bei anderer Gelegenheit berichtet¹⁾ werden. Zu den Einkünften aus dem Wollenamt kam seit 1452 auch eine Summe für Verpachtung der Wollenwaage.

Einen interessanten Einblick in die Kriegsverfassung gewähren uns die Zahlungen für Dispensation von den städtischen Diensten und Lasten. Namentlich die, welche Pferde halten mussten, kauften diese Verpflichtung häufig mit bedeutenden Summen ab. Allgemein üblich, wenn auch nicht so einträglich für die städtischen Finanzen, war es auch, sich vom Wachtdienst zu lösen; mit dem daraus einkommenden Gelde wurden die Thorhüter und Wächter gelöhnt.

Zu den Einnahmen aus der Aufsicht über Mass und Gewicht, die schon 1342 bestanden, trat i. J. 1377, wahrscheinlich infolge eines Statuts, welches das Messen der zu verkaufenden Kohlen für die Stadt monopolisierte, ein nicht grade bedeutender Posten „*de mensura carbonum*“ hinzu.

Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts erscheint die Stadt ferner im Besitze von Einkünften des Grafen. I. J. 1446 verkaufte ihr Johann, der älteste Sohn von Cleve, für die Summe von 5776 Rhein. Gl. seinen Zehnten, Hof, Scheune, Banement (eine Wiese) im Kirchspiel von Wesel²⁾ und schritt zu dem ihm vorbehaltenen Wiederkaufe erst i. J. 1464. Da der Stadt die Aufbringung des Kapitals schwer fiel, liess sie den grössten Teil von einigen Bürgern und zahlte diesen mit den jährlichen Erträgen des Gekauften wieder ab. Ein wie gutes Geschäft sie gemacht hatte, geht daraus hervor, dass

¹⁾ S. o. S. 80 u. S. 96.

²⁾ Es finden sich zwei Urkunden darüber, eine von 1445 und die andere von 1446; nur die letztere aber ist besiegelt; jedenfalls sah sich also der Primogenitus i. J. 1445 verhindert (vielleicht, weil er die Einwilligung des Herzogs nicht erlangen konnte), durch sein Siegel den Vertrag perfekt zu machen.

sie schon von 1451 an die Einkünfte fast ganz für sich verwerten und bis 1464 mit 700–1400 mr. unter ihren jährlichen Einnahmen verrechnen konnte. I. J. 1464 musste sie sich allerdings dazu verstehen, dem Landesherrn 1200 Gl. an der Wiederkaufssumme zu kürzen. Sie nutzte ihren Besitz in der Weise aus, dass sie den Zehnten für eine bestimmte Menge von Getreide verpachtete und dieses mit dem Korn, welches der Pächter des Hofes entrichtete, an die Händler verkaufte.

Die Geldnöte, in denen um diese Zeit die Herzoge sich befanden, wurden für Wesel auch der Anlass zum Erwerb eines Teils vom Holzzoll und des Abschlags.¹⁾ Beides wurde der Stadt i. J. 1448 verkauft, der Abschlag aber schon i. J. 1456 wieder eingelöst. Die Summe, welche der Rat jährlich aus dem Holzzoll erhob, betrug 106 Rhein. Gl.; die Einnahmen aus dem Abschlag waren natürlich schwankend, machten aber durchschnittlich ungefähr ebensoviel aus.

Die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts ist überhaupt durch eine Reihe von Geldgeschäften zwischen der Stadt und ihrem Herrn ausgezeichnet. Sie bezahlte ihm entweder eine Summe baar oder leistete für ihn seinen Gläubigern Bürgschaft, wodurch sie mehr als einmal zur Zahlung von Renten gezwungen wurde. Beides aber liess sie sich manchmal dadurch vergüten, dass der Herzog ihr etwas von seinen Einkünften überlassen musste.

Infolge der schon angedeuteten ungefähren Gleichheit der Totalsummen von Einnahmen und Ausgaben überhebt uns die oben gegebene Übersicht über die Ausgaben der Notwendigkeit, auch für die Einnahmen eine ähnliche Tabelle mitzuteilen. Wenn man das anscheinend immer wachsende städtische Budget nach seinem Wert in feinem Silber berechnet, so ergibt sich die auffallende Thatsache, dass der Vermehrung der Einnahmequellen und der Zunahme der Bevölkerung, namentlich seit dem Ende des 14. Jahrhunderts, keine bedeutende Vergrösserung der Einnahmen selbst entspricht.

Den besprochenen Einkünften stehen nun mannigfache Ausgaben gegenüber; viele Bedürfnisse gab es, welche die Stadt Jahr für Jahr zu befriedigen hatte, viele ausserordentliche Veranlassungen traten ein, durch welche ihre Kasse in Anspruch genommen wurde. Einiges davon hatten wir schon an verschiedenen Orten zu erwähnen: Die finanzielle und militärische Unterstützung des Stadtherrn, den Loskauf von Gefangenen, die Entschädigungen für Verwundungen

¹⁾ S. o. S. 44.

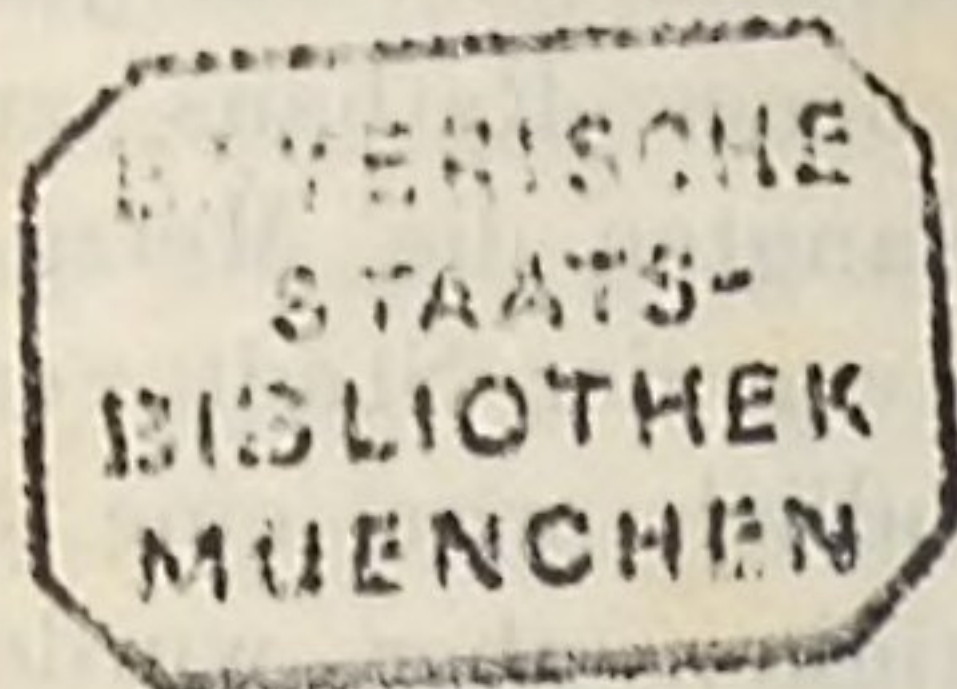
und für verletzte Pferde, dann die Fabrication von Ziegeln, das *Fermentum*, den Kauf von Wein zum Wiederverkauf und schliesslich die Zahlung von Renten und die Besoldung der Beamten und Diener. Ausser diesen Ausgaben verzeichnen die Stadtrechnungen namentlich noch folgende: „*De propinatis*“, „*de nuntiis*“, „*de equitando*“, für Bauten und für die Verteidigung der Stadt. Sobald ein irgend hervorragender Fremder nach Wesel kam, wurde ihm eine freigiebige Gastfreundschaft gewährt und je nach seiner Stellung mit mehr oder weniger Wein aufgewartet. Aber auch die Beamten, die Mitglieder des Rats und die von der Gemeinde, welche sie in ihrer Thätigkeit unterstützten oder controllierten, thaten oft auf Kosten der Stadt einen Trunk. Ebenso war es Gebrauch, sowohl den eigenen, als den fremden Boten die Zeche zu bezahlen. — Unter dem Titel „*de equitando*“ stehen die Kosten der Auszüge im Dienste des Stadtherrn und die Ausgaben für die Gesandtschaften, welche der Bürgermeister, andere Ratsmitglieder und Vertrauenspersonen aus der Gemeinde übernahmen. — Noch grössere Summen wurden für die Bauten ausgegeben. Die Stadt hielt einen eigenen Zimmermann, der von allen Diensten und Lasten frei war, ausserdem aber für jede Arbeit seinen Lohn erhielt.¹⁾ Da war ein neues Rathaus zu bauen oder das alte zu restaurieren, hier verlangten die Metzger ein neues Schlachthaus, hier musste man die von der Stadt vermieteten Häuser wieder in stand setzen, hier endlich war eine Strasse zu pflastern.²⁾ Die bedeutendste Bauthätigkeit aber wurde entfaltet zur Verteidigung der Stadt, und die Kosten hierfür repräsentieren, abgesehen von der Zahlung der Renten, meistens die grössten Teilsummen unter den Ausgaben. Dass die Festungswerke ihren Zweck erfüllten, dafür sorgten die ständigen Thorhüter, in gefährlicher Zeit auch besondere auf den Mauern verteilte Wachen. Seit dem 15. Jahrhundert war auch eine Anzahl Schützen im Dienst der Stadt (in der zweiten Hälfte desselben ungefähr zwanzig). Dazu kommen die Ausgaben für Waffen, Geschosse und Donnerkraut. War grosse Kriegsgefahr im Anzuge, so wurde beschlossen, den Bestand an Büchsen, Kanonen und Munition zu vermehren, aus dem Rate und der Gemeinde wählte man Männer, um die Befestigungen zu visitieren, in besonderen Fällen wurde aber auch befohlen, dass

¹⁾ B. F. 162 a., a. 1378.

²⁾ Nach dem oben angeführten Privileg von 1324 wurden die Strassen seit Anfang des 14. Jahrhunderts gepflastert (s. S. 104).

sich jeder für bestimmte Zeit mit Getreide versehen solle. So war es während der Belagerung von Neuss durch die Burgunder.¹⁾ Aber auch bei anderer, nicht so schwerer Kriegsgefahr zeigten alle Massregeln, die man ergriff, wie sehr die Bürger darauf bedacht waren, den Schutz, welchen ihnen ihre Mauern gewährten, nicht zu verlieren.

¹⁾ R a 1475, F. 145 a.—146 a.



Verlag von **Wilhelm Koebner** in Breslau.

Systematik des deutschen Civilprocess-Rechts
auf Grundlage der Justizgesetze des deutschen Reichs
(zugleich Grundriss zu Vorlesungen).

Von

Dr. L. v. Bar,

Geh. Just.-Rath und ordentl. Professor an der Universität Göttingen.

Preis 75 Pf.

Zur Lehre vom
versuchten und unvollendeten Verbrechen.

Von

Dr. Ludwig Cohn.

Erster Band: Begriff und Umfang.

Preis 12 Mark.

Das preussische Privatrecht
in Anknüpfung an das gemeine Recht
systematisch dargestellt von

A. Engelmann,

Landrichter.

Dritte Auflage.

Preis brosch. 6 M., in Leinwandbd. 6 M. 80 Pf.

Die Rechtsmittel
des Civilprocesses und des Strafprocesses
nach den Bestimmungen der deutschen Reichsgesetze.

Von

Dr. August von Kries.

Preis 5 Mark 40 Pf.

Das Polizeiverordnungsrecht in Preussen.
Verwaltungsrechtlich entwickelt und dargestellt

von

Dr. Heinrich Rosin.

Preis 4 Mark 50 Pf.

Verlag von **Wilhelm Koebner** in **Breslau**:

Untersuchungen
zur
Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte.

Herausgegeben von
Prof. Dr. Otto Gierke in **Berlin**.

- I. Heft: **Geschichte des Rathes in Strassburg** von seinen ersten Spuren bis zum Statut von 1263. Von **Dr. Georg Winter**. Preis 2 Mark 40 Pf.
- II. Heft: **Zur strafrechtlichen Stellung der Sklaven bei Deutschen und Angelsachsen**. Von **Dr. Ignaz Jastrow**. Preis 2 Mark 40 Pf.
- III. Heft: **Das Beispruchsrecht** nach altsächsischem Recht. Von **C. Fipper**, Appell.-Ger.-Referendarius. Preis 2 Mark 80 Pf.
- IV. Heft: **Das Heerwesen** unter den späteren Karolingern. Von **Dr. Alfred Baldamus**. Preis 2 Mark 40 Pf.
- V. Heft: **Zur Verfassungsgeschichte der Stadt Augsburg** von der römischen Herrschaft bis zur Kodifikation des zweiten Stadtrechts im Jahre 1276. Von **Dr. Ernst Berner**. Preis 4 Mark.
- VI. Heft: **Die Rechtsverhältnisse des freien Gesindes** nach den deutschen Rechtsquellen des Mittelalters. Von **Gustav Hertz**. Preis 2 Mark 40 Pf.
- VII. Heft: **Johannes Altusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien**. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der Rechtssystematik. Von **Prof. Dr. Otto Gierke**. Preis 8 Mark.
- VIII. Heft: **Die Formvorschriften für die Veräusserungsgeschäfte der Frauen** nach langobardischem Recht. Von **Dr. Heinrich Rosin**. Preis 3 Mark.
- IX. Heft: **Das Hausmeieramt ein echt germanisches Amt**. Eine rechtsgeschichtliche Untersuchung betreffend die wesentlichen Functionen des Hausmeieramtes der Germanenkönige und dessen Ursprung. Von **E. Hermann**. Preis 2 Mark 80 Pf.
- X. Heft: **Über die Entwicklung des altdeutschen Schöffengerichts**. Von **E. Hermann**. Preis 6 Mark 80 Pf.
- XI. Heft: **Die Viril-Stimmen** im Reichs-Fürstenrath von 1495—1654. Von **Dr. Waldemar Domke**. Preis 3 Mark 60 Pf.
- XII. Heft: **Das Recht des Breidenbacher Grundes**. Mit ungedruckten Urkunden und Schöffensprüchen. Von **Dr. Carl Stammer**, Landgerichtsdirektor zu Giessen. Preis 3 Mark 60 Pf.
- XIII. Heft: **Johannes Urbach**. Von **Prof. Dr. Muther**, herausgegeben von **Dr. Ernst Landsberg**. Preis 1 Mark 80 Pf.
- XIV. Heft: **Launegild und Garethinx**. Ein Beitrag zur Geschichte des germanischen Rechts. Von **Dr. Max Pappenheim**. Preis 2 Mark 40 Pf.
- XV. Heft: **Handelsgesellschaften in den deutschen Stadtrechtsquellen des Mittelalters**. Von **Dr. F. G. A. Schmidt**. Preis 2 Mark 60 Pf.
- XVI. Heft: **Mutterrecht und Raubehe und ihre Reste im germanischen Recht und Leben**. Von **Dr. L. Dargun**. Preis 4 Mark.
- XVII. Heft: **Die Ständegliederung bei den alten Sachsen und Angelsachsen**. Von **E. Hermann**. Preis 4 Mark.
- XVIII. Heft: **Die Grundsätze über den Schadensersatz in den Volksrechten**. Von **Dr. Arthur Benno Schmidt**. Preis 2 Mark.
- XIX. Heft: **Die Lehre vom Schadensersatz nach dem Sachsenspiegel und den verwandten Rechtsquellen**. Von **Dr. iur. Otto Hammer**. Preis 3 Mark.
- XX. Heft: **Die Grundelemente der altgermanischen Mobiliarvindication**. Eine rechtsgeschichtliche Studie. Von **E. Hermann**. Preis 5 Mark.
- XXI. Heft: **Das Recht des Überhangs und Überfalls**. Eine rechtsgeschichtliche und rechtsvergleichende Studie aus dem Gebiete der Nachbarrechte. Von **Dr. Arthur Benno Schmidt**. Preis 4 Mark.
- XXII. Heft: **Die Geschlechtsverbindungen der Unfreien im fränkischen Recht**. Von **Dr. Carl Koehne**. Preis 1 Mark 20 Pf.

Reinhold, Ferdinand

Verfassungs-Geschichte Wesels im Mittelalter

Breslau 1888

J.publ.g. 857 I-20/23

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11636114-9